

Landkreis Märkisch-Oderland

Der Landrat



Landratsamt – Klosterstraße 14 – 15344 Strausberg

MIKAVI Planung GmbH
Frau Kathleen Wibranek
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck

Fachbereich: III
Amt: Bauordnungsamt
Fachdienst: Technische Bauaufsicht
Dienstort: 15344 Strausberg
Klosterstraße 14
Auskunft erteilt: Frau Schmidt
Durchwahl: 03346 850 7537
Telefax: 03346 850 7509
E-Mail: Jasmin_Schmidt@landkreismol.de
AZ: 63.30/02719-24
Strausberg, 05.09.2024

Antragsteller: Amt Lebus, Bartsch

Grundstück: Lebus, ~
Gemarkung Wulkow b. Booßen, Flur 2, Flurstücke 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 76, 77, 176

Vorhaben: Vorhabenbezogener B-Plan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen"
der Stadt Lebus gem. § 4 Abs. 1 BauGB als Träger öffentl. Belange

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 23.07.2024 haben Sie uns im Bebauungsplanverfahren des Vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Enerparc Wulow-Booßen“ der Stadt Lebus § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch beteiligt.

Im Rahmen der Behördenbeteiligung wurden die Fachämter des Landkreises Märkisch-Oderland zur Stellungnahme zu dieser Planung aufgefordert.

Beiliegend erhalten Sie die eingegangenen Stellungnahmen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Schmidt
Sachbearbeiterin Bauplanungsrecht

Anlagen Stellungnahmen

per E-Mail an MIKAVI, Amt Lebus

- Untere Bodenschutzbehörde
- Wirtschaftsamt
- Untere Naturschutzbehörde
- Amt für Landwirtschaft FD Agrarentwicklung
- FD untere Abfallwirtschaftsbehörde
- Bauordnungsamt
- Liegenschafts- und Bauverwaltungsamt FD Tiefbau
- Straßenverkehrsamt
- Untere Denkmalschutzbehörde

Für den verbindlichen elektronischen Rechtsverkehr mit dem Landkreis Märkisch-Oderland steht Ihnen die E-Mail-Adresse poststelle@landkreismol.de zur Verfügung. Informationen unter :<http://www.maerkisch-oderland.de/kontakt>. Alle anderen E-Mail-Adressen dienen nur zum Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur. Internet: www.maerkisch-oderland.de

Allgemeine Sprechzeiten:
Di. 9 – 12; 13 – 18 Uhr
Fr. 9 – 12 Uhr

Bankverbindung: Sparkasse Märkisch-Oderland
IBAN: DE04 1705 4040 0020 0671 19
BIC: WELADED1MOL

Steuerangaben:
064/149/04295
UST-ID-Nr.: DE155877679



FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 Abs. 1 Baugesetzbuch)

Leerzeilen bitte ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen []

A. Allgemeine Angaben

Stadt/Gemeinde

Amt Lebus

[] Flächennutzungsplan:

[] Bebauungsplan:

[X] vorhabenbezogener Bebauungsplan: Vorhabenbezogener B-Plan gem. § 4b BauGB
(Vorhaben- und Erschließungsplan) **vb B-Plan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen" Gmk. Wulkow b. Booßen, Flur 2, Flurstk: 176,66,67,68,69,70, 71,72,76,77 jeweils tlw.**

[] sonstige Satzung:

Fristablauf für die Stellungnahme am: **02.09.2024,**

B. Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Bezeichnung des Trägers öffentlicher Belange:
Landkreis Märkisch-Oderland

Abs.: Landratsamt Märkisch-Oderland	Datum:	22.08.2024
Der Landrat	Telefon:	03346 850 6316
Amt für Landwirtschaft und Umwelt	Fax:	03346 850 6309
FD Agrarentwicklung	Bearb.:	M. Brandenburg
Puschkinplatz 12	AZ.:	63.30/02719-24
15306 Seelow		

[] Keine Einwendungen

[] Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o.Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

1. Einwendung:
2. Rechtsgrundlage:
3. Möglichkeiten der Überwindung (z.B. Ausnahme oder Befreiungen):

[] Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o.g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes und des Zeitrahmens:

[X] Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und Rechtsgrundlage:

Die Gemeindevertreter der Stadt Lebus haben am 14. Dezember 2023 die Aufstellung eines Bauleitplanverfahrens beschlossen, hier: den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „*Enerparc-Solarpark Wulkow – Booßen*“.

Der Änderungsbereich umfasst eine Fläche von etwa 30 ha. Die betroffenen Flächen sind derzeit im rechtskräftigen Flächennutzungsplan als „Fläche für die Landwirtschaft“ ausgewiesen. Der zugrunde liegende rechtskräftige FNP (7te Änderung aus 2021) soll im Parallelverfahren entsprechend geändert werden.





In dem Geltungsbereich des vbB-Plans soll Baurecht für die Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage mittels der Ausweisung eines Sondergebietes „Energiegewinnung auf der Basis solarer Strahlungsenergie“ mit einer Größe von etwa 30 ha geschaffen werden.

Aus landwirtschaftlicher Sicht ist auf Folgendes hinzuweisen:

Die Ertragsfähigkeit aller landwirtschaftlichen Nutzflächen liegt im Land Brandenburg je Hektar im Durchschnitt bei einer Ackerzahl von **unter 35**. Bei den hier betroffenen Flächen handelt es sich allerdings um Ackerflächen von überwiegend höherer Qualität (insbesondere im SW des Plangebietes) und damit um **landwirtschaftlich leistungsfähige Böden**. Die Böden der betroffenen Flurstücke innerhalb des Geltungsbereiches weisen **Ackerzahlen von 30-54 Bodenknoten auf**.

Selbst der in der Bauantragsbegründung ermittelte und flächengewichtete Mittelwert der beplanten Fläche liegt bei **39** Bodenknoten.

Für die Inanspruchnahme von Ackerboden sollten, bei konkurrierender Flächennutzung, im Allgemeinen strenge Maßstäbe an den Bedarfsnachweis angelegt werden; im Besonderen unter der Prämisse „klimarobuste Böden“. (G 6.1, Abs. 2 LEP HR).

Mit der Umsetzung der geplanten Baumaßnahme geht im vorliegenden Fall landwirtschaftlich genutzte Fläche als knappe und schützenswerte Ressource unwiederbringlich verloren, welche in erster Linie der Nahrungs- und Futtermittelproduktion dienen sollte. *(Anmk. nach > 20 Jahren alternativer Nutzung – verlieren die aktuellen landwirtschaftlichen Nutzflächen ihren Status)*

Für die Solarnutzung sollten daher **vorrangig** Dächer, versiegelte Flächen, Konversionsflächen oder Ackerflächen mit niedrigeren Bodenknoten genutzt werden.

Im gesamten Landkreis werden derzeit immer mehr Flächen für die Errichtung von Freilandsolarparks, insbesondere im ländlichen Raum, auf überwiegend landwirtschaftlichen Nutzflächen, beantragt.

Um die begrenzten Ackerflächen möglichst flächenschonend und effizient zu nutzen, sollte die kombinierte Nutzung aus Solar und landwirtschaftlicher Nutzung (Agri-PV) bevorzugt werden.

Aus landwirtschaftlicher Sicht kann daher die Errichtung einer „Photovoltaik-Freiflächenanlage“ an diesem Standort **nicht befürwortet** werden.

Hinweis:

Für den Großteil der beantragten Flurstücke bestehen langfristig laufende Pachtverträge mit nachfolgenden Landwirtschaftsbetrieben:

- Wulkower Hof eGmbH Bühler (bis 2043) *PV 20756*
- AGROKLI Verwaltungs- und Dienstleistungs GmbH (betreut vom Lkr LOS)

Für die Bereitstellung dieser Flächen vor Ablauf des vertraglich festgesetzten Pachtzeitraumes ist das Einvernehmen mit den Landpächtern herzustellen. Änderungen der derzeit laufenden Pachtverträge sind gemäß § 2 Abs. 2 LPachtVG innerhalb eines Monats nach der Vereinbarung/ Änderung anzuzeigen.

Jagdrecht:

Im Zusammenhang mit der Errichtung des Solarparks ist auch die Errichtung eines Zaunes beabsichtigt. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Anlage gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 8 BbgJagdG als





befriedeter Bezirk gilt. Demnach ruht auf diesem Gebiet die Jagd. Aus diesem Grund sollte die Einzäunung ein Einwechseln von Wild verhindern. Gemäß § 8 Abs. 2 BbgJagdDV sollte der Zaun somit mindestens eine Höhe von 1,80 m aufweisen und am Boden gegen das Hochheben durch Wild geschützt sein. Um das Einwechseln von Wild zu verhindern und trotzdem den Durchlass von Kleintieren zu ermöglichen sollte der Zaun im Boden verankert werden und lediglich Fenster mit einer Größe von 10x20 cm eingebaut werden.

Die zuständige Jagdgenossenschaft ist über das Bauvorhaben in Kenntnis zu setzen.

Rechtsgrundlagen: § 1 Baugesetzbuch (BauGB), § 2 Abs. 2 Nr. 4 Raumordnungsgesetz (ROG), Landschaftsprogramm Brandenburg (LaPro), Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR), Landpachtverkehrsgesetz (LPachtVG), Brandenburgisches Jagdgesetz (BbgJagdG),

22.08.2024
Datum, Unterschrift

gez. M. Brandenburg



Hausinterne Mitteilung/Vermerk

Landkreis Märkisch-Oderland

Im Hause
Bauordnungsamt
Herr Schebitz
Klosterstraße 14
15344 Strausberg

Fachbereich: III
Amt: Straßenverkehrsamt
Fachdienst: Verkehrsorganisation
Dienstort: 15344 Strausberg
Am Biotop 12
Auskunft erteilt: Frau Rother
Durchwahl: 03346 850 8118
Telefax: 03346 850 8129
E-Mail: verkehrsorganisation@landkreismol.de
Az: 36.81.06 / 2024U00353
Datum: 07.08.2024

Ihr Zeichen: 02719-24

Anfrage vom: 29.07.2024

Eingegangen am: 29.07.2024

Ort / Ortsteil: Lebus / Wulkow b. Booßen

2

176, 66, 67, 68, 69, 70, 71,
72, 76, 77

Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen

Antragsteller: Amt Lebus
Der Amtsdirektor

Seitens der Straßenverkehrsbehörde bestehen gegen das geplante Vorhaben grundsätzlich keine Bedenken.

Mit dem Bauvorhaben in Verbindung stehende Einschränkungen im öffentlichen Verkehrsraum, auch Gehwege und Seitenstreifen, sind von der bauausführenden Firma rechtzeitig vor Baubeginn (spätestens 14 Tage vorher) in Form eines Antrages auf Anordnung verkehrsregelnder Maßnahmen beim zuständigen Straßenbaulastträger zu beantragen (§ 45 Abs.6 StVO). Das Straßenverkehrsamt ist in diesem Verfahren zwingend anzuhören.

Sollen Leitungen unter oder über der Fahrbahn verlegt werden, ist im Vorfeld immer eine Vereinbarung mit dem zuständigen Straßenbaulastträger abzuschließen.

Alle eventuell vorgesehenen amtlichen Verkehrsbeschilderungen/Markierungen sind im Vorfeld mit dem Straßenverkehrsamt abzustimmen. Bei Änderung der Festbeschilderung ist vorab der neue Beschilderungsplan einzureichen.

Der genaue Ausführungszeitraum ist dem SVA mitzuteilen.

Mit freundlichen Grüßen

Rother

Hausinterne Mitteilung/Beteiligung

Landkreis Märkisch-Oderland

Bauordnungsamt
DO Strausberg
Frau Schmidt

Fachbereich: I
Amt: Liegenschafts- und
Bauverwaltungsamt
Fachdienst: Tiefbau
Dienstort: Reichenberg
Auskunft erteilt: Herr Auener
Durchwahl: 03346 – 850 6222
Telefax: 033437 - 27955
E-Mail: sebastian_auener@landkreismol.de
Datum: 27.08.2024
AZ: 66.10.01/ 24-47

Vorhaben: Vorhabenbezogener B-Plan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen" der Stadt Lebus
gem. § 4 Abs. 1 BauGB als Träger öffentl. Belange
Grundstück: Lebus, Gemarkung Wulkow b. Booßen, Flur 2, Flurstücke 66, 67, 68, 69, 70, 71,
72, 76, 77, 176
Antragsteller: Amt Lebus, Bartsch
Bezug: 63.30/02719-24

Sehr geehrte Frau Schmidt,

vom o.g. vorhabenbezogenen B-Plan des Amtes Lebus wird **keine** in der
Baulastträgerschaft des Landkreises MOL befindliche Kreisstraße berührt.

Aus der Sicht des Liegenschafts- und Bauverwaltungsamtes, FD Tiefbau, bestehen
derzeitig **keine Einwendungen** zu dem o.g. Planungsvorhaben.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag



Auener
SB Tiefbau

B. Stellungnahme der Behörde:

Bezeichnung der Behörde: Landkreis Märkisch-Oderland

Abs.:

Landratsamt Märkisch-Oderland
Der Landrat
Bauordnungsamt
Klosterstraße 14
15344 Strausberg

Datum: 05.09.2024
Telefon: 03346 850 7537
Fax: 03346 850 7509
Bearb.: Schmidt
AZ.: 02719-24

C. Einwendungen (E) mit rechtlicher Verbindlichkeit auf Grund fachgesetzlicher Regelungen jeweils mit Begründung (Bgr), Rechtsgrundlagen (Rgl) und Möglichkeiten der Überwindung (Ü) sowie beabsichtigte eigene Planungen (P), die den o.g. Plan berühren können und Anregungen (A) der Ämter des Landkreises:

Bauordnungsamt/Bauplanungsrecht

Seitens des Bauordnungsamtes bestehen planungsrechtlich keine Einwände.

Hinweis

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans liegt laut Kartendienst GIS MOL innerhalb einer Kampfmittelverdachtsfläche.

Bitte beachten Sie die Stellungnahmen des Amtes für Landwirtschaft, der Unteren Denkmalschutzbehörde, des Wirtschaftsamtes, der Unteren Naturschutzbehörde, der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde, der Unteren Bodenschutzbehörde, des Straßenverkehrsamtes sowie des Liegenschafts- und Bauverwaltungsamtes im weiteren Verfahren.

Schmidt
Sachbearbeiterin Bauplanungsrecht

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 Abs. 1 Baugesetzbuch)

Vorbemerkung

Mit der Beteiligung wird den Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu dem jeweiligen konkreten Planverfahren gegeben. Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die notwendigen Informationen für ein sachgerechtes und optimales Planungsergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen, die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Gemeinde den Inhalt nachvollziehen kann.

Leerzeilen bitte ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen []

A. Allgemeine Angaben

Stadt/Gemeinde/Amt

Lebus/ Wulkow b. Booßen

[] Flächennutzungsplan

[] Bebauungsplan/ Planungsanzeige

[X] Vorhabenbezogener Bebauungsplan/
Planungsanzeige

Vorhabenbezogener B-Plan
"Enerparc-Solarpark Wulkow-
Booßen", § 4 Abs. 1 BauGB

[] sonstiges

Fristablauf für die Stellungnahme am:

02.09.2024

B. Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Bezeichnung des Trägers öffentlicher Belange:
Landkreis Märkisch-Oderland

Wirtschaftsamt

Abs.: Landratsamt Märkisch-Oderland

Datum: 29.07.2024

Telefon: 03346/850-7612

Fax: 03346/850-7609

Bearb.: Herr Salabarría

AZ.: 61.14.14/256.24

AZ.-BOA: 63.30/02719-24

Wirtschaftsamt
Puschkinplatz 12
15306 Seelow

Anmerkung :

Räumliche Kreisentwicklung:

Der Ausbau von Erneuerbaren Energien ist erklärtes energiepolitisches Ziel des Landes Brandenburg. Dies wird auch mit den Leitlinien des fortgeschriebenen Regionalen Energiekonzeptes 2021 der Region Oderland-Spree und dem aufgeführten Handlungsfeld „Erneuerbare Energien“ bekräftigt.

Die Nutzung regenerativer Energien und nachwachsender Rohstoffe an raumverträglichen Standorten soll entsprechend den regionalen Zielvorstellungen zu einer nachhaltigen und integrierten ländlichen Entwicklung führen.

Nach der Festlegungskarte des Landesentwicklungsplanes Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) tangiert der Vorhabenstandort den Freiraumverbund nach Z 6.2. LEP HR. Die abschließende Beurteilung obliegt der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg.

Gemäß 8.1 (G) LEP HR soll zur Vermeidung und Verminderung des Ausstoßes klimawirksamer Treibhausgase eine räumliche Vorsorge für eine klimaneutrale Energieversorgung, insbesondere durch erneuerbare Energien, getroffen werden.

Nach 6.1 (G) LEP HR ist der landwirtschaftlichen Bodennutzung bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen besonderes Gewicht beizumessen. Die Weiterentwicklung von Möglichkeiten der Erzeugung nachhaltiger ökologisch produzierter Landwirtschaftsprodukte ist in Ergänzung zur konventionellen Erzeugung von besonderer Bedeutung.

Die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree hat am 29.01.2024 die Eröffnung des förmlichen Beteiligungsverfahrens zum Entwurfs eines Sachlichen Teilregionalplans „Erneuerbare Energien“ (TRP EE) beschlossen. Der TRP EE enthält neben den Festlegungen zur Steuerung der Windenergienutzung über Vorranggebiete auch Festlegungen zu Photovoltaik-Freiflächenanlagen.

Die Träger der Bauleitplanung sollen durch Berücksichtigung des Kriteriengerüsts zu einer raumverträglichen Entwicklung von raumbedeutsamen Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) beitragen. Die Bewertung hinsichtlich der Positivkriterien, von Abwägungskriterien oder Negativkriterien (z.B. [N 15] Böden mit einem hohen Erfüllungsgrad ihrer Bodenfunktion – besonders klimarobuste Böden) in Bezug zur geplanten PV-FFA im Plangebiet erfolgt durch die Regionale Planungsstelle Oderland-Spree.

Die mit der Planung beabsichtigte Errichtung einer PV-Freiflächenanlage tangiert intensiv genutzte landwirtschaftliche Flächen mit z.T. guten Bodenzahlen.

Um weitere Raumnutzungskonflikte mit der Landwirtschaft zu vermeiden, sollten für die Solarenergienutzung Flächen mit einer geringen Bodengüte von unter 23 Bodenpunkten betrachtet werden. Bei höheren Bodenpunkten sollte bei der Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Nutzflächen für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen die Möglichkeit einer Doppelnutzung (Landwirtschaft und Energieerzeugung/ AGRI-PV) geprüft und wenn technisch möglich umgesetzt werden.

In der Gemeinsamen Arbeitshilfe Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) für Kommunen im Land Brandenburg (Herausgeber: MLUK, MIL und MWAE des Landes Brandenburg, Stand: August 2023) werden AGRI-PV-Anlagen zur Verringerung von Flächenkonkurrenzen als Vorzugslösung empfohlen.

Um die Inanspruchnahme des Freiraumes aus raumordnerischer Sicht zu minimieren, sollte aus Sicht der Kreisentwicklung die Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen vorrangig auf Konversionsflächen und Deponien erfolgen.

Aus Sicht des Wirtschaftsamttes bestehen zu den Planvorstellungen (Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen“) der Stadt Lebus keine grundsätzlichen Bedenken.

02.09.2024



Datum, Unterschrift

Bauordnungsamt
Frau Schmidt
AZ.: 63.30/2719-24

A. Allgemeine Angaben

Stadt/Gemeinde/Amt: Lebus

☐ Flächennutzungsplan

[X] Bebauungsplan

vbB-Plan „Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen“
Stand: Vorentwurf, Mai 2024

Lebus, Wulkow b. Booßen
Gemarkung: Wulkow b. Booßen
Flur: 2
Flurstücke: 66-72, 77, 176

☐ Satzung nach BauGB

☐ Vorhaben- und Erschließungsplan

☐ sonstige Satzung

B. Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Bezeichnung des Trägers öffentlicher Belange:

untere Abfallwirtschaftsbehörde (uAWB)

Absender: Landkreis Märkisch-Oderland, FB IV
Amt für Landwirtschaft und Umwelt
uAWB
Puschkinplatz 12
15306 Seelow

Datum: 02.09.2024
Tel.: 03346/8507342
Fax: 03346/8506309
Bearbeiter: Hr. Unger
Az.: 32.32.01/02-24-0060

☐ Keine Äußerung

[X] Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können:

1. Einwendungen: **Keine**

...

2. Rechtsgrundlage:

...

3. Möglichkeiten der Überwindung (z.B. Ausnahme oder Befreiung):

...

☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes und des Zeitrahmens:

[X] Hinweise und Anmerkungen, Forderungen, Bedenken aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan:

Aus der Sicht der uAWB bestehen unter der Maßgabe der Berücksichtigung und Erfüllung der nachfolgenden Nebenbestimmungen/Auflagen und Hinweise gegen das geplante Bauvorhaben keine Einwände.

Bei Veränderungen der dem Antrag auf Erteilung der Stellungnahme zugrundeliegenden Angaben, der Planungsunterlagen und abgegebenen Erklärung wird diese in Gänze oder zum Teil ungültig.

Auflagen:

1. Der Beginn und die Fertigstellung der Gesamtmaßnahme sind der uAWB spätestens 4 Wochen zuvor anzuzeigen.
2. Beim Einsatz von mineralischen Abfällen – mineralischen Ersatzbaustoffen (MEB) oder deren Gemische (auch Bodenmaterial) – in bzw. für die Herstellung von technischen Bauwerken – wie für eine Herstellung von Fundamenten im Zusammenhang der Errichtung der Gebäude, der Frostschutz- bzw. Tragschicht der Nebenflächen – haben diese nachweislich die erforderlichen stofflichen Zusammensetzungen bzw. bodenphysikalischen bzw. bauphysikalischen Eigenschaften zur jeweiligen Funktionserfüllung aufzuweisen, s. z.B. FGSV-Regelwerke.
3. Spätestens 4 Wochen vor Baubeginn sind für die einzelnen technischen Bauwerke des Gesamtvorhabens (s. auch Pkt. 2), sofern keine Einzelfallentscheidungen nach Pkt. 4 zu beantragen sind, jeweils die zum Einsatz kommende konkreten MEB
 - mit jeweiliger Einbaumenge und jeweiliger technischer Bauweise gemäß Anlage 2 EBV zu benennen,
 - analog technischer Bauweisen gem. Anlage 2 EBV ist deren bautechnische Notwendigkeit nachzuweisen (z.B. anhand von nachvollziehbaren Aufmaßen) und
 - Unterlagen zur bodenphysikalischen- bzw. bauphysikalischen Eignung dieser MEB einzureichen.
4. Sofern Einzelfallentscheidungen für den Verbau von MEB in technischen Bauwerken bei der uAWB zu beantragen sind, sind diese beantragten Bauausführungen erst nach erteilter Zulassung zu beginnen. Die Beantragung hat spätestens 4 Wochen vor dem beabsichtigten Beginn der Bauausführungen zu erfolgen. Hierfür sind die avisierten bzw. gewählten Einbauweisen und Ersatzbaustoffe und/oder Gemische mit jeweiliger Menge, getrennt für temporäre und dauerhaft bleibende befestigte Flächen (auch gepflasterte Flächen), mitzuteilen sowie jeweils die zugehörigen Eignungsnachweise (Prüfberichte/ Analyseberichte, Probenahmeprotokolle nach LAGA M32/PN 98, die Beurteilung von Analyse- bzw. Untersuchungsergebnissen, Qualitätseinstufung bzw. Materialklasse der jeweils konkreten Ersatzbaustoffart) zur Prüfung und Entscheidung der uAWB vorzulegen.

Hinweis: Einzelfallentscheidungen bzw. Zulassungen sind erforderlich bei beabsichtigten Einbauweisen, die nicht in Anlage 2 der EBV aufgeführt sind und/oder bei einer avisierten Verwertung von Stoffen oder Materialklassen, die nicht in der EBV geregelt sind. Grundlegende Voraussetzung für eine positive Einzelfallentscheidung bzw. Zulassung ist, dass nachteilige Veränderungen der Grundwasserbeschaffenheit und schädliche Bodenveränderungen nicht zu besorgen sind.

5. Bei Anfall von Bodenmaterial im Zuge der Baumaßnahmen, welches außerhalb des Bauvorhabens in ein technisches Bauwerk nicht aufbereitet eingebaut werden soll und nicht zu einem Betreiber eines Zwischenlagers befördert wird, und:
 - a. unverzüglich nach Aushub oder Abschieben für die Bestimmung einer Materialklasse zu untersuchen ist, sind die Dokumente – Probenahmeprotokoll(e), die Untersuchungsergebnisse und deren Bewertung sowie die Klassifizierung – der uAWB spätestens 2 Wochen vor Abtransport von der Baustelle vorzulegen oder
 - b. von einer analytischen Untersuchung abgesehen wird, ist die Dokumentation über die hierfür erforderlichen Voraussetzungen und Klassifizierung spätestens 2 Wochen vor Abtransport von der Baustelle der uAWB vorzulegen.
6. MEB (auch Bodenmaterial), die nicht in ein technisches Bauwerk verbaut werden (dürfen) oder Bodenmaterialien, welche nicht in/ auf eine durchwurzelbare Bodenschicht auf oder eingebracht werden oder außer- oder unterhalb einer durchwurzelbaren Bodenschicht verbaut werden (dürfen), sind einem dafür zugelassenen Verwertungs- bzw. Entsorgungsfachbetrieb oder einer dafür zugelassenen Abfallentsorgungsanlage oder einem dafür zugelassenen Transporteur nachweislich zu übergeben.

Über die Entsorgung sind Entsorgungsnachweise in Form von Lieferscheinen und/oder geschäftsüblichen Unterlagen zu führen. Zuletzt genannte können als Entsorgungsnachweise genutzt werden, wenn die darin enthaltenen Angaben denen von Lieferscheinen entsprechen:

- Abfallbezeichnung und Abfallschlüssel gemäß AVV,
- Menge in t oder m³,
- Abfallerzeuger und Herkunft/Vorhaben,
- Spediteur, Beförderer mit Firma und Kfz-Kennzeichen,
- Verwertungs- bzw. Entsorgungsfachbetrieb/Abfallentsorgungsanlage/Annehmender
- Datum der Abgabe mit Uhrzeit
- Unterschriften: Erzeuger, Entsorger/Annehmender, Beförderer, Auftraggeber bzw. Vertreter des Auftraggebers

- 6.1 Die Entsorgungsnachweise sind der uAWB auf Anforderung, jedoch spätestens drei Wochen nach Ende des Gesamtvorhabens, zu übergeben.

Begründung:

Zu Pkt. 1:

Die Anforderungen zur Mitteilung des Beginns und des Abschlusses des Gesamtvorhabens ergibt sich daraus, dass nur der Antragsteller eine verbindliche Aussage dazu treffen kann. Durch Mitteilung von Ende und Beginn der beabsichtigten Maßnahmen ist die uAWB tatsächlich in der Lage ihren abfallwirtschaftlichen Kontroll- und Vollzugspflichten nachzukommen (siehe § 62 KrWG, § 47 Absatz 2 KrWG i.V.m. § 42 Absatz 1 BbgAbfBodG i.V.m. lfd. Nr. 1.23.1, Anlage der AbfBodZV).

Zu den Pkt. 2 bis 4:

Kommen im Zuge des Vorhabens mineralische Abfälle zum Zwecke der Errichtung von technischen Bauwerken, wie der Errichtung des Gebäudes bzw. der Herstellung von Fundamenten, zum Einsatz, so dürfen diese nur jeweils verbaut werden, wenn sie ordnungsgemäß und schadlos im Sinne des § 7 (3) KrWG i.V.m. § 3 (23) KrWG und i.V.m. den Bestimmungen der §§ 19 ff ErsatzbaustoffV, verwertet werden.

Eine ordnungsgemäße Verwertung von Ersatzbaustoffen liegt demzufolge nur dann vor, wenn sie die bodenphysikalischen Eigenschaften aufweisen, wie sonst zum Einsatz kommende Baustoffe, um diese ersetzen zu können, s. u.a. TL BUB E-StB 20/23, ZTV E-StB (FGSV 599). Und wenn sie nur in dem für den jeweiligen bautechnischen Zweck erforderlichen Umfang zum Einsatz kommen.

Eine schadloße Verwertung von Ersatzbaustoffen liegt vor, wenn durch deren Verbau in technischen Bauwerken nachteilige Veränderungen der Grundwasserbeschaffenheit und schädliche Bodenveränderungen nicht zu besorgen sind. Bei Einbau von MEB oder Gemischen (auch Bodenmaterial) in technischen Bauwerken werden die grundsätzlichen Anforderungen erfüllt, wenn:

- die Besorgnis nachteiliger Veränderungen der Grundwasserbeschaffenheit und schädlicher Bodenveränderungen ausgeschlossen wird. Dafür ist maßgebend erforderlich:
 - o ein Einbau erfolgt nur in den für sie jeweils zulässigen Einbauweisen nach Anlage 2 oder 3 der EBV oder es erfolgt der Einbau von Bodenmaterial der Klasse 0 – BM-0 gemäß EBV oder von Baggergut der Klasse 0 – BG-0 gemäß EBV,
 - o der Einbau erfolgt nur in dem für den jeweiligen bautechnischen Zweck erforderlichen Umfang,
 - o Gemische werden nur zur Verbesserung der bautechnischen Eigenschaften hergestellt,
 - o Gemische werden nur eingesetzt, wenn es sich um Gemische mit enthaltenen
 - aus einer Aufbereitungsanlage stammende güteüberwachte Ersatzbaustoffen oder
 - klassifizierte nicht aufbereitete Bodenmaterialien oder klassifiziertes Baggergut (in eine Materialklasse Eingeteilte oder Klassifiziert als Bodenmaterial BM-0 der Baggergut BG-0) handeltund der Einbau nur in einer Einbauweise erfolgt, die für jeden einzelnen mineralischen Ersatzbaustoff nach Anlage 2 oder 3 der EBV zulässig ist
 - o Der Einbau erfolgt oberhalb der in Anlage 2 oder 3 vorgesehenen Grundwasserdeckschichten, die natürlich vorliegen oder die mit Zustimmung der zuständigen Behörde hergestellt wurden, s. § 19 EBV.

Behördliche Entscheidungserfordernisse ergeben sich für Verwender von bestimmten Ersatzbaustoffen unmittelbar aus §§ 21 ErsatzbaustoffV. Hierfür sind entsprechende Antragsunterlagen bei der uAWB einzureichen.

Die Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) hat dazu die FAQ Version 2 „Fragen und Antworten Katalog zur ErsatzbaustoffV „ am 21.09.2023 veröffentlicht.

Befugnisnorm: § 62 KrWG

Zu Pkt. 5:

Das Vorhaben umfasst möglicherweise den Anfall u.a von als Abfall einzustufenden Bodenmaterialien, vgl. § 3 (1) KrWG. Diese bedürfen einer ordnungsgemäßen und schadloßen Abfallverwertung gemäß § 7 (3) KrWG, § 3 (23) KrWG i.V.m. der ErsatzbaustoffV. Bei beabsichtigten Verbau der Bodenmaterialien im nicht aufbereiteten Zustand in ein technisches Bauwerk außerhalb des Bauvorhabens, ohne diese zuvor einem von einem Dritten betriebenen Lagerplatz zu befördern, sind die Pflichten zur Untersuchung, Bewertung von Untersuchungsergebnissen und Klassifizierung von nicht aufbereitetem Bodenmaterial und deren Dokumentation (vgl. §§ 14 bis 17 ErsatzbaustoffV) im Rahmen des Vorhabens vom Antragsteller zu beachten.

Befugnisnorm für die Forderung der Vorlage der Dokumentationen: § 62 KrWG i.V.m. § 17 ErsatzbaustoffV

Zu Pkt. 6:

Im Zuge des Gesamtvorhabens werden wohl nicht unmittelbar wiederverwendbare als Abfall i.S.d. § 3 (1) KrWG einzustufende Bodenmaterialien anfallen, welche möglicherweise nicht in technischen Bauwerke verbaut oder nicht in, auf Böden auf- oder eingebracht werden oder nicht außer- oder unterhalb einer durchwurzelbaren Bodenschicht außerhalb von technischen Bauwerken (bezeichnet bisher als bodenähnliche Anwendung) eingesetzt werden (vgl. §§ 6-8 BBodSchV). Diese bedürfen somit einer anderweitigen geordneten Entsorgung (§ 5 KrWG, §§ 6 ff. KrWG). Dafür ist der Antragsteller als Abfallerzeuger/-besitzer (vgl. § 3 (8), (9) KrWG) verpflichtet. In den Planungsunterlagen sind keine Aussagen getroffen worden. Mit der Auflage wird sichergestellt, dass alle als Abfall einzustufenden Bodenmaterialien nachvollziehbar einer geordneten Entsorgung zugeführt werden.

Grundsätzlich sind Entsorgungsnachweise mittels Begleitschein oder Übernahmeschein, unter Verwendung der nach Anlage 1 vorgesehenen Formblätter der Nachweisverordnung zu führen (vgl. §§ 15 und 18 NachwV). Jedoch sind Wiegescheine oder Lieferscheine (des geschäftsüblichen Schriftverkehrs) ausreichend, wenn alle relevanten Daten, wie die Aufschlüsselung der Abfälle nach Art, Beschaffenheit und Menge sowie Anlieferungsart/übernehmende Firma enthalten sind.

Befugnisnormen: § 62 KrWG, § 51 (1) Ziffer 1 KrWG

Hinweise:

1. Erzeuger von Abfällen i.S. des § 3 (8) KrWG sind zur ordnungsgemäßen Entsorgung ihrer Abfälle verpflichtet. Dritte können lt. § 22 KrWG mit der Erfüllung dieser Pflichten beauftragt werden.
2. Im Rahmen der Güteüberwachung von in Aufbereitungsanlagen hergestellten Ersatzbaustoffen (Recyclingbaustoffen) werden die bautechnischen und umweltrechtlichen Anforderungen überprüft.
3. Bei Bezug von Ersatzbaustoffen aus Abfallbehandlungsanlagen, die nach § 10 EBV bewertet und nach § 11 EBV klassifiziert wurden (vgl. §§ 19, 20 ErsatzbaustoffV) ist ein Eignungsnachweis zu erbringen. Ein Eignungsnachweis von einer Abfallbehandlungsanlage besteht aus der Erstprüfung und der Betriebsbeurteilung, einer werkseigenen Produktionskontrolle (WPK) und einer Fremdüberwachung. Ist der Eignungsnachweis erbracht, so stellt die Überwachungsstelle dem Anlagenbetreiber ein Prüfzeugnis darüber aus. Wurde von der Überwachungsstelle das Prüfzeugnis dem Anlagenbetreiber übergeben, so darf dieser den hergestellten MEB in Verkehr bringen.
4. Zusätzliche Pflichten bei Einbau von bestimmten Ersatzbaustoffarten, wie Schlacken und Aschen (z.B. LD-Schlacke bzw. Stahlwerksschlacke der Klasse 2 – SWS-2, LD-Schlacke bzw. Stahlwerksschlacke der Klasse 1 – SWS-1) in technische Bauwerke ergeben sich unmittelbar aus §§ 20, 22 EBV, und zwar:
 - Einbaubeschränkungen (Mindesteinbaumengen; 250 m³/ 50 m³ in Abhängigkeit der Ersatzbaustoffart und Materialklasse) und
 - Anzeigepflichten des Verwenders an die uAWB sowie
 - Ermittlungs- und Mitteilungspflichten an die uAWB über tatsächlich eingebaute Mengen und Materialklassen einschließlich

- Dokumentationspflichten zu Vor- und Abschlussanzeigen des Verwenders bzw. Bauherren sowie
 - Mitteilungspflicht des Grundstückseigentümers an die uAWB über den Rückbau des technischen Bauwerks oder über den Verbleib der mineralischen Ersatzbaustoffe am Einbauort unter Angabe der Folgenutzung.
5. Hinweise des MLUK für Verwender mineralischer Ersatzbaustoffe in technischen Bauwerken sind unter <https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/umwelt/abfall/abfaelle-aus-gewerbe/entsorgung-mineralischer-abfaelle/> abrufbar.
 6. Es sind Annahmbedingungen/Übernehmerichtlinien der betreffenden Abfallentsorgungsanlagen für die Entsorgung von u.a. als Abfall eingestufteten Bodenmaterialien zu beachten.
 7. Im Zusammenhang mit einem ggf. beabsichtigten Masseausgleich und/oder einer Geländeauffüllung mit der Überlagerung einer Einbauweise als technisches Bauwerk werden mit dieser Stellungnahme nur abfallrechtliche Belange berücksichtigt. Hierbei, wie auch z.B. bei einer Funktionsschicht als Teil einer befestigten Fläche sind zudem auch bodenschutzrechtliche Anforderungen für die zum Einsatz kommenden Materialien zu beachten (vgl. §§ 6 - 8 BBodSchV).
 8. Die Pflichten der GewAbfV richten sich gleichermaßen an Abfallerzeuger und -besitzer. Wer auf einer Baustelle die Dokumentation übernimmt, kann privatrechtlich vereinbart werden. Die Vorbehandlungs- und Aufbereitungspflicht für Gemische nach § 9 (1) GewAbfV und die Dokumentationspflicht für Gemische nach § 9 (6) GewAbfV ist zu beachten.
Seit dem 01.01.2019 müssen sich gewerbliche Abfallerzeuger und -besitzer bei der erstmaligen Übergabe ihrer nach der GewAbfV vorbehandlungspflichtigen Gemische vom Anlagenbetreiber bestätigen lassen, dass die Anlage die Anforderungen nach § 6 (1) und (3) der GewAbfV einhält [§ 4 (2) GewAbfV].
Auf der Internetseite des MLUK zur GewAbfV sind diese Anlagen veröffentlicht (Link: <https://mluk.brandenburg.de/info/gewerbeabfallverordnung>).

Rechtsgrundlagen:

KrWG	Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen - Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG), vom 24.02.2012, BGBl. I S. 212, in der derzeit gültigen Fassung
ErsatzbaustoffV	Verordnung über Anforderungen an den Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen in technische Bauwerke (Ersatzbaustoffverordnung – ErsatzbaustoffV) vom 09. Juli 2021 (BGBl. I S. 2598), zuletzt geändert durch Art. 1 VO zur Änd. der ErsatzbaustoffVO und der Brennstoffwechsel-Gasmangellage-VO vom 13.07.2023 (BGBl. I Nr. 186)
BbgAbfBodG	Brandenburgisches Abfall- und Bodenschutzgesetz (BbgAbfBodG) vom 06.06.1997 (GVBl. I S. 40), in der derzeit gültigen Fassung
GewAbfV	Verordnung über die Bewirtschaftung von gewerblichen Siedlungsabfällen und von bestimmten Bau- und Abbruchabfällen (Gewerbeabfallverordnung) vom 18. April 2017 (BGBl. I S. 896), „die zuletzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 28. April 2022 (BGBl. I S. 700) geändert worden ist

AbfBodZV Verordnung zur Regelung der Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Abfall- und Bodenschutzrechts (Abfall- und Bodenschutz-Zuständigkeitsverordnung – AbfBodZV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (GVBl. II S. 842), in der derzeitigen Fassung

AVV Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfallverzeichnis-Verordnung - AVV) vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3379), in der derzeit gültigen Fassung

NachwV Verordnung über die Nachweisführung bei der Entsorgung von Abfällen (Nachweisverordnung-NachwV) vom 20. Oktober 2006 (BGBl. I S.2298), „die zuletzt durch Artikel 5 der Verordnung vom 28. April 2022 (BGBl. I S. 700) geändert worden ist“

LAGA M 32/
PN 98 Richtlinie für das Vorgehen bei physikalischen, chemischen und biologischen Untersuchungen im Zusammenhang mit der Verwertung / Beseitigung von Abfällen, in der derzeitigen Fassung

FGSV-Regelwerke des FGSV Verlages (Verlag der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen), s. <https://www.fgsv.de/regelwerk>, wie

TL BuB E-StB 20723 Technische Lieferbedingungen für Bodenmaterialien und Baustoffe für den Erdbau im Straßenbau, FGSV-Nr.: 597, ISBN: 978-3-86446-374-7

J.Unger

Hausinterne Mitteilung/Vermerk

Landkreis Märkisch-Oderland

Frau
Jasmin Schmidt
Klosterstraße 14
15344 Strausberg

Fachbereich: III
Amt: Bauordnungsamt
Fachdienst: RBA/Untere Denkmalschutzbehörde
Dienstort: 15344 Strausberg
Klosterstraße 14
Auskunft erteilt: Herr Wendt
Durchwahl: 03346 8507564
Telefax: 03346 8507509
E-Mail: denkmalschutz@landkreismol.de
Aktenzeichen: **63.30/70611-24**
Strausberg, 16.08.2024

Antragsteller: Amt Lebus, Bartsch
Grundstück: Lebus, ~
Gemarkung Wulkow b. Booßen, Flur 2, Flurstücke 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 76, 77, 176
Vorhaben: Vorhabenbezogener B-Plan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen"
hier: Beteiligung im Baugenehmigungsverfahren

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§4 Baugesetzbuch)

1 Vorbemerkungen

Mit der Beteiligung wird den Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu dem jeweiligen konkreten Planverfahren gegeben. Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die notwendigen Informationen für ein sachgerechtes und optimales Planungsergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen, die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Gemeinde den Inhalt nachvollziehen kann.

A. Allgemeine Angaben

Stadt/ Gemeinde/ Amt Lebus
☐ Flächennutzungsplan
☒ Bebauungsplan „Vorhabenbezogener B-Plan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen" hier: Beteiligung im Baugenehmigungsverfahren"
☐ Satzung über den VEP
☐ sonstige

Fristablauf für die Stellungnahme am: 02.09.2024

B. Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Bezeichnung des Trägers öffentlicher Belange:

Absender: Landkreis Märkisch-Oderland
Bau- und Bodendenkmalpflege
Klosterstraße 14
15344 Strausberg

Datum : 16.08.2024
Telefon : 03346 8507564
FAX. : 03346 8507509
Bearbeiter : Herr Wendt

allgemeine Sprechzeiten: Dienstag 09:00 – 12:00 und 13:00 – 18:00 Uhr Freitag 09.00 – 12.00 Uhr. Für den verbindlichen elektronischen Rechtsverkehr mit dem Landkreis Märkisch-Oderland steht Ihnen die E-Mail-Adresse poststelle@landkreismol.de zur Verfügung. Informationen unter : <http://www.maerkisch-oderland.de/kontakt>. Alle anderen E-Mail-Adressen dienen nur zum Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur. Internet: www.maerkisch-oderland.de

- O keine Äußerung
- x Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o.ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können

Einwendung:

Im Bereich des o. g. Vorhabens befindet sich das Bodendenkmal 60547, Wulkow bei Booßen 1, Siedlung Urgeschichte. Des Weiteren besteht aufgrund fachlicher Kriterien die begründete Vermutung, dass in einem Abschnitt des Vorhabensbereichs, bislang noch nicht aktenkundig gewordene Bodendenkmale im Boden verborgen sind.

1. Rechtsgrundlage: Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale und Bodendenkmale im Land Brandenburg vom 24. Mai 2004 §§2, Abs.5 und 7 Abs.3, 9
2. Möglichkeiten der Überwindung:

Im Bereich des Bodendenkmals 60547

Der Standort der Photovoltaik-Freiflächenanlagen ist in erster Linie so zu wählen, dass möglichst wenig Bodendenkmalsubstanz durch die Errichtung verloren geht. Nach Möglichkeit hat eine Fundamentierung der PV-Module ohne Bodeneingriff zu erfolgen.

Ohne vorherige fachgerechter Bergung und Dokumentation darf ein Bodendenkmal nicht verändert oder zerstört werden. Alle Veränderungen und Maßnahmen an Bodendenkmalen sind Maßgabe der Denkmalbehörden zu dokumentieren.

Im Bereich der Bodendenkmal-Vermutungsflächen

Die Termine der Erdarbeiten in den ausgewiesenen Bodendenkmalvermutungsbereichen sind der unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM), Referat Großvorhaben, zwei Wochen im Voraus mitzuteilen.

Sollten bei Erdarbeiten, auch Außerhalb von den gekennzeichneten Bodendenkmalen und Vermutungsflächen, Funde von Denkmalen (z.B. Scherben, Knochen, Metall, Steinsetzungen, Verfärbungen) entdeckt werden, sind diese unverzüglich der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Märkisch-Oderland (E-Mail: denkmalschutz@landkreismol.de) und dem BLDAM anzuzeigen. Bodendenkmale und die Entdeckungsstätten sind bis zum Ablauf einer Woche in unverändertem Zustand zu erhalten.

Allgemein gilt, dass nach dem evtl. Rückbau der Solaranlage das Tiefpflügen oder sonstige intensive Bodeneingriffe im Rahmen des Rekultivierungsprozesses in ausgewiesenen Bodendenkmalflächen nicht erlaubt sind.

- O Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o.g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes und des Zeitrahmens:
- x Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und Rechtsgrundlage:

Empfehlung im Bereich von Bodendenkmal-Vermutungsflächen

Um Bauverzögerungen zu vermeiden und bereits frühzeitige Planungssicherheit zu erhalten, ist für Bereiche, in denen Bodendenkmale begründet vermutet werden, die Einholung eines archäologischen Fachgutachtens empfohlen, sofern in diesen Bereichen Bodeneingriffe geplant sind.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Gez. Wendt
SB untere Denkmalschutzbehörde



Hausinterne Mitteilung/Stellungnahme

Bauordnungsamt

Herr Schebitz

DO Strausberg

Fachbereich: IV
Organisationseinheit: Amt für Landwirtschaft und Umwelt
Fachdienst: Untere Abfallwirtschafts- und Untere Bodenschutzbehörde (UAWB/UBB)
Untere Bodenschutzbehörde (UBB)
Dienstort: Seelow
Auskunft erteilt: Herr Berger
Durchwahl: 03346 850 - 7341
Telefax: 03346 850 - 6309
E-Mail: bodenschutzbehoerde@landkreismol.de

AZ: 02719-24

Datum: 2. September 2024

A. Allgemeine Angaben

Stadt/Gemeinde/Amt: Lebus

Vorhaben: Errichtung Photovoltaikanlagen (PV)

☐ Flächennutzungsplan

☒ Bebauungsplan

Vorhabenbezogener Bebauungsplan (VBP) "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen",
(Stand Vorentwurf Mai 2024)

Gemarkung: Wulkow bei Booßen

Flur: 2

Flurstücke: 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 76, 77, 176

☐ Satzungen

☐ Vorhaben- und Erschließungsplan

☐ sonstige Satzung

B. Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Bezeichnung des Trägers öffentlicher Belange:

Untere Bodenschutzbehörde (UBB)

Az. UBB: 32.31.01/0002

Aus Sicht der UBB bestehen gegen den Vorhabenbezogener Bebauungsplan (VBP) "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen" keine Einwände.





1. Auflagen

- 1.1 Das Vorhaben ist nach den geltenden, allgemein anerkannten Regeln der Technik so durchzuführen, dass eine schädliche Bodenveränderung (Bundes-Bodenschutzgesetz, § 7 BBodSchG¹) ausgeschlossen werden kann. D. h. es hat ein sparsamer und schonender Umgang mit Boden sowie der Schutz vor Beeinträchtigungen durch Stoffe, durch Erosion und durch Verdichtungen zu erfolgen (DIN 18915, DIN 19731 und DIN 19639). Die Flächeninanspruchnahme ist auf das Mindestmaß zu beschränken. Dies gilt insbesondere für Flächen, die für den Rückbau der Freiflächenanlage zusätzlich zur bestehenden Flächeninfrastruktur in Anspruch genommen werden. Für den Rückbau (zusätzlich zur bestehenden Infrastruktur) in Anspruch genommene Flächen müssen Schutzmaßnahmen ergriffen werden, um die Böden vor Verdichtung und Vernässung, Stoffeinträgen und Verschmutzung sowie Erosion zu schützen.

Baustelleneinrichtungsflächen müssen ausreichend dimensioniert werden (Lagerkapazität, Maschinenbewegung auf den Flächen).

Der zur Errichtung von Wechselrichtern, Trafo und Kabelgräben erforderliche Bodenabtrag ist zwischenzulagern, vor Verdichtung und Verunreinigung zu schützen und möglichst am Standort wieder einzubauen. Die Fläche des Eingriffs oder der temporären Beanspruchung ist möglichst gering zu halten. Erdaushub soll möglichst vermieden werden. Vorhandene Oberbodenschichten dürfen nicht unnötig abgeschoben werden. Noch vorhandene, natürliche Böden dürfen nur im trockenen Zustand und möglichst nur mit leichten Baumaschinen befahren werden. Schädliche Stoffeinträge in das Erdreich sind zum Schutz des Grundwassers und des Bodens zu vermeiden. Das Befahren von Bautabuflächen, insbesondere zukünftiger Ausgleichsflächen, ist auszuschließen. Unvermeidbare Verdichtungen des Bodens durch den Baustellenbetrieb sind zu ermitteln und durch Lockerungsmaßnahmen nach Abschluss der Bauarbeiten auszugleichen.

- 1.2 Sollten umweltrelevante und/oder organoleptische Auffälligkeiten (Farbe, Geruch, Beschaffenheit, Material) im Boden, Bausubstanz und/oder Grundwasser festgestellt werden, sind diese gemäß § 31 BbgAbfBodG² der UBB zur Festlegung der weiteren Verfahrensweise umgehend zur Kenntnis zu geben.
- 1.3 Es sind Maßnahmen zum Schutz vor Bodenverdichtungen und daraus resultierenden Vernässungen und Veränderungen der physikalischen Bodeneigenschaften zu ergreifen. Die Flächen sind in Abhängigkeit ihrer Inanspruchnahme beim Rückbau zu präparieren. Bodenschonendes Arbeiten auf und mit Bodenmaterial kann nur bei ausreichend trockenen Witterungsbedingungen und Bodenverhältnissen sowie bei Bodenfrost erfolgen. Nach Möglichkeit sind Maschinen mit möglichst geringem Gesamtgewicht und möglichst geringer Bodenpressung einzusetzen. Maschinen mit hohem Gesamtgewicht und hoher Flächenpressung dürfen nur in Verbindung mit Maßnahmen zum Schutz von Böden vor Verdichtungen eingesetzt werden. Schutzmaßnahmen zum Maschineneinsatz dienen dazu, den Druckeintrag in den Boden zu verringern und Verdichtungen und Vernässungen zu vermeiden. Auf ungeschütztem Boden sind Maschinen mit bodenschonenden Laufwerken (Kettenfahrzeuge mit möglichst geringem Gesamtgewicht und niedriger Flächenpressung oder Radfahrzeuge mit Breit- und Terrareifen) einzusetzen. Die Grenzen der Befahrbarkeit und Bearbeitbarkeit von Böden sowie die spezifische Maschineneinsatzgrenze können nach DIN 19639 (2019) in Abhängigkeit von Bodenfeuchte und Konsistenzbereichen ermittelt werden.
- 1.4 Es ist eine bodenkundliche Baubegleitung im Rahmen des Rückbaus zu beauftragen (DIN 19639) die mit der bodenkundlichen Baubegleitung beauftragte Person muss





über die notwendige Sach- und Fachkunde verfügen und diese nachweisen. Die mit der bodenkundlichen Baubegleitung beauftragte Person ist der Genehmigungsbehörde vor Beginn des Rückbaus zu benennen. Die bodenkundliche Baubegleitung muss der Genehmigungsbehörde regelmäßig Bericht erstatten. Die bodenkundliche Baubegleitung ist mit der Erstellung des vorhabenbezogenen Bodenschutzkonzeptes zu realisieren.

- 1.5 (De-)Montage- und Lagerflächen sind vollständig zurückzubauen. Zuwegungen und Kabeltrassen sind, soweit sie keine andere Verwendung außerhalb der zurückzubauenden Freiflächenanlage haben, vollständig zurückzubauen. Versiegelte Bereiche sind vollständig zurückzubauen. Baustoffe, -abfälle, sonstige Verunreinigungen und auf/ in den Boden eingebrachte, standortfremde Materialien sind vollständig zu entfernen. Auf allen zurückgebauten Flächen sind Verdichtungen im Untergrund zu lockern, sobald dies die aktuelle Bodenfeuchte zulässt. Die Wiederherstellung der Bodenfunktion ist sicherzustellen (§ 2 BBodSchG¹), schädliche Bodenveränderungen zu beseitigen (§ 10 i. V. m. § 4 Abs. 3 BBodSchG¹).
- 1.6 Aufbereitung/Wiederherstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht zur vollständigen Wiederherstellung der Bodenfunktionen ist gemäß §§ 6-7 BBodSchV³ für beanspruchte Flächen zu realisieren.
- 1.7 Es sind Maßnahmen zum Schutz des Bodens und des Grundwassers vor Schadstoffeinträgen, ausgehend von Betriebsmitteln der Freiflächenanlagen oder Maschinen, zu ergreifen. Es sind Maßnahmen zum Schutz vor Einträgen von Fremdstoffen und Verunreinigungen in Form von Baustoffen oder Bauabfällen, insbesondere durch Vermischen derselben mit Bodenmaterial, zu ergreifen. Wassergefährdende Stoffe dürfen nicht auf ungeschütztem Boden gelagert werden. Maschinen dürfen nicht auf ungeschütztem Boden geparkt oder betankt werden. Maschinen müssen vor jeder Benutzung auf die Dichtheit aller Leitungssysteme mit wassergefährdenden Stoffen geprüft werden. Es ist ein Lagerort für eine ausreichende Menge an Bindemittel auszuweisen und das Baustellenpersonal darüber zu informieren. Beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind Auffangwannen einzusetzen.
- 1.8 Es sind Maßnahmen zum Schutz vor Bodenerosion zu ergreifen, insbesondere für Flächen in Hanglage und mit fehlender Begrünung. Auf erosionsgefährdeten Flächen ist für eine geregelte Wasserhaltung, durch eine gezielte Ableitung von Wasser aus dem Baufeld mittels Grabensystem, sowie Sammeln und Abpumpen des Wassers zu sorgen. Auf erosionsgefährdeten Flächen sorgt eine rasche Begrünung für einen Schutz vor Erosion. Bodenmieten müssen bei längerer Lagerungsdauer aktiv (Ansaat) begrünt werden.
- 1.9 Nach Fertigstellung der Photovoltaikanlagen hat ein Rückbau der nicht mehr erforderlichen Ausbauten zu erfolgen, mithin auch der Bau- und Nebstellflächen sowie die für die Errichtung der Photovoltaikanlagen notwendigen Montageflächen. Die Wiederherstellung der Bodenfunktion ist sicherzustellen (§ 2 BBodSchG¹), schädliche Bodenveränderungen zu beseitigen (§ 10 i. V. m. § 4 Abs. 3 BBodSchG¹).
- 1.10 Der Rückbaubeginn sowie der Rückbauabschluss ist unaufgefordert der UBB anzuzeigen.

2. Hinweise

- 2.1 Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte so





weit wie möglich vermieden werden und dem Entstehen schädlicher Bodenveränderungen ist vorzubeugen, indem Bodeneinwirkungen vermieden oder nach Möglichkeit vermindert werden (§ 1 BBodSchG¹).

- 2.2 Das Baugesetzbuch³ fordert seit dem 20.07.2004 eine Verpflichtungserklärung des Vorhabenträgers bzw. Bauherrn zum Rückbau der Anlage nach dauerhafter Aufgabe der Nutzung als Voraussetzung für die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit im Außenbereich (§ 35 Abs. 5 Satz 2 BauGB³). Diese Verpflichtung zum Rückbau umfasst grundsätzlich die gesamte bauliche Anlage einschließlich aller Nebenanlagen und die Beseitigung aller Bodenversiegelungen einschließlich der Gründungsbauteile.
- 2.3 Bei Vorhaben, bei denen auf einer Fläche von mehr als 3 000 Quadratmetern Materialien auf oder in die durchwurzelbare Bodenschicht auf- oder eingebracht werden, Bodenmaterial aus dem Ober- oder Unterboden ausgehoben oder abgeschoben wird oder der Ober- und Unterboden dauerhaft oder vorübergehend vollständig oder teilweise verdichtet wird, kann die für die Zulassung des Vorhabens zuständige Behörde im Benehmen mit der für den Bodenschutz zuständigen Behörde von dem nach § 7 Satz 1 des BBodSchG¹ Pflichtigen die Beauftragung einer bodenkundlichen Baubegleitung nach DIN 19639 im Einzelfall verlangen (§ 4 Absatz 5 BBodSchV³).
- 2.4 Im Bereich des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans (VBP) "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen" liegen nach derzeitigem Kenntnisstand keine Altlastverdächtigen Flächen, Altlaststandorte und Altablagerungen. Es sind keine schädlichen Bodenveränderungen bekannt.

Bei Feststellung ist Punkt 1.2 dieser Stellungnahme zu veranlassen.

- 2.5 Es besteht generell das Erfordernis bei zukünftigen baurechtlichen Genehmigungsverfahren (Baumaßnahmen/Rückbaumaßnahmen), einschließlich gesamtheitlicher Erschließungsmaßnahmen die UBB vorab zu beteiligen, um ggf. erforderliche Gefahrenabwehrmaßnahmen für die Schutzgüter menschliche Gesundheit, Boden, Grundwasser zu ermitteln.
- 2.6 Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte so weit wie möglich vermieden werden und dem Entstehen schädlicher Bodenveränderungen ist vorzubeugen, indem Bodeneinwirkungen vermieden oder nach Möglichkeit vermindert werden (§ 1 BBodSchG¹).
- 2.7 Diese Stellungnahme wurde am Stichtag der Erstellung mit allen dem Landkreis Märkisch-Oderland – Umweltamt – UBB zur Verfügung stehenden Informationen – ALKATOnline Altlastenkataster des Landes Brandenburg – Landesamt für Umwelt erstellt. Dennoch ist jegliche Haftung ausgeschlossen, alle Angaben erfolgen ohne Gewähr auf Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität.
- 2.8 Die Bauausführenden sind über die Auflagen und Hinweise zu informieren.
- 2.9 Die UBB behält sich die Anordnung von weiteren Maßnahmen vor.
- 2.10 Bei Veränderungen der dem Antrag auf Erteilung der Stellungnahme zugrundeliegenden Angaben, Unterlagen und abgegebenen Erklärung wird diese ungültig. Durch diese Stellungnahme werden die aus anderen Rechtsgründen etwa erforderlichen Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Zustimmungen oder Anzeigen nicht berührt oder ersetzt.





Gez.

Berger SB Altlasten und Bodenschutz

¹ Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), Zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306)

² Brandenburgisches Abfall- und Bodenschutzgesetz (BbgAbfBodG), Drittes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Abfall- und Bodenschutzgesetzes*) vom 20. Juni 2024

³ Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 221) geändert worden ist

⁴ Umweltinformationsgesetz (UIG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Oktober 2014 (BGBl. I S. 1643), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306) geändert worden ist"

⁵ Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) "Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung vom 9. Juli 2021 (BGBl. I S. 2598, 2716)" Ersetzt V 2129-32-1 v. 12.7.1999 | 1554 (BBodSchV)

Name: Hausinterne Mitteilung/Stellungnahme	Nummer: MOL 10.4/0008	Version: 01.0
---	--------------------------	------------------





Hausinterne Mitteilung/Stellungnahme

BOA
DO SRB

Fachbereich: IV
Amt: Amt für Landwirtschaft und Umwelt
Fachdienst: Untere Naturschutzbehörde (UNB)
Dienstort: Seelow
Auskunft erteilt: Frau Schütze
Durchwahl: 03346 850-7322
Telefax: 03346 850-7309
E-Mail: cornelia_schuetze@landkreismol.de
AZ: 63.30/02719-24

Datum: 08. August 2024

1. Allgemeine Angaben:

Stadt/Gemeinde/Amt: Amt Lebus, Stadt Lebus OT Wulkow bei Booßen

Vorentwurf vorhabenbezogener Bebauungsplan (vbBP) „Enerparc – Solarpark Wulkow-Booßen“

Frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen TÖB zum Vorentwurf (Stand 05/24)

2. Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange:

Bezeichnung des Trägers Öffentlicher Belange:

Untere Naturschutzbehörde, Landkreis Märkisch-Oderland

3. Einwendungen (E) mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o.ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können, mit Begründung (B) und Rechtsgrundlage (R)

3.1. Erforderlicher Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung

Artenschutz

Im Planverfahren ist zu prüfen ob artenschutzrechtliche Anforderungen bestehen. Nach § 39 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) besteht ein allgemeiner Schutz wild lebender Tiere und Pflanzen. § 44 regelt die Vorschriften für besonders geschützte und bestimmte Tier- und Pflanzenarten.

Liegen keine Informationen vorab dazu vor, ist es notwendig eine eigene Bestandsaufnahme in der Art vorzunehmen, dass eine Beurteilung möglicher Planungsauswirkungen auf diese Regelungen möglich ist.

Zu einem Verstoß gegen die artenschutzrechtlichen Verbote kann es zwar erst durch die Verwirklichung einzelner Bauvorhaben kommen, da noch nicht der Bebauungsplan, sondern erst das Vorhaben selbst die verbotsrelevante Handlung auslöst.

Die Gemeinde muss jedoch die artenschutzrechtlichen Verbote bereits auf der Ebene der Bebauungsplanung beachten. Sie ist verpflichtet, im Verfahren der Planaufstellung vorausschauend zu ermitteln und zu beurteilen, ob die vorgesehenen Festsetzungen des Planes auf unüberwindbare artenschutzrechtliche Hindernisse treffen.





Festsetzungen, die den artenschutzrechtlichen Verboten entgegenstehen, können zur Vollzugsunfähigkeit der Planung führen. Auf der Ebene des Bebauungsplans muss die Gemeinde die notwendigen Voraussetzungen für die Überwindung eines drohenden Verbots durch ein Hineinplanen in die „Ausnahme- / Befreiungslage“ schaffen.

Maßnahmen der Konfliktvermeidung, die dazu bestimmt sind, Verstöße gegen artenschutzrechtliche Verbotbestimmungen beim Vollzug eines BP vorbeugend zu verhindern (sog. CEF-Maßnahmen), müssen zu ihrer Rechtswirksamkeit im Bebauungsplan dargestellt und festgesetzt werden. Dabei ist es wichtig nachvollziehen zu können, welche Tierarten von der Planung betroffen sind und welche Maßnahmen diesen Beeinträchtigungen entgegenwirken bzw. kompensieren sollen.

Nach dem vorliegenden Vorentwurf wird derzeit eine faunistische Kartierung des Planungsraumes durchgeführt. Weitergehende Informationen zur Bestandsaufnahme wie Art, Umfang, kartierte Tierarten, wurden nicht dargelegt.

Im Rahmen der Aufstellung des Umweltberichtes für den vbBP ist ein qualifizierter Artenschutzbeitrag zu erarbeiten.

Um ein Hineinplanen in die „Ausnahme- / Befreiungslage“ zu schaffen, sind dabei folgende Tierartengruppen zu untersuchen:

Fledermäuse

- vorhandene und betroffene Bäume (mögliche Baumhöhlen) sind auf Vorkommen zu untersuchen; Überprüfung aller in Frage kommenden Strukturelemente auf Fledermausspuren (Kot, Fraßreste) bzw. vorhandene Tiere
- Erfassung der Sommerquartiere im Zeitraum Ende April bis Mitte Juli (besetzte Wochenstuben) und der Winterquartiere zum Ausgang des Winters (Ende Februar); mindestens 2 Begehungen je Quartiertyp zum Auffinden möglicher Quartiere; (Winterquartiere, bei denen bei der ersten Begehung Fledermäuse festgestellt wurden, werden kein zweites Mal begangen!)
- Untersuchung ggf. beschränken auf zu fällende Bäume oder abzureißende Gebäude. Nicht einsehbare Nischen und Hohlräume sind aus zu spiegeln oder mit Endoskop zu prüfen.

Brutvögel

- Mindestens 5 Begehungen verteilt über den gesamten Zeitraum von März (1. Dekade) bis Juli (1. Dekade) bei geeignetem Wetter in Anlehnung an die artspezifischen Untersuchungsstandards von SÜDBECK et al. (2005). Der Abstand zwischen zwei Begehungen muss immer mindestens eine Woche betragen, in der Hauptbrutzeit (Ende April und Anfang Juni) darf der Abstand nicht mehr als 2 Wochen betragen.
- Die Begehungstermine sind an das zu erwartende Artenspektrum anzupassen. So ist bei Vorhandensein geeigneter Habitate (Gehölzen, Baumreihen, Parks und Wäldern) zur Erfassung von Spechten ein Erfassungstermin in der 1. Märzdekade sowie von Eulen und Käuzen artabhängig teilweise schon in der 2. Februardekade erforderlich.
- Mindestens drei Viertel der Tagesbegehungen sind ab der Morgendämmerung - spätestens mit Sonnenaufgang — zu beginnen und bis maximal 10.00 Uhr (Juni) zu beenden. Die Erfassungen zur abendlichen Aktivitätsspitze sind frühestens zwei Stunden vor Sonnenuntergang zu beginnen und an die Aktivitätszeiten der zu erwartenden dämmerungs- und nachtaktiven Arten anzupassen.
- Bei geplanten Baumfällungen zusätzlich eine Erfassung von Baumhöhlen, bei Laubbäumen in möglichst unbelaubtem Zustand. Höhlen und Halbhöhlen sowie Stammrisse sind dabei aus zu spiegeln oder mit Endoskop zu prüfen.
- Ermittelte Brutreviere (Reviermittelpunkte bzw. Neststandorte) aller Brutvogelarten sind als Punktangaben in aussagefähigen Karten (Maßstab 1:5.000 oder detaillierter) darzustellen





Rastvögel

- Insgesamt mindestens 18 Begehungen im Zeitraum von Mitte Juli bis einschließlich 1. Aprildekade, Zeitpunkt und Begehungsintensität sind je nach Rastverlauf an das Rastgeschehen anzupassen,
- Allgemeine Richtwerte: je 1 x im Juli und August, je 2x im September und November bis Februar und je 3x im Oktober und im Zeitraum März bis 1. Aprildekade
- Bei Vorkommen von Kranichen, Gänsen und Schwänen ist der Schwerpunkt der Erfassungen in deren Hauptzugzeiten (Oktober/November und Februar/März) zu legen; in Abhängigkeit an das aktuelle Rastgeschehen kann die Begehungsintensität in diesen Monaten eine Verdichtung auf wöchentliche Abstände erfordern
- An Schlafplätzen ist die Zeit von 1 Stunde vor Sonnenaufgang einzuschließen. Für die Erfassungen von Rastvögeln sind je Erfassungstag ca. 6 Stunden vorzusehen.
- In aussagefähigen Karten (Maßstab 1:10.000 oder detaillierter) sind darzustellen, die ermittelten Rastflächen der Zug-/Rastvogelarten als Fläche (mit tabellarischer Vorlage der Erfassungsprotokolle und artspezifischen Beobachtungen) und die festgestellten Flugrichtungen der beobachteten Vögel (insbesondere Zugrichtung und Flüge von, zu bzw. zwischen Schlafplätzen oder Nahrungsgebieten)

Reptilien

- Erfassung geeigneter Jahreslebensräume und Habitatstrukturen (z.B. potenzielle Fortpflanzungsstätten und Sonnen-/ Überwinterungsplätze, Nahrungsflächen).
- Erfassung der Zauneidechsen mit mindestens 6 Begehungen im Aktivitätszeitraum zwischen April und Ende September. Mindestens 3 Termine sind zwischen Mitte April und Mitte Juni zulegen. Wenn nur kleine Zauneidechsenbestände zu erwarten sind, sind Begehungen im Spätsommer besonders wichtig (Erfassung von Schlüpflingen). Sämtliche Teilhabitate und geeigneten Strukturen des UG müssen mindestens 1 x pro Termin kontrolliert werden. Zwischen den Erfassungsterminen ist ein Mindestabstand von 4 Tagen einzuhalten.
- Erfassungen nur bei günstigen Witterungsverhältnissen und außerhalb von Hitzeperioden
- Ermittelte Nachweise und Teillebensräume sind in aussagefähigen Karten (bei B-Plänen Maßstab der Satzungskarte oder detaillierter) darzustellen.
- Fachgutachterliche Einschätzung der Populationsgröße; aufgrund der starken Populationsschwankungen bei Reptilien ist das Habitatpotential in die Einschätzung der Populationsgröße einzubeziehen.

Gemäß der Gemeinsamen Arbeitshilfe PV-FFA (Stand August 2023) sollen zur ökologischen Anlagengestaltung u.a.

- eine Erhebung des Artenbestandes sowie eine Ermittlung der Auswirkungen von Bau und Betrieb der PV-FFA im Rahmen der Bauleitplanung erfolgen,
- die Zahl der Nistplätze erhöht, für Reptilien entsprechende Habitate und für Amphibien Kleingewässer vorgesehen werden,
- Querungshilfen / Migrationskorridore bei großen Anlagen ab einer Länge von 500m angelegt werden,
- Anlagen unter 100ha entsprechend kleinteiliger strukturiert werden,
- Randflächen von mind. 3m Breite innerhalb der Zäunung unbebaut bleiben und
- außerhalb der Umzäunung ein Grünkorridor vorgesehen werden.

In der ökologischen insbesondere artenschutzrechtlichen Beurteilung des Planvorhaben sollten diese Kriterien herangezogen werden. Der Planungsentwurf sollte unter Beachtung / Einhaltung dieser Maßgaben entwickelt werden.

Zum Schutz vor Verletzungen von Tieren ist die Verwendung von Stacheldraht auch im oberen Zaunbereich zu vermeiden.





(R) §§ 39, 44, 45 BNatSchG
Möglichkeiten der Überwindung: keine

Flächenschutz

Die geplante Zufahrt befindet sich vollständig innerhalb des Naturschutzgebietes (NSG) „Booßener Teichgebiet“ welches auch als FFH-Gebiet europarechtlich unter Schutz steht. Die Planung unterliegt den gemäß Rechtsverordnung (RVO) zum NSG benannten Verbotstatbeständen.

Alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebiets oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können, sind nach Maßgabe näherer Bestimmungen verboten.

Gemäß RVO sind im NSG u.a. verboten

- bauliche Anlagen zu errichten oder wesentlich zu verändern,
- Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrseinrichtungen sowie Leitungen anzulegen, zu verlegen oder zu verändern,
- die Bodengestalt zu verändern, Böden zu verfestigen, zu versiegeln oder zu verunreinigen sowie
- die Art oder den Umfang der bisherigen Grundstücksnutzung zu ändern.

Es ist zu prüfen und klarzustellen ob mit der Planungsumsetzung Auswirkungen auf diese Gebiete verbunden sind. Die Prüfung / die Nachweise sind in den Planunterlagen entsprechend zu dokumentieren.

Inwieweit eine Notwendigkeit der Flächeninanspruchnahme des Schutzgebietes gegeben ist oder ob Alternativnutzungen außerhalb geschützter Flächen nutzbar sind, ist zu prüfen und entsprechend nachzuweisen. Zu beachten ist, dass auch die Nutzung des Weges zur Erschließung ohne bauliche Veränderung als Änderung der Art der Grundstücksnutzung den Verbotstatbeständen unterliegt.

Im Verfahren ist über die Vereinbarkeit der Planung mit den Schutzziele des NSG durch den Ordnungsgeber (hier MLUK) zu prüfen und zu entscheiden.

Gemäß § 67 BNatSchG kann von den Verboten der RVO auf Antrag Befreiung gewährt werden, wenn dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen des Naturschutzes und Landschaftspflege vereinbar ist.

Die Befreiung kann bei Vorlage der Befreiungsvoraussetzungen als eigenständiges Genehmigungserfordernis gewährt werden.

Nach § 34 BNatSchG sind Projekte vor ihrer Zulassung oder Durchführung auf ihre Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen eines Natura 2000-Gebiets zu überprüfen, wenn sie einzeln oder im Zusammenwirken mit anderen Projekten oder Plänen geeignet sind, das Gebiet erheblich zu beeinträchtigen, und nicht unmittelbar der Verwaltung des Gebiets dienen.

Bei der Aufstellung von Plänen im Sinne des § 36 BNatSchG ist der Planungsträger für die Entscheidungen und Maßnahmen nach § 34 Absatz 1 bis 5 des Bundesnaturschutzgesetzes zuständig.

(R) § 34, 36, 67 BNatSchG, § 16 BbgNatSchAG, Rechtsverordnung zum Schutzgebiet vom 26.03.2008

Möglichkeit der Überwindung: keine





Biotoptkartierung / Gesetzlicher Biotopschutz

Im Rahmen der Planaufstellung ist eine Biotoptypenkartierung durchzuführen. Nach § 30 BNatSchG i.V.m. § 18 BbgNatSchAG gesetzlich geschützte Biotope sind als solche darzustellen.

Handlungen, die zu einer Zerstörung oder sonstigen erheblichen Beeinträchtigungen gesetzlich geschützter Biotope führen können sind verboten. Die Planung ist unter Erhalt geschützter Strukturen umzusetzen. Eine Ausnahme / Befreiung vom Biotopschutz wird nicht in Aussicht gestellt.

(R) § 30, 67 BNatSchG, § 18 BbgNatschAG, Biotopschutz VO des Landes Brandenburg
Möglichkeiten der Überwindung: keine

3.2. Verfügbarkeit von umweltbezogenen Informationen für das Plangebiet

Meiner Behörde liegen keine weitergehenden Informationen vor.

3.3. Mitteilung zu anderen, bereits vorliegenden oder in Durchführung befindlicher Umweltprüfungen bzw. UVP

Meiner Behörde liegen keine weitergehenden Informationen vor.

4. Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und Rechtsgrundlagen:

Eingriffsregelung

Mit dem hier aufzustellenden Bauleitplan werden Eingriffe in Natur und Landschaft vorbereitet. Im Verfahren ist über die Vermeidung, den Ausgleich und den Ersatz zu entscheiden, d.h. in der Abwägung sind die Vermeidung und der Ausgleich der zu erwartenden Eingriffe in Natur und Landschaft zu berücksichtigen. Im Begründungsteil zum Bauleitplan sind die entsprechenden Schritte zu dokumentieren.

Sind im Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaften Eingriffe zu erwarten, die nicht dem besonderen Artenschutz unterfallen sind diese im Rahmen der schutzgutbezogenen Abarbeitung der Eingriffsregelung abschließend abzuarbeiten. Eine Verlagerung auf die Ebene der Baugenehmigung ist nicht möglich.

(R) § 1a BauGB, § 13 ff. BNatSchG
Möglichkeiten der Überwindung: Einarbeitung in die Planung

gez. Schütze



Stadt Lebus
- über -
Amt Lebus
Breite Straße 1
15326 Lebus

Nur per Mail:
buerodesamtsdirektors@amt-lebus.de

Henning-von-Tresckow-Straße 2-8
14467 Potsdam

Bearb.: Jens-Uwe Gutsche
Gesch.-Z.: 11-GL5-4613-1-401/2024-
001/001
Tel.: +49 335 606769937
Fax: 0355 60676-3118
Jens-Uwe.Gutsche@gl.berlin-brandenburg.de
Dok.-Nr.: A-2024-00049378
Internet: gl.berlin-brandenburg.de

Frankfurt (Oder), 28. August 2024

Vorhabenbezogener Bebauungsplan (VBP) „Enerparc – Solarpark Wulkow-Booßen“ und 8. Änderung des FNP Stadt Lebus
GL-Reg.-nr. 0507/2024 und 0321/2003

Verfahrensschritt: Behördenbeteiligung, Juli 2024

Gemeinde / Ortsteil: Lebus / Wulkow

Kreis: Märkisch-Oderland

Region: Oderland-Spree

Ihre Anfrage vom 23.07.2024 Eingang am 23.07.2024 Ihr Zeichen/Reg.-Nr.: wib/köh_30215

<input checked="" type="checkbox"/>	Stellungnahme zur Zielfrage gemäß Art. 12 bzw. 13 des Landesplanungsvertrages
<input checked="" type="checkbox"/>	Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
<input type="checkbox"/>	Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Beurteilung der angezeigten Planungsabsicht:

<input checked="" type="checkbox"/>	Ziele der Raumordnung stehen nicht entgegen
<input type="checkbox"/>	Planungsabsicht steht im Widerspruch zu Zielen der Raumordnung
<input type="checkbox"/>	Anpassung an Ziele der Raumordnung nur unter u. g. Voraussetzungen möglich

Zielemitteilung / Erläuterungen

Die Gemeinde Lebus plant mit dem o. g. VBP die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer großflächigen Freiflächen-Photovoltaikanlage. Der Geltungsbereich des VBP umfasst eine Fläche von ca. 100 ha.

che von rd. 29,7 ha und grenzt im Süden direkt an die Gemeindegrenze von Frankfurt (Oder) an. Als Festsetzungen sind insbesondere vorgesehen, Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Energiegewinnung auf der Basis solarer Strahlungsenergie“ und private Grünfläche.

Im rechtswirksamen Flächennutzungsplan der Gemeinde Lebus ist der Geltungsbereich des VBP derzeit noch als „Fläche für die Landwirtschaft“ ausgewiesen und soll im parallellaufenden FNP-Änderungsverfahren in zukünftig Sonderbaufläche (16,9 ha) und Grünfläche (12,8 ha) geändert werden.

Die Gemeinde Lebus befindet sich gemäß dem Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg im Weiteren Metropolenraum (Ziel 1.1).

Auf die eingereichte Planung bezogene Ziele der Raumordnung:

➤ **Z 6.2 LEP HR Freiraumverbund**

Gemäß diesem Ziel ist der Freiraumverbund räumlich und in seiner Funktionsfähigkeit zu sichern. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die den Freiraumverbund in Anspruch nehmen oder neu zerschneiden sind ausgeschlossen (Absatz 1). Raumbedeutsame Inanspruchnahmen sind nur unter den abschließend genannten Ausnahmebedingungen und definierten Ausnahmetatbeständen möglich (Absatz 2).

Im Westen und Norden des Plangebietes – Bereich des Mühlgraben (gleichzeitig NSG/FFH-Gebiet „Booßener Teichgebiet) – reicht dieses, gemäß der Festlegungskarte des LEP HR, bis unmittelbar an den Freiraumverbund heran. Die vorgesehene umfängliche Ausweisung von privater Grünfläche (12,8 ha) zwischen dem Freiraumverbund und dem Sonstigen Sondergebiet (16,9 ha) kann vorhabensbedingte Auswirkungen nach Westen hin entgegentwirken oder diese zumindest mindern.

➤ **G 6.1 LEP HR – Freiraumentwicklung**

Nach diesem Grundsatz soll der Freiraum in seiner Multifunktionalität erhalten und entwickelt werden. Bei Planungen und Maßnahmen, die Freiraum in Anspruch nehmen oder neu zerschneiden, ist den Belangen des Freiraumschutzes besonderes Gewicht beizumessen. (Abs. 1)

Der landwirtschaftlichen Bodennutzung ist bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen besonderes Gewicht beizumessen. (Abs. 2)

Aus den eingereichten Unterlagen geht derzeit nicht hervor, ob und wie dem Freiraumschutz und der landwirtschaftlichen Bodennutzung ein besonderes Gewicht beigemessen wurde.

➤ **§ 6 LEPro 2007 – Freiraumentwicklung**

Die Naturgüter Boden, Wasser, Luft, Pflanzen- und Tierwelt sollen in ihrer Funktions- und Regenerationsfähigkeit sowie ihrem Zusammenwirken gesichert und entwickelt werden. Den Anforderungen des Klimaschutzes soll ebenso Rechnung getragen werden.

Anhand der eingereichten Unterlagen ist gegenwärtig nicht hinreichend erkennbar, inwieweit dem Schutz der v. g. Naturgüter sowie dem Klimaschutz Rechnung getragen werden soll.

Nach Prüfung der eingereichten Unterlagen wird festgestellt, dass Teile des Plangebietes im Westen – im Bereich des Mühlgraben (gleichzeitig NSG/FFH-Gebiet „Booßener Teichgebiet) – an den Freiraumverbund heranreichen.

Aufgrund der planerischen Unschärfe des LEP HR und der vorgesehenen Festsetzung einer Grünfläche im Westen des Geltungsbereichs, kann ein Widerspruch der eingereichten Planung mit Ziel 6.2 LEP HR (Freiraumverbund) nicht festgestellt werden.

Ziele der Raumordnung stehen somit sowohl der eingereichten Planung im Geltungsbereich des v. g. VBP („Enerparc – Solarpark Wulkow-Booßen“) als auch der parallelen 8. Änderung des FNP der Stadt Lebus derzeit nicht entgegenstehen.

Die Beurteilung der Planung hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit den hier relevanten Grundsätzen der Raumordnung ist gegenwärtig jedoch nicht abschließend möglich. Hierzu ist im weiteren Planverfahren noch die Befassung (Würdigung und Abwägung) mit diesen Grundsätzen der Raumordnung erforderlich und in den Unterlagen der nachfolgenden Planungsschritte nachvollziehbar darzulegen und zu dokumentieren.

Zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung gibt es von unserer Seite keine Hinweise. Eigene umweltbezogene Informationen liegen bei der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung nicht vor.

Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht

Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 235)

Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35)

Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz (BRP HV) vom 19.08.2021; in Kraft getreten am 01.09.2021 mit Verkündung im BGBl. Teil I Nr. 57 vom 25.08.2021

Sachlicher Teilregionalplan „Regionale Raumstruktur und Grundfunktionale Schwerpunkte“ der RPG Oderland-Spree, in Kraft getreten mit Bekanntmachung der Genehmigung im ABl. Nr. 42 vom 27.10.2021, S. 812

Entwurf des sachlichen Teilregionalplans (TPR) Erneuerbare Energien der Region Oderland-Spree vom 29.01.2024, öffentliche Auslegung vom 11.03.2024 bis 17.05.2024; im Internet aufrufbar unter <https://www.rpg-oderland-spree.de/regionalplaene/sachlicher-teilregionalplan-erneuerbare-energien>.

Bindungswirkung

Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Die Ziele der Raumordnung können im Rahmen der Abwägung nicht überwunden werden.

Die für die Planung relevanten Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind aus den o. g. Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln und im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.

Hinweise

- Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.
- Wir bitten, **Beteiligungen** gemäß Landesplanungsvertrag zur Zielmitteilung/Trägerbeteiligung zu Bauleitplänen nur **in digitaler Form durchzuführen** (E-Mail oder Download-Link) und dafür **ausschließlich unser Referatspostfach** zu nutzen: gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de.
- Wir bitten, **Mitteilungen über das Inkrafttreten** von Bauleitplänen sowie Satzungen nach § 34 (4) BauGB oder die **Einstellung von Verfahren** nur **in digitaler Form** (E-Mail oder Download-Link) zu senden an unser **Referatspostfach** gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de sowie zur Aktualisierung des Raumordnungskatasters/PLIS zusätzlich an das LBV/Raumbeobachtung PLIS@lbv.brandenburg.de.
- Information für den Fall der Erhebung personenbezogener Daten siehe folgenden Link: <https://gl.berlin-brandenburg.de/wp-content/uploads/Info-personenbezogene-Daten-GL-5.pdf>.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Jens-Uwe Gutsche

Das Dokument ist digital erstellt, elektronisch schlussgezeichnet und ohne Unterschrift gültig.



Landesamt für Umwelt
Postfach 60 10 61 | 14410 Potsdam

MIKAVI Planung GmbH
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck

Bearb.: Frau Andrea Barenz
Gesch.-Z.: LFU-TOEB-
3700/80+15#298791/2024
Hausruf: +49 355 4991-1332
Fax: +49 331 27548-2659
Internet: www.lfu.brandenburg.de
TOEB@LfU.Brandenburg.de

Cottbus, 23.08.2024

vorhabenbezogener Bebauungsplan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen"
der Stadt Lebus

Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Eingereichte Unterlagen:

- Anschreiben vom 23.07.2024
- Begründung, 05/2024
- Planzeichnung, 05/2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahmen der Fachabteilungen Immissionsschutz und Wasserwirtschaft übergeben. Die fachliche Zuständigkeit für den Naturschutz obliegt der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Märkisch-Oderland.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Andrea Barenz

Dieses Dokument wurde am 23.08.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Wasserwirtschaft 1 und 2
Belang	Wasserwirtschaft
Vorhaben	vorhabenbezogener Bebauungsplan "Enerparc-Solarpark Wulkow- Booßen" der Stadt Lebus; Landkreis Märkisch Oderland
Ansprechpartner*In: Referat: Telefon: E-Mail:	Heike Priesner W13 0355 4991 – 1388 Heike.Priesner@LfU.Brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können
(bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

a) Einwendung

--

b) Rechtsgrundlage

--

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

--

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

--

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

--

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger

Wasserwirtschaft

Auswirkungen
b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise	
<input type="checkbox"/>	Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens
<input checked="" type="checkbox"/>	Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage
<p>Die wasserwirtschaftlichen Belange des LfU Brandenburg gemäß BbgWG § 126 Abs. 3, Satz 3 betreffend werden folgende Hinweise gegeben:</p> <p><i>Grundsätzliche Hinweise zu den wasserwirtschaftlichen Belangen</i></p> <p>Im Plangebiet befinden sich Gewässer II. Ordnung. Die Pflicht der Unterhaltung obliegt nach § 79 Abs. 1 Nr. 2 BbgWG den Unterhaltungsverbänden. Der zuständige Unterhaltungsverband sollte beteiligt werden.</p> <p>Das Plangebiet schließt Gewässerrandstreifen ein. Das WHG enthält mit dem § 38 eine Vorschrift zum Schutz von Gewässerrandstreifen. Die Vorschrift regelt die Zweckbestimmung von Gewässerrandstreifen (Absatz 1), die räumliche Ausdehnung (Absätze 2 und 3) und die in den Gewässerrandstreifen geltenden Verbote (Absätze 4 und 5).</p> <p>Während der Durchführung von Baumaßnahmen besteht die Möglichkeit der Verunreinigung von Gewässern durch wassergefährdende Stoffe. Es ist sicherzustellen, dass durch die Einhaltung einschlägiger Sicherheitsbestimmungen eine wassergefährdende Kontamination vermieden wird (§ 1 BbgWG, § 5 Abs. 1 WHG).</p> <p><i>Grundsätzliche Hinweise im Hinblick auf Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie (Richtlinie 2000/60/EG)</i></p> <p>Mit dem Gewässer „Mühlgraben“ grenzt ein nach EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) berichtspflichtiges oberirdisches Gewässer an das Plangebiet.</p> <p>Eine Relevanz der planerischen Festlegungen im Hinblick auf die Anforderungen der WRRL ist damit grundsätzlich möglich und sollte in dem Verfahren geprüft werden.</p> <p><i>Rechtsgrundlagen und das Plangebiet betreffende EU-Berichterstattung</i></p> <p>Die Umweltziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) wurden in das WHG als Bewirtschaftungsziele für die Gewässer übernommen. Um diese Bewirtschaftungsziele zu erreichen, wurden - als Instrumente zur Umsetzung der WRRL - Maßnahmenprogramme nach § 82 WHG und Bewirtschaftungspläne nach § 83 WHG aufgestellt. Im Internet können die das Plangebiet betreffenden</p>	

aktuellen Unterlagen der EU-Berichterstattung (Zeitraum 2022-2027) für den deutschen Teil der Flussgebietseinheit Oder unter folgendem Link eingesehen werden:

<https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/start/umwelt/wasser/gewaesserschutz-und-entwicklung/bewirtschaftungsplaene-und-massnahmenprogramme/>

Allgemein verfügbare Daten- und Planungsgrundlagen des LfU für das Plangebiet

Wasserkörperspezifische Informationen können dem Kartendienst des Landes entnommen werden www.apw.brandenburg.de (Themen → Wasserrahmenrichtlinie).

Anforderungen an planerische Festlegungen

Bei den planerischen Festlegungen, die Auswirkungen auf die Erreichung der Bewirtschaftungsziele des genannten Wasserkörpers haben können, sind das Verschlechterungsverbot und das Zielerreichungsgebot nach WHG § 27 zu beachten. Aufgrund des Zielerreichungsgebotes dürfen die planerischen Festlegungen auch der Umsetzung künftiger Maßnahmen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele nicht entgegenstehen.

Heike Priesner

Dieses Dokument wurde am 23.08.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2
Belang	Immissionsschutz
Vorhaben	Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Enerparc-Solarpark Wulkow- Booßen" der Stadt Lebus
Ansprechpartner*In: Telefon: E-Mail:	Frau Hoffmann 0355 4991 1345 TOEB@lfu.brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

a) Einwendung

--

b) Rechtsgrundlage

--

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

--

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

--

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

--

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen

--

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise



Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens



Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Sachstand:

Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen“ der Stadt Lebus sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung und den Betrieb einer Freiflächen-Photovoltaikanlage einschließlich erforderlicher Nebenanlagen, Trafostationen, Anlagen für die Energiespeicherung und -verarbeitung, Umspannstationen, Wechselrichterstationen und Zaunanlagen geschaffen werden. Dafür sollen ein sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Energiegewinnung auf der Basis solarer Strahlungsenergie“ (SO EBS) gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO und eine private Grünfläche festgesetzt werden.

Das Plangebiet hat eine Gesamtgröße von ca. 30 ha und wird derzeit landwirtschaftlich genutzt. Die nächstgelegene schutzwürdige Wohnbebauung befindet sich nördlich in ca. 250 m Entfernung.

Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ist im Flächennutzungsplan der Stadt Lebus als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Der FNP wird im Parallelverfahren geändert (8. Änderung des FNP).

Stellungnahme:

Rechtsgrundlagen

§ 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

§ 1 Abs. 6 Baugesetzbuch (BauGB)

Die beabsichtigte Nutzung berührt unter Berücksichtigung des Standortes immissionsschutzrechtliche Belange. Nachfolgende Hinweise sind im weiteren Planverfahren zu berücksichtigen.

Bei einer Photovoltaik-Freiflächenanlage handelt es sich aus immissionsschutzrechtlicher Sicht um eine nichtgenehmigungsbedürftige Anlage. Nach § 22 BImSchG muss der Betreiber solcher Anlagen diese so errichten und betreiben, dass nach dem Stand der Technik vermeidbare schädliche Umweltbeeinträchtigungen verhindert werden. Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes ist darauf zu achten, dass die von der PV-Anlage ausgehenden Licht-Emissionen und Geräuschemissionen nicht zu schädlichen Umwelteinwirkungen auf die Nachbarschaft führen.

Blendwirkungen

Zu den Auswirkungen durch Blendungen wird auf die Leitlinie des Ministeriums für Landwirtschaft,

Umwelt und Klimaschutz zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014 verwiesen. Bei der Beurteilung sind Immissionsorte kritisch, wenn sie vorwiegend westlich oder östlich einer Photovoltaikanlage liegen und weniger als ca. 100 m von dieser entfernt sind.

Danach befinden sich die nächstgelegenen Immissionsorte nicht im Einwirkungsbereich von Blendwirkungen.

Lt. Begründung, Kap. 5.2, werden die Auswirkungen durch Blendungen im weiteren Verfahren untersucht.

Hinweise

Für die Bewertung von Blendwirkungen auf Straßen-, Schienen- und Flugverkehr besteht seitens des LfU keine Zuständigkeit.

Geräusche

Geräuschemissionen bei Photovoltaikanlagen werden durch technische Anlagen wie z.B. Wechselrichterstationen, Transformatoren und Energiespeicher hervorgerufen. Je nach Entfernung dieser Anlagen zu den Immissionsorten, kann es zu Beeinträchtigungen durch Lärm kommen.

Dies ist aufgrund der Lage der schutzwürdigen Nutzungen und deren jeweiligen Schutzanspruch nicht zu erwarten. Den Aussagen in der Begründung, Kap. 5.2, zu betrieblichen Lärmimmissionen kann gefolgt werden.

Batteriespeicher

Die mit der textlichen Festsetzung 1.1 als zulässig bestimmten Anlagen für die Energiespeicherung und -verarbeitung erfordern im noch aufzustellenden Umweltbericht Ermittlungen und Bewertungen zu möglichen Auswirkungen durch schwere Unfälle. Zu Art und Umfang der Batteriespeicher sowie Art und Menge der Speicherung/Verarbeitung erfolgten in den Planungsunterlagen zum Vorentwurf keine detaillierten Angaben. Dies sollte im Umweltbericht verbal dargelegt werden. Weiterhin ist darzulegen, ob die als zulässig bestimmten Anlagen einen Betriebsbereich im Sinne von § 3 Abs. 5a BImSchG bilden.

Dieses Dokument wurde am 12.08.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.



Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree * Regionale Planungsstelle
Eisenbahnstraße 140 * 15517 Fürstenwalde/Spree

Amt Lebus
Amtdirektor
Herr Bartsch
Breite Straße 1
15326 Lebus

Ansprechperson: Agnese Kusmane
Telefon: 03361 597 33 09
Fax: 03361 598 92 41
E-Mail: post@rpg-oderland-spree.de

Ort, Datum: Fürstenwalde/Spree,
30. Juli 2024

**Regionalplanerische Stellungnahme zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan (VBP)
"Enerparc - Solarpark Wulkow-Booßen" und 8. Änderung des Flächennutzungsplanes im
Parallelverfahren der Stadt Lebus**

Beteiligung und Unterrichtung der Träger öffentlicher Belange nach §4 Abs. 1 BauGB

Sehr geehrter Herr Bartsch,

die Stadt Lebus plant die Aufstellung eines Bebauungsplans, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) im OT Wulkow zu schaffen. Das Plangebiet umfasst ca. 30 ha und befindet sich auf landwirtschaftlichen Flächen.

Wir bitten um Berücksichtigung der nachfolgenden regionalplanerischen Hinweise.

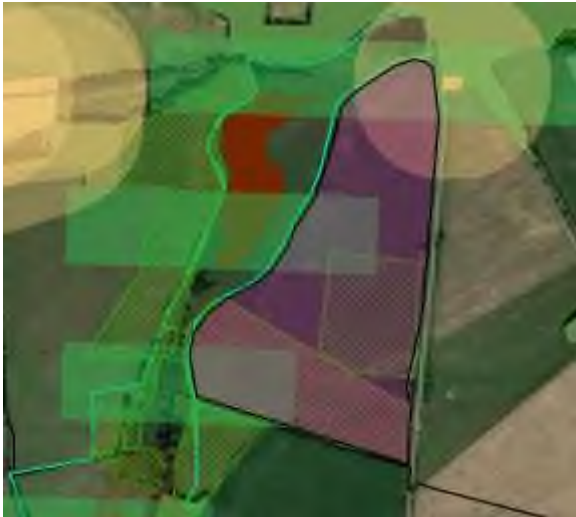
Die Regionalversammlung Oderland-Spree beschloss am 29. Januar 2024 die öffentliche Auslegung des Entwurfs Sachlicher Teilregionalplan „Erneuerbare Energien“ Oderland-Spree (TRP EE) mit Begründung und Umweltbericht (Beschluss-Nr. 24/01/47). Die öffentliche Bekanntmachung über die förmliche Beteiligung zum Entwurf des sachlichen Teilregionalplans „Erneuerbare Energien“ erfolgte am 28.02.2024 (ABl. Nr.8).

In der o. g. Sitzung wurde die Festlegung (**G1**) und das Kriteriengerüst PV-FFA zur Steuerung der Solarenergienutzung auf Freiflächen in dem **TRP EE** beschlossen. Diese finden Sie in der Anlage 1 zum Beschluss Nr. 24/01/47 auf unserer Homepage unter Regionalpläne.

Gemäß **G 1 TRP EE** sollen die Träger der kommunalen Bauleitplanung durch Berücksichtigung des Kriteriengerüsts zu einer raumverträglichen Entwicklung von raumbedeutsamen Photovoltaik-Freiflächenanlagen beitragen.

Das VBP „Enerparc - Solarpark Wulkow-Booßen“ befindet sich teilweise auf Flächen [N 15] „Böden mit einem hohen Erfüllungsgrad ihrer Bodenfunktion – besonders klimarobuste Böden“ und [N 04] Vorranggebiet Freiraumverbund Z 6.2 LEP HR. Diese Flächen klassifiziert das Kriteriengerüst PV-FFA als Negativkriterien für die Auswahl des Standorts für PV-FFA. Wir weisen darauf hin, dass die Kriterien N 15 und N 04 im weiteren Planverfahren zu berücksichtigen sind.

Gemäß **G 6.1 Abs. 2 LEP HR** ist der landwirtschaftlichen Bodennutzung bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen besonderes Gewicht beizumessen. Des Weiteren ist der Freiraumverbund laut **Z 6.2 LEP HR** räumlich und funktional zu sichern. Raumbedeutsame Maßnahmen und Planungen sind in der Regel unzulässig.



Kartographische Analyse des Standortes für PV-FFA () in dem VBP „Enerparc - Solarpark Wulkow-Booßen“.

Kriteriengerüst PV-FFA des TRP EE Oderland-Spree

Status	Legende	Bezeichnung des Negativkriteriums
Teilweise nicht berücksichtigt		[N 15] Böden mit einem hohen Erfüllungsgrad ihrer Bodenfunktion – besonders klimarobuste Böden
Berücksichtigt		[N 11] Waldgebiete
Teilweise nicht berücksichtigt		[N 02] Abstandszone zu Siedlungsgebieten und sonstigen geschützten Nutzungen
Teilweise nicht berücksichtigt		[N 04] Vorranggebiet Freiraumverbund Z 6.2 LEP HR
Berücksichtigt		[N 08] Naturnahe Moorböden
Berücksichtigt		[N 07] Gesetzlich geschützte Biotope

Die Erfordernisse der Landesplanung – LEPro und LEP HR – entnehmen Sie der Stellungnahme der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'W. Rump', with a checkmark-like flourish at the end.

Wolfgang Rump
Leiter Reg. Planungsstelle

Verteiler GL R5, LK MOL

Dateipfad: R:\TOEB\TOEBSOLAR\Amt Lebus\Stadt Lebus\BP_FNP_PV_FFA_ks_30072024.docx



LAND BRANDENBURG

Brandenburgisches Landesamt
für Denkmalpflege und
Archäologisches Landesmuseum
Abteilung Bodendenkmalpflege /
Archäologisches Landesmuseum

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum
Wünsdorfer Platz 4-5 | D-15806 Zossen

MIKAVI Planung GmbH
Frau Lisa Köhn
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck

mk EINGEGANGEN AM 12. AUG. 2024 *[Signature]*

Wünsdorfer Platz 4-5
D-15806 Zossen (Ortsteil Wünsdorf)
Internet: www.bldam-brandenburg.de

Dezernat Bodendenkmalpflege
Referat Großvorhaben / Sonderprojekte /
Braunkohle
Bearbeiterin: Dr. Julia Braungart
Telefon: 03 37 02 / 211 14 06
Durchwahl: 03 37 02 / 211 15 71
Telefax: 03 37 02 / 211 15 01
E-Mail: julia.braungart@bldam.brandenburg.de

Wünsdorf, den 7. August 2024

Ihr Zeichen
wib/köh_30215

Unser Zeichen (Bitte immer angeben.)
GV 2024:279

Vorentwurf vorhabenbezogener Bebauungsplan „Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen“ der Stadt Lebus und Vorentwurf 8. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Lebus
Hier: Fachliche Stellungnahme Träger Öffentlicher Belange zum Schutzgut Bodendenkmale im Vorhabenbereich

Sehr geehrte Frau Köhn,

im Bereich des o. g. Vorhabens ist **derzeit ein Bodendenkmal** im Sinne des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. Bbg. 9, 215 ff) §§ 1 (1), 2 (1)-(2) registriert (siehe Anlage).¹

BD 60547 Wulkow bei Booßen 1 Siedlung Urgeschichte

Laut Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur über die denkmalrechtliche Erlaubnisfähigkeit von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien (VV EED) vom 20. Juli 2023 (Amtsbl. 32 v. 16.08.2023) ist die Standortwahl für Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) in erster Linie so zu treffen, dass möglichst wenig Bodendenkmalsubstanz durch die Errichtung der Anlage zerstört wird. Nach Möglichkeit soll eine Fundamentierung der Photovoltaikmodule ohne Bodeneingriff (z. B. auf Schwellbalkenkonstruktionen) erfolgen.

¹ Datenschutz und Datennutzungshinweis: Bodendenkmale (BD) können sowohl mit der Flächendarstellung als auch der ID-Nr. veröffentlicht werden, ein mittig eingefügtes Symbol = „BD“ ist hierbei hilfreich. Bodendenkmale in Bearbeitung (BD i. B.) dürfen nur ohne Flächendarstellung mit einem mittig eingefügten Symbol = „BD i. B.“ oder der Denkmal-ID-Nr. veröffentlicht werden, da es sich bei diesen Denkmalen um noch nicht – im Sinne des BbgDSchG § 3 – flurstückscharf abgegrenzte Flächen bzw. Eintragungen handelt.

Auflagen im Bereich von Bodendenkmalen:

Bodendenkmale sind nach BbgDSchG §§ 1 (1), 2 (1)-(3), 7 (1) im öffentlichen Interesse und als Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte und prägende Bestandteile der Kulturlandschaft des Landes Brandenburg geschützt. Sie dürfen bei Bau- und Erdarbeiten ohne vorherige **denkmalschutzbehördliche Erlaubnis** bzw. Erlaubnis durch Planfeststellung oder bauordnungsrechtliche Genehmigung und – im Falle erteilter Erlaubnis – ohne vorherige **fachgerechte Bergung und Dokumentation** nicht verändert bzw. zerstört werden (BbgDSchG §§ 7 <3>, 9 und 11 <3>). Alle Veränderungen und Maßnahmen an Bodendenkmalen sind nach Maßgabe der Denkmalschutzbehörde zu dokumentieren (BbgDSchG § 9 <3>). Für die fachgerechte Bergung und Dokumentation von betroffenen Bodendenkmalen ist nach BbgDSchG §§ 7 (3) und 11 (3) die/der Veranlasser/in **kostenpflichtig**. Zuwiderhandlungen können als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße von bis zu 500.000 Euro geahndet werden (BbgDSchG § 26 <4>).

In einem Abschnitt des Vorhabenbereichs besteht zudem aufgrund fachlicher Kriterien die **begründete Vermutung**, dass hier bislang noch nicht aktenkundig gewordene Bodendenkmale im Boden verborgen sind (siehe Anlage).

Die Vermutung gründet sich u. a. auf folgende Punkte:

- 1.) Bei den ausgewiesenen Bereichen handelt es sich um Areale, die in der Prähistorie siedlungsgünstige naturräumliche Bedingungen aufwiesen, da sie ehemals in Niederungs- bzw. Gewässernähe an der Grenze unterschiedlicher ökologischer Systeme lagen. Nach den Erkenntnissen der Urgeschichtsforschung in Brandenburg sind derartige Areale aufgrund der begrenzten Anzahl siedlungsgünstiger Flächen in einer Siedlungskammer als Zwangspunkte für die prähistorische Besiedlung anzusehen.
- 2.) Die ausgewiesenen Flächen entsprechen in ihrer Topographie derjenigen bekannter Fundstellen in der näheren Umgebung.
- 3.) In unmittelbarer Nähe der ausgewiesenen Flächen sind Bodendenkmale registriert, bei denen davon auszugehen ist, dass sie sich weit über die aktenkundig belegte Ausdehnung hinaus bis in die Vermutungsbereiche erstrecken.
- 4.) Bodenfunde deuten bereits auf das Vorhandensein von Bodendenkmalen hin (Fpl. Wulkow bei Booßen 9).

Auflagen im Bereich von Bodendenkmal-Vermutungsflächen (siehe Anlage):

Die Termine der Erdarbeiten in den ausgewiesenen Bodendenkmalvermutungsbereichen sind daher sowohl der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde als auch dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum, Referat Großvorhaben, **zwei Wochen im Voraus** mitzuteilen.

Sollten während der Bauausführung bei Erdarbeiten – auch außerhalb der als Bodendenkmalvermutungsbereich gekennzeichneten Flächen – Bodendenkmale (Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Knochen, Tonscherben, Metallgegenstände u. Ä.) entdeckt werden, sind diese **unverzüglich** der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum **anzuzeigen** (BbgDSchG § 11 <1> und <2>). Die Entdeckungsstätte und die Funde sind **bis zum Ablauf einer Woche unverändert zu erhalten**, damit fachgerechte Untersuchungen und Bergungen vorgenommen werden können. Gemäß BbgDSchG § 11 (3) kann die Denkmalschutzbehörde diese Frist um bis zu 2 Monate verlängern, wenn die Bergung und Dokumentation des Fundes dies erfordert. Besteht an der Bergung und Dokumentation des Fundes aufgrund seiner Bedeutung ein besonderes öffentliches Interesse, kann die Frist auf Verlangen der Denkmalfachbehörde um einen weiteren Monat verlängert werden. Die Denkmalfachbehörde ist berechtigt, den Fund zur wissenschaftlichen Bearbeitung in Besitz zu nehmen (BbgDSchG § 11 <4>).

Werden in den ausgewiesenen Vermutungsbereichen und darüber hinaus archäologische Dokumentationen notwendig, so hat die/der Träger/in des Vorhabens nach Maßgabe der §§ 7 (3), 9 (3)-(4) und 11 (3) BbgDSchG sowohl die Kosten der fachgerechten Dokumentation im Rahmen des Zumutbaren zu tragen als auch die Dokumentation sicherzustellen.

Empfehlung im Bereich von Bodendenkmal-Vermutungsflächen:

Um Bauverzögerungen zu vermeiden und bereits frühzeitige Planungssicherheit zu erhalten, ist für Bereiche, in denen Bodendenkmale begründet vermutet werden, die Einholung eines archäologischen Fachgutachtens durch die/den Vorhabenträger/in empfohlen, sofern in diesen Bereichen Bodeneingriffe geplant sind (vgl. Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur über die denkmalrechtliche Erlaubnisfähigkeit von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien [VV EED] vom 20. Juli 2023, Amtsbl. 32 v. 16.08.2023). In dem Gutachten ist mittels einer Prospektion zu klären, inwieweit Bodendenkmalstrukturen von den Baumaßnahmen im ausgewiesenen Vermutungsbereich betroffen sind und in welchem Erhaltungszustand sich diese befinden.

Bei einer bauvorbereitenden archäologischen Prospektion handelt es sich um eine kostengünstige und schnell durchführbare Maßnahme: In den ausgewiesenen Bereichen mit begründet vermuteten Bodendenkmalen werden in einem Abstand von 25 m Bodenproben entnommen und nach kulturellen Hinterlassenschaften (Tonscherben, Knochen, Metallgegenstände u. Ä.) untersucht. Fällt das Ergebnis der Prospektion positiv aus, sind weitere bodendenkmalpflegerische Maßnahmen gem. BbgDSchG §§ 7 (3), 9 (3) und 11 (3) abzuleiten und i. d. R. bauvorbereitend durchzuführen. Bei einem Negativbefund kann im untersuchten Abschnitt auf weitergehende Schutz- und Dokumentationsmaßnahmen verzichtet werden. In Abhängigkeit von den technischen Voraussetzungen kann das Gutachten ggf. auch baubegleitend erstellt werden.

Flächen oder Trassen, die lediglich während der Bauzeit genutzt werden (z. B. Bau- und Materiallager und u. U. auch Arbeitsstraßen), dürfen nicht im Bereich von bekannten oder vermuteten Bodendenkmalen eingerichtet werden bzw. nur dort, wo bereits eine Versiegelung des Bodens vorliegt. Durch den notwendigen Oberbodenabtrag und das verstärkte Befahren dieser Flächen mit schwerem Baugerät sowie durch mögliche Bagger- oder Raupenaktivität o. ä. Eingriffe in den Untergrund wird die Bodendenkmalsubstanz umfangreich ge- und zerstört. Sollte es nicht möglich sein, bauzeitlich genutzte unversiegelte Flächen und Wege außerhalb bekannter oder vermuteter Bodendenkmale anzulegen, so werden bauvorbereitende kostenpflichtige Schutz- bzw. Dokumentationsmaßnahmen notwendig.

Die bauausführenden Firmen sind über die genannten Auflagen und Denkmalschutzbestimmungen zu unterrichten und zu ihrer Einhaltung zu verpflichten.

Die Planunterlagen (Entwurf vom Mai 2024) sind entsprechend der hier vorgetragenen Belange der Bodendenkmalpflege zu ergänzen bzw. zu korrigieren.

Im Genehmigungsbescheid ist festzuhalten, dass nach dem Rückbau der Solaranlage das Tiefpflügen oder sonstige intensive Bodeneingriffe im Rahmen des Rekultivierungsprozesses in ausgewiesenen Bodendenkmalflächen nicht erlaubt sind. Sollten beim Rückbau der PV-Anlage Erdeingriffe im Bereich von Bodendenkmalen stattfinden, sind diese nach BbgDSchG § 9 genehmigungspflichtig.

Das BLDAM steht für eine Beratung mit der/dem Veranlasser/in der Maßnahmen gern zur Verfügung und ist im weiteren Verfahren zum Bebauungsplan zu beteiligen:

Dr. Julia Braungart, E-Mail: julia.braungart@bldam.brandenburg.de

Hinweis:

Es können jederzeit neue Bodendenkmale auftreten. Änderungen bzw. Ergänzungen des Bodendenkmalbestandes sind jederzeit möglich und zu berücksichtigen. Die Denkmalliste wird kontinuierlich fortgeschrieben.

Unsere Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale und als Träger öffentlicher Belange gemäß BbgDSchG § 17 (1)-(4).

Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause gegebenenfalls eine weitere Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag



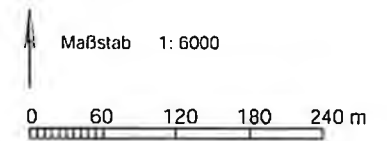
Dr. Julia Braungart
Fachreferentin für Energiewendemaßnahmen
Referat Großvorhaben / Sonderprojekte / Braunkohle

Anlage

Kopie an - Lkr. Märkisch-Oderland / Untere Denkmalschutzbehörde

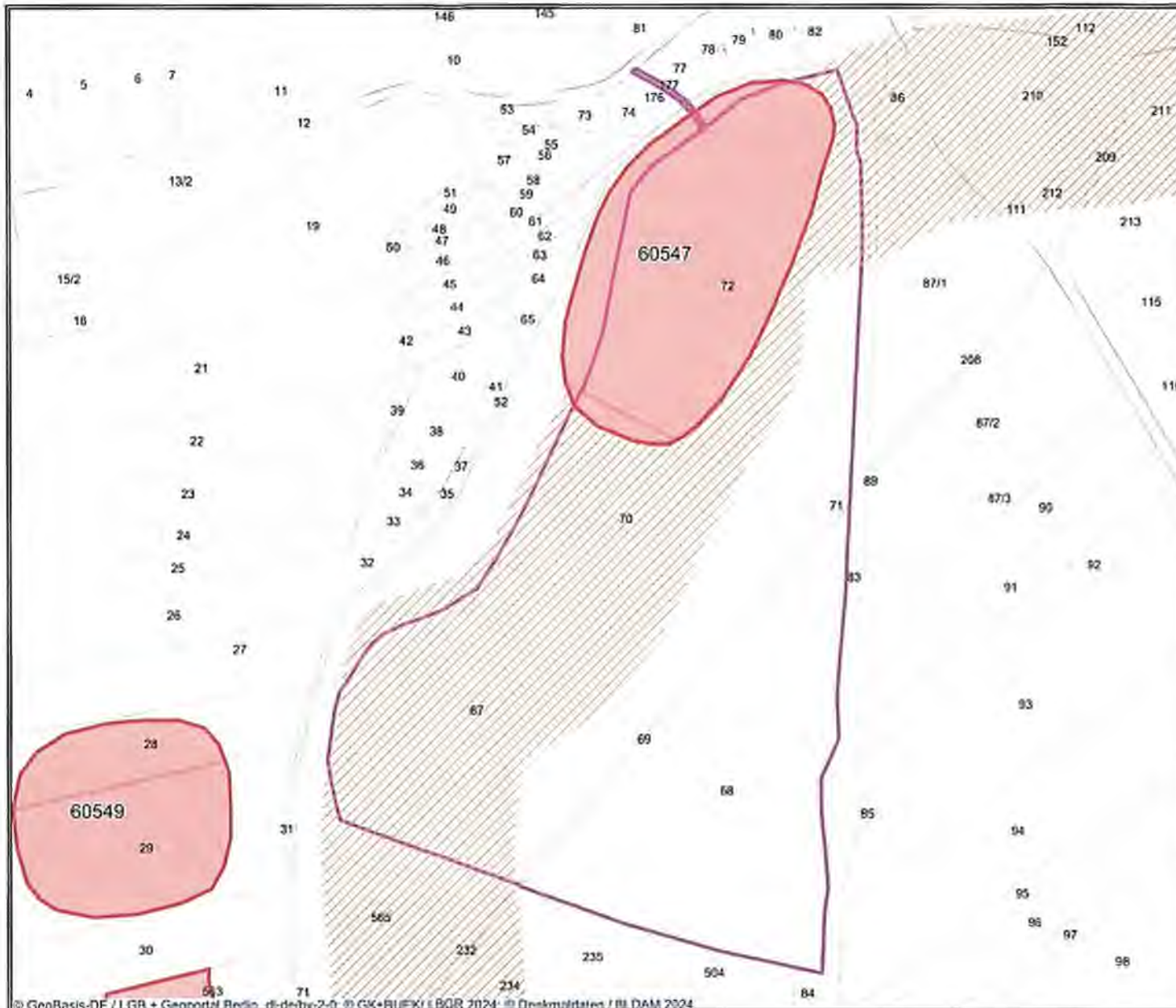
Anlage

07.08.2024



Brandenburgisches Landesamt für
Denkmalpflege und Archäologisches
Landesmuseum
Abt. Bodendenkmalpflege
GV 2024:279
Legende

- N Ihre Planung
- Bodendenkmal



Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB, dl-de/by-2-0
Denkmaldaten: © BLDAM 2024
Nur für den internen Gebrauch. Die Vervielfältigung, Umarbeitung und Weitergabe an Dritte ist nur mit Zustimmung des BLDAM erlaubt.



┌ EMO – Klosterstraße 18 15344 Strausberg ┐

MIKAVI Planung GmbH
z.Hd. Lisa Köhn
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck

└

┐

Abteilung: 1
Bereich: Allgemeine Abfallentsorgung
Dienstort: Strausberg
Auskunft erteilt: Frau Friesse
Durchwahl: (03341) 354 - 7001
Zentrale: (03341) 354 - 7001
Telefax: (03341) 354 - 7009
E-Mail: abfallentsorgung@landkreismol.de
AZ: 70.11.01

Datum: 23. August 2024

**8. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Lebus zum
vorhabensbezogenen Bebauungsplan „Enerpac – Solarpark Wulkow – Booßen“**

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Köhn,

im Rahmen der Planung der Stadt Lebus zum Aufstellen des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Enerpac – Solarpark Wulkow-Booßen“ und zur 8. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Lebus wurde der Entsorgungsbetrieb Märkisch-Oderland (EMO) mit E-Mail vom 23. Juli 2024 zur Stellungnahme aufgefordert.

In der Erläuterung bzw. der Begründung zum Vorentwurf und der Übersichtskarten (allgemein) mit Stand vom Mai 2024 sind der E-Mail beigelegt. Es wird ausgeführt, dass eine gute Erschließung zur Erreichbarkeit des Planungsraumes (S.4 der Begründung) gegeben ist.

Die Stellungnahme zum vorgelegten Entwurf wurde ausschließlich aus entsorgungstechnischer Sicht vorgenommen und gilt nicht für andere Fachbereiche.

Anhand der „Planzeichnung FNP Stand Mai 2024“ wird davon ausgegangen, dass weder bei der Errichtung des Solarparks noch bei der Pflege und Wartung der Anlage Abfälle zur Beseitigung anfallen werden. Sollte sich dieser Umstand ändern, unterliegt der Betreiber der Anlage gem. § 5 Abs.1 der Satzung über die Abfallentsorgung des Landkreises Märkisch-Oderland (AESMOL 2024) in der derzeit gültigen Fassung dem Anschluss- und Benutzungszwang. Eine schriftliche Anmeldung beim Entsorgungsbetrieb Märkisch-Oderland hat dann umgehend zu erfolgen.

Die ausführenden Baufirmen sind insbesondere auf den § 8 Gewerbeabfallverordnung hinzuweisen.

Zum vorgelegten Entwurf sind keine Einwände zu erheben.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen zur Verfügung.

A. Friesse



**LEITFADEN ZUR GEWÄHRLEISTUNG DER ORDNUNGSGEMÄßEN ABFALLENTSORGUNG BEI
GESTALTUNG VON VERKEHRSRÄUMEN IN WOHN- UND GEWERBEGEBIETEN
IM LANDKREIS MÄRKISCH-ODERLAND**



Vorwort

Dem Entsorgungsbetrieb Märkisch-Oderland (EMO) sind seit 2006 die Pflichten des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers (örE) nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) sowie dem Brandenburgischen Abfall- und Bodenschutzgesetz (BbgAbfBodG) als Eigenbetrieb des Landkreises Märkisch-Oderland übertragen. Hinsichtlich dieser Beauftragung zur Abfallentsorgung handelt der EMO somit als Träger öffentlicher Belange im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung.

Die genannten Festlegungen zur Gewährleistung der Abfallentsorgung sind mit entsprechender Ausgestaltung von Verkehrsräumen innerhalb des Kreisgebietes rechtsverbindlich. Bei geplanten Bauvorhaben, insbesondere von Wohn- und Gewerbegebieten sind die Belange einer ordnungsgemäßen Abfallentsorgung zu berücksichtigen. Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung sind u.a. in der Satzung über die Abfallentsorgung des Landkreises Märkisch-Oderland (Abfallentsorgungssatzung – AESMOL) in ihrer jeweils gültigen Fassung geregelt.

Der vorliegende Leitfaden wurde ausschließlich aus entsorgungstechnischer Sicht erstellt. Trotz gründlicher Recherche und Sorgfalt besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit. Die Beteiligung des EMO zu baurechtlichen Planungsvorhaben bleibt unberührt.



Inhaltsverzeichnis

ABFALLSYSTEME.....	3
<i>Müllgroßbehälter (MGB).....</i>	<i>3</i>
<i>Sonstige Bereitstellung von Abfällen.....</i>	<i>3</i>
ENTSORGUNGSFAHRZEUGE	4
<i>Fahrzeugbeschaffenheit.....</i>	<i>4</i>
<i>Rückwärtsfahrverbot.....</i>	<i>4</i>
VERKEHRSWEGE.....	5
<i>Allgemeine Anforderungen.....</i>	<i>5</i>
<i>Stichstraßen und Wendeanlagen.....</i>	<i>5</i>
<i>Privatstraßen.....</i>	<i>5</i>
TRANSPORTWEGE, SAMMEL- UND STANDPLÄTZE	6
<i>Transportweg und Stellplatz.....</i>	<i>6</i>
<i>Sammelplatzgestaltung für Abfallbehälter.....</i>	<i>6</i>
BAUMAßNAHMEN IM VERKEHRSRAUM	7
ZUSAMMENFASSUNG.....	8
KONTAKT	9

Rechtsgrundlagen

Der „Leitfaden zur Gewährleistung der ordnungsgemäßen Abfallentsorgung bei Gestaltung von Verkehrsräumen in Wohn- und Gewerbegebieten im Landkreis Märkisch-Oderland“ wurde unter Beachtung gegenwärtiger Aktualität folgender Rechtsgrundlagen sowie Stellungnahmen erarbeitet:

- Straßenverkehrsordnung (StVO)
- Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO)
- Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV)
 - DGUV Vorschrift 43 (bisher BGV C27) „Müllbeseitigung“
 - DGUV Vorschrift 44 (bisher GUV-V C27)
 - DGUV Regel 114-601 „Branche Abfallwirtschaft, Teil 1: Abfallsammlung“
 - DGUV Information 214-033 (bisher BGI 5104) „Sicherheitstechnische Anforderungen an Straßen und Fahrwege für die Sammlung von Abfällen“
- Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06)
- Richtlinie für die Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen (RStO 12)
- Verein Deutscher Ingenieure (VDI)
 - VDI Richtlinie 2160 „Abfallsammlung in Gebäuden und auf Grundstücken – Anforderungen an Behälter, Standplätze und Transportwege“
- Abfallentsorgungssatzung des Landkreises Märkisch-Oderland in der jeweils gültigen Fassung



1. Abfallsysteme

Die Entsorgungspflicht des EMO umfasst gemäß § 4 AESMOL

für Privathaushalte:

- ✓ Hausmüll bzw. Restabfälle
- ✓ Papier/Pappe/Kartonagen (PPK)
[soweit nicht vom Dualen System Deutschland GmbH erfasst]
- ✓ Sperrmüll und Schrott
- ✓ gefährliche Abfälle
- ✓ Bauabfälle
- ✓ Altholz sowie

für andere Herkunftsbereiche:

- ✓ hausmüllähnliche Gewerbeabfälle
- ✓ gefährliche Abfälle (bis 2.000 kg/Jahr) und
- ✓ sonstige Abfälle zur Beseitigung soweit kein Ausschluss nach § 7 AESMOL vorliegt

Müllgroßbehälter (MGB)

Die Entsorgung von Hausmüll oder hausmüllähnlichen Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen (z.B. Gewerbe, öffentliche Einrichtungen, etc.) sowie von Pappe/Papier/Kartonagen (PPK) erfolgt über grundstücksbezogene Sammelsysteme. Wenn biologisch verwertbare Abfälle aus Privathaushalten nicht eigenkompostiert werden, können Bioabfälle ebenfalls dem EMO überlassen werden. Die Entsorgung wird über Müllgroßbehälter (MGB) nach DIN EN 840 realisiert; Leichtverpackungen werden derzeit überwiegend im Sacksammelsystem „Gelbe Säcke“ erfasst.

Die Behältergrößen pro Wohneinheit sind für den Hausmüllbereich und Bioabfall in den Größen 80 l, 120 l oder 240 l (Zweiradsystembehälter) frei zu wählen und für den Bereich PPK sind grundsätzlich 240 l Behälter zu nutzen. Die Entsorgung von Hausmüll und Bioabfall erfolgt 14-tägig und für den Bereich Pappe/Papier erfolgt das monatlich innerhalb einer Ortstour. Bei einer Auslegung von zentralen Bereitstellungsflächen zur Entsorgung sind weiterhin Vierradsystembehälter für „Großwohnanlagen“ mit einem Abfallvolumen von 1.100 l und ggf. einem wöchentlichen Leerungsrhythmus möglich.

Sonstige Bereitstellung von Abfällen

Darüber hinaus können gegen Entrichtung einer Gebühr, Abfallsäcke für Laub und Hausmüll bzw. hausmüllähnliche Abfälle durch den/die Abfallbesitzer*in erworben und zur grundstücksnahen Entsorgung bereitgestellt werden. Für Ast- und Strauchwerk sind gebührenpflichtige Banderolen zu verwenden. Die Länge des Ast- und Strauchwerkbündels darf 1,40 m nicht überschreiten.

Ebenfalls werden im Holsystem einmal jährlich ausgediente Weihnachtsbäume mit einer maximalen Länge von 3,00 m entsorgt.

Elektronikaltgeräte, Schrott und sperrige Abfälle (maximale Kantenlänge 2,00 x 1,50 m pro Gegenstand) werden getrennt aus privaten Haushaltungen im Rahmen der Sperrmüllsammlung abgeholt.



Die Sammlung von gefährlichen Abfällen aus Privathaushalten erfolgt mindestens zweimal jährlich an verschiedenen Haltepunkten. Im begründeten Ausnahmefall können diese auf Antrag kostenpflichtig durch das Schadstoffmobil abgeholt werden.

2. Entsorgungsfahrzeuge

Fahrzeugbeschaffenheit

Die Sammlung von Abfällen im Landkreis MOL erfolgt durch die vom EMO beauftragten Entsorgungsunternehmen. Derzeit werden 3- und 4-achsige Entsorgungsfahrzeuge, mit Leergewichten von ca. 15,00 t und einem zulässigen Gesamtgewicht von bis zu 32,00 t, eingesetzt. Die Länge der Abfallsammelfahrzeuge beträgt dabei bis zu 9,90 m und die Breite ca. 2,55 m. Gemäß StVZO entspricht die höchstzulässige Fahrzeughöhe 4,00 m und ist als Mindestmaß der erforderlichen Durchfahrtshöhe von Verkehrswegen sicherzustellen. Aufgrund der Unfallverhütungsvorschrift wird eine lichte Durchfahrtshöhe von mindestens 4,20 m empfohlen (Fahrzeughöhe + 0,30 m).



Rückwärtsfahrverbot

Beim Einsatz von Entsorgungsfahrzeugen sollen die Zufahrten zu den Abfallbehälterstandplätzen so angelegt sein, dass eine Rückwärtsfahrt grundsätzlich nicht erforderlich wird. Sollte ein Wenden des Sammelfahrzeuges, aufgrund der örtlichen Gegebenheiten nicht verhindert werden können, darf die Strecke maximal 150 m betragen (§ 19 Abs. 1 S. 1 SGB VII; §§ 7, 16 Abs. 1 GUV-V C 27 bzw. DGUV Vorschrift 43). Ein kurzes Zurückstoßen (z.B. in Wendeanlagen) gilt nicht als Rückwärtsfahrt. Die freie Sicht des Fahrers muss dabei stets in alle Richtungen, mit einem Mindestabstand von jeweils 0,50 m gewährleistet sein. Abweichend von diesen Regelungen kann eine (grundstücknahe) Entleerung der bereitgestellten Abfallbehälter nicht gewährleistet werden. Bei permanenten Behinderungen hat der/die Grundstückseigentümer/in dafür Sorge zu tragen, dass die Abfallentsorgung an der für die Sammelfahrzeuge nächstliegenden und geeigneten Stelle (grundstücksferne Entleerung) erfolgen kann. Gemäß § 14 AESMOL 2022 ist dies grundsätzlich die nächstbefahrbare Straße.



3. Verkehrswege

Allgemeine Anforderungen

Für die Befahrbarkeit von Straßen mit den Abfallsammelfahrzeugen ist es erforderlich, dass die Straßen ausreichend tragfähig sind.

Straßen ohne Begegnungsverkehr müssen bei geradem Straßenverlauf eine Breite von mindestens 3,55 m und mit Begegnungsverkehr von mindestens 4,75 m aufweisen (Parken nicht möglich). Der seitliche Sicherheitsabstand von 2 x 0,50 m stellt ein absolutes Minimum dar. Zu berücksichtigen ist dabei, dass bei einer vorgesehenen Trassenführung ein erhöhter Platzbedarf durch Verschwenkungen und Kurven vorliegen könnte. Die Durchfahrtsbreite und -höhe (s. Punkt 2 „Fahrzeugbeschaffenheit“) muss ebenfalls durch entsprechende Baum- bzw. Grünpflege gewährleistet sein.

Bankette sind so zu gestalten, dass ein seitliches Abstürzen verhindert wird. Im Rahmen der Unfallverhütung sind Straßen und (Transport-)Wege mit mindestens 50 Lux zu beleuchten. Die Befahrbarkeit ist durch Beseitigung von Hindernissen und Einrichten eines Winterdienstes herzustellen.

Stichstraßen und Wendeanlagen

Die Errichtung von Wendehämmern als mögliche Lösung ist nur ausnahmsweise zulässig. Es muss ein Wenden mit ein- bis höchstens zweimaligen Zurückstoßen (s. Punkt 2 „Rückwärtsfahrverbot“) möglich sein. Bei einem Wendehammer ist eine Breite von 14,50 m und eine Länge von 20,00 m sowie eine Zufahrtsbreite von 5,50 m zu sichern. Im Bereich der Wendeanlagen muss das Parken von Fahrzeugen untersagt werden.

Die Wendekreise sind so zu errichten, dass ein Minstdurchmesser von 22,00 m (Praxisempfehlung: mindestens 25,00 m) einschließlich der erforderlichen Freiräume für die Fahrzeugüberhänge erreicht wird. Die Straßenzufahrt muss eine Fahrbahnbreite von 5,50 m aufweisen.

Wenn keine geeigneten Wendeanlagen vorhanden sind, dürfen Stichstraßen („Sackgassen“) mit Abfallfahrzeugen nicht befahren werden und eine grundstücksnahe Abholung der Abfälle ist nicht möglich. In diesem Fall müssen die Abfallbehältnisse an einem zentralen Sammelpunkt bereitgestellt werden. Gemäß der DGVU Information 214-033 stellen Verstöße gegen das Fahrverbot eine Ordnungswidrigkeit im Sinne des § 209 Abs. 1 Nr. 1 Siebtes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VII) dar.

Privatstraßen

Für die Abfallentsorgung geeignete befahrbare Straßen im Sinne der geltenden Satzung sind ausschließlich öffentlich gewidmete Straßen und Wege. Eine Entsorgung von Abfällen im haushaltsnahen Bereich und gesicherte Befahrung für Entsorgungsfahrzeuge ist daher grundsätzlich nicht möglich. Die Bereitstellung der Abfallbehälter kann dann nur an dem für Entsorgungsfahrzeuge befahrbaren Einmündungsbereich der Privatstraße erfolgen. Die mögliche Variante einer separaten Stellfläche für die Abfallbehälter ist nicht im Sinne einer haushaltsnahen, grundstücksbezogene Entsorgung entsprechend der vorher ausgeführten Hinweise. Das gilt insbesondere für Sperrmüll oder elektrische Geräte.



4. Transportwege, Sammel- und Standplätze

Transportweg und Stellplatz

Im Rahmen des Anschlusszwanges nach § 5 AESMOL ist jeder Eigentümer berechtigt, den Anschluss seines Grundstücks an die Abfallentsorgung des EMO zu verlangen.

Gemäß §§ 12, 13 AESMOL hat der/die Anschlusspflichtige die genannten Abfälle in den vom EMO zugelassenen Behältnissen zu lagern und am Abfuhrtag am Fahrbahnrand an gut erreichbarer Stelle vor dem angeschlossenen Grundstück an den von den Abfallsammelfahrzeugen befahrbaren Straßen bereitzustellen.

Dabei dürfen von den bereitgestellten Abfallbehältern keine Behinderungen oder Gefährdungen der Allgemeinheit und des Straßenverkehrs ausgehen. Insbesondere müssen Stellplätze und Transportwege festen Untergrund (berollbarer Belag) aufweisen, ebenerdig angelegt sein und über eine ausreichende Stellfläche für die jeweils verwendeten Abfallbehälter verfügen. Der Zugang von der vom Abfallsammelfahrzeug befahrenen Straße zum Stellplatz muss am Tage der Abfuhr frei zugänglich und verkehrssicher, insbesondere gleitsicher, entwässert sowie im Winter von Schnee und Eis befreit sein.

Ist dies nicht möglich, sind gemäß § 14 AESMOL Stellplätze und Transportwege so anzulegen und zu gestalten, dass eine Gefährdung ausgeschlossen und ein gefahrloser Transport der Abfallbehälter gewährleistet ist. Die freie Zugänglichkeit kann auch durch Übergabe der notwendigen Schlüssel an den beauftragten Dritten sichergestellt werden. Etwaige Türen und Pforten müssen festgestellt werden können.

Der Transportweg vom Stellplatz bis zur Fahrbahngrenze, der mit dem Abfallsammelfahrzeug befahrenen Straße, darf nicht länger als 5,00 m sein. Längere Transportwege sind gebührenpflichtig und bedürfen besonderer Abstimmung sowie eines Transportschildes.

Der Transportweg von mindestens 1,50 m Breite muss bei Dunkelheit mit 50 Lux beleuchtet sein und sollte möglichst keine Stufen aufweisen. Rampen dürfen höchstens ein Steigungsverhältnis von 1:6 haben. Durchgänge müssen mindestens 2,00 m hoch und 1,80 m breit sein.

Bei einem Neubau der Straße sind die Grundsätze der sicherheitstechnischen Anforderungen an Straßen und Fahrwege für die Sammlung von Abfällen gemäß der DGVU Information 214-033 (bisher BGI 5104) zu beachten.

Sammelplatzgestaltung für Abfallbehälter

Für jedes an die Abfallentsorgung angeschlossene (auch saisonal) bewohnte Grundstück sind Abfallbehälter mit entsprechend ausreichendem Behältervolumen vorzuhalten, die erforderlich sind, um den auf dem Grundstück innerhalb eines Abfuhrzeitraums regelmäßig anfallenden Abfall ordnungsgemäß aufzunehmen. Das Mindestbehältervolumen je Abfallfraktion richtet sich somit nach der gemeldeten Personenanzahl, dem Abfallaufkommen/Nutzungsverhalten sowie Entleerungsrhythmus.

Für Wohnanlagen und Gewerbe können Abfallsammelplätze zentral auf dem Grundstück angelegt werden. Dabei sind die Abmessungen der jeweiligen Abfallbehälter einschließlich der erforderlichen Rangierabstände zu berücksichtigen. Grundsätzlich gilt, dass für Zweiradbehälter ein Platzbedarf von jeweils 90 x 90 cm, einschließlich 20 cm Rangierabstand einzuplanen ist. Vierradbehälter benötigen in der Tiefe 1,50 m und in der Breite 2,00 m, einschließlich 50 cm Rangierabstand). Unabhängig von ihrer Dimension



kann eine mögliche Überdachung des Abfallsammelplatzes erst ab einer Höhe von 2,50 m angelegt werden. Sofern der Sammelplatz nicht offen angelegt wird, ist die Belüftung durchgehend zu gewährleisten. Aus brandschutztechnischen Gründen sind Flucht- und Rettungswege freizuhalten sowie ein Abstand zu Gebäuden von mindestens 5 m einzuhalten.

Die vorgenannten Regelungen (Punkt 3 und 4) sind Voraussetzung dafür, dass die Abfallsammlung durch die beauftragten Entsorgungsunternehmen direkt vom zentralen Behälterstandplatz erfolgen kann.

5. Baumaßnahmen im Verkehrsraum

Die im Rahmen des Anschlusses an die Abfallentsorgung genannten Voraussetzungen sind bei geplanten Neubau- bzw. Sanierungsvorhaben, wie beispielsweise beim Ausbau der Telekommunikationsstruktur oder bei der Modernisierung von Leitungen zu berücksichtigen. Die von der Einrichtung einer Vollsperrung unmittelbar betroffenen Anlieger*innen sind vor Beginn der Baumaßnahme zu benachrichtigen. Können durch Absperrungen keine Zugänge zur grundstücksnahen Abfallentsorgung geschaffen werden, hat in Verantwortung des Bauträgers die Bereitstellung von Abfallbehältern durch das ausführende Bauunternehmen zu erfolgen.

Eine durchgängige Entsorgungsmöglichkeit von Abfällen im haushaltsnahen Bereich für geplante Bauabschnitte muss durch Regelungen zur gesicherten Befahrung für Entsorgungsfahrzeuge sichergestellt werden. Bei der Bereitstellung der Abfallbehälter durch die Träger der Baumaßnahmen ist die Befahrbarkeit der Entsorgungsfahrzeuge zum Bereitstellungspunkt gefahrlos und zeitnah zu gewährleisten. Daher wird eine frühzeitige Information der Bürger und Unternehmen hinsichtlich der Bereitstellung der Behälter an die für die Abfallentsorgung befahrbaren Straßen empfohlen.

Informationen wie und wo die Leerung von Abfallbehältern erfolgen soll, müssen durch den Träger der Baumaßnahmen sowohl beim EMO als auch bei den Grundstückseigentümern erfolgen.

- ✓ stetige Gewährleistung der (verkehrssicheren) Abfallentsorgung
- ✓ Benachrichtigung von Anlieger*Innen bei Vollsperrungen
- ✓ wenn keine grundstücksnah Abfallentsorgung möglich, Behälterbereitstellung durch Bauunternehmen
- ✓ Information an EMO und Grundstückseigentümer*Innen bei veränderter Abfallentsorgung bzw. Behälterbereitstellung (Zeitpunkt, Ort, usw.)



Zusammenfassung

VERKEHRSWEGE	
<u>Grundsatz</u> : keine Befahrung von Privatstraßen, Rückwärtsfahrverbot	
Tragfähigkeit	mindestens 32 t
Durchfahrts...	
- breite	mindestens 3,55 m bzw. mit Begegnungsverkehr 4,75 m
- höhe	mindestens 4,00 m
Wende...	
- hammer (Breite x Länge)	mindestens 14,50 m x 20,00 m
- kreis (Durchmesser)	mindestens 22,00 m Zufahrt mindestens 5,50 m
Beleuchtung	mindestens 50 Lux

STANDPLÄTZE UND TRANSPORTWEGE	
<u>Grundsatz</u> : fester berollbarer Belag, ebenerdig, entwässert, verkehrs- und witterungssicher, keine Treppen	
Transportweg maximal 5,00 m lang	mindestens 1,50 m breit <u>Ausnahme</u> : gebührenpflichtiges Transportschild
Beleuchtung	mindestens 50 Lux
Durchgänge (Höhe x Breite)	mindestens 2,00 m x 1,80 m
grundsätzlich keine Steigung oder Gefälle	<u>Ausnahme</u> : Steigungsverhältnis von Rampen 1:6

SAMMELPLÄTZE	
<u>Grundsatz</u> : stetige Belüftung, Flucht- und Rettungswege freihalten	
Platzbedarf (Breite x Tiefe x Höhe) inkl. Rangierabstände (20 cm bzw. 50 cm)	<u>Zweiradbehälter</u> 0,90 m x 0,90 m x 2,50 m
	<u>Vierradbehälter</u> 2,00 m x 1,50 m x 2,50 m
	Gebäudeabstand mindestens 5,00 m
Behälteranzahl und -größen je nach Abfallaufkommen und Entleerungsrhythmus	

Kontakt

Entsorgungsbetrieb **M**ärkisch-**O**derland (EMO)
Eigenbetrieb des Landkreises Märkisch-Oderland
Die Werkleiterin



Klosterstraße 18
15344 Strausberg

E-Mail:
abfallentsorgung@landkreismol.de

Tel.: (03341) 354-7001 oder -7012
Fax: (03341) 354-7009

Abfallberatung

E-Mail:
abfallberatung@landkreismol.de

Tel.: (03341) 354-7014



<https://www.entsorgungsbetrieb-mol.de>

oder per App



Landkreis Märkisch-Oderland
Der Landrat



Liegenschafts- und Bauverwaltungsamt
Fachdienst **Tiefbau** und Kreisstraßenmeisterei
Puschkinplatz 12
15306 Seelow

E-Mail:
bauverwaltungsamt@landkreismol.de

Tel.: (03346) 850-6201
Fax: (03346) 850-6209

Bauordnungsamt
Klosterstraße 14
15344 Strausberg

E-Mail:
bauordnungsamt@landkreismol.de

Tel.: (03346) 850-7501
Fax: (03346) 850-7509



LAND BRANDENBURG



Zentraldienst
Polizei Brandenburg

Zentraldienst der Polizei Brandenburg | Am Baruther Tor 20 | 15806 Zossen

Kampfmittelbeseitigungsdienst

Am Baruther Tor 20 Haus 5
15806 Zossen

Amt Lebus
Breite Straße 1
15326 Lebus



Bearb.: Herr Jakobi
Gesch-Z.: KMBD1.3.10
Telefon: 033702-214 0
Fax: 033702-214 200
Internet: www.polizei.brandenburg.de
kampfmittelbeseitigungsdienst@polizei.brandenburg.de

Zossen, 25.07.2024

Ortsname: **Lebus - Wulkow**

Vorhaben: **"Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen"**

Reg. / RPL-Nr.: **2024 2805 0000 (bei Schriftwechsel bitte angeben)**

Ihr Schreiben vom: **23.07.2024**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Beplanung des o. g. Gebietes bestehen keine grundsätzlichen Einwände.
Bei konkreten Bauvorhaben ist bei Notwendigkeit eine Kampfmittel-freiheitsbescheinigung beizubringen. Darüber entscheidet die für das Baugenehmigungsverfahren zuständige Behörde auf der Grundlage einer vom Kampfmittelbeseitigungsdienst erarbeiteten Kampfmittelverdachtsflächenkarte.

Diese Einschätzung gilt auch für zukünftige Änderungen dieses Planes.

Neuerungen bei der Verlegung von Medienträgern

Für die Verlegung von Medienträgern und die damit verbundenen erforderlichen Bodeneingriffe in Bestandstrassen in Kampfmittelverdachtsgebieten ist eine Freistellung von Anträgen auf Grundstücksüberprüfung möglich.

Weitere Hinweise hierzu finden Sie unter nachfolgendem Link:

Link: <https://polizei.brandenburg.de/fm/32/Merkblatt%20Freistellung.pdf>

Die Datenschutzerklärung finden Sie unter dem folgenden Link :

<https://polizei.brandenburg.de/seite/datenschutzerklaerung-fuer-kampfmittelfr/1295899>

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Jakobi

Telefonische Erreichbarkeit Bürgerservice: Dienstags und Donnerstags: 09:00-12:00 und 13:00-15:00 Uhr

Die genannte E-Mail-Adresse dient nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung.



LAND BRANDENBURG



Landesbetrieb
Straßenwesen

Landesbetrieb Straßenwesen | Lindenallee 51

| 15366 Hoppegarten

MIKAVI Planung GmbH
z.Hd. Frau Leddermann
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck

Dezernat Planung Ost
Dienststätte Frankfurt (Oder)
Müllroser Chaussee 51
15236 Frankfurt (Oder)

Postanschrift:

Landesbetrieb Straßenwesen
Brandenburg
Lindenallee 51
15366 Hoppegarten

Bearb.: Frank Anton

Gesch.-Z.: 321.06

Hausruf: (03342) 249 1292

Fax:

Internet: www.ls.brandenburg.de
frank.anton@ls.brandenburg.de

Frankfurt (Oder), 21.08.2024

vBP „Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen“ sowie parallele 8. Änderung des FNP der Stadt Lebus

Bus 981 (Haltestelle Landesbehördenzentrum)
Tram 4 (Haltestelle Kopernikusstraße)

Ihr Schreiben vom 23.07.2024: Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach §4 Abs. 1 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Leddermann,

aus Sicht der Straßenbauverwaltung nehme ich wie folgt Stellung:

1. Die von Ihnen ausgewiesene Fläche befindet sich östlich der L 383 (Abs. 010). Die erforderlichen Abstände in Bezug auf Anbauverbotszone und Anbaubeschränkungszone werden für die Landesstraße (gemäß BbgStrG § 24 Abs. 1 und 2) berücksichtigt.
2. Die Erschließung des Energieparks ist über das kommunale Wegesystem gesichert. Sollten, z.B. für die Bauphase, Änderungen von Einmündungsbereichen zur Landesstraße vorgesehen sein, sind diese Maßnahmen bei der Landesstraßenverwaltung, auf Basis eines detaillierten Lageplanes, zu beantragen.
3. Bei der Ausrichtung der geplanten Photovoltaikanlagen ist darauf zu achten, dass Kraftfahrer der Landesstraße nicht durch reflektierendes Sonnenlicht geblendet bzw. gestört werden können.

Freundliche Grüße
im Auftrag

Frank Anton

MIKAVI Planung GmbH

Versand ausschließlich per E-Mail an
koehn@mikavi-planung.de

Bearb.: Claudia Reisener
Gesch.-Z.: 110-24-518000508/2024-
022/001
Telefon: +49 3342 4266-2411
Fax: +49 3342 4266-7601
Internet: www.lbv.brandenburg.de
E-Mail: LBV-TOEB@LBV.Brandenburg.de

Hoppegarten, 08.08.2024

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen“
der Stadt Lebus**

Stellungnahme gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Ihre E-Mail vom: 23.07.2024 Ihr Zeichen: 30215

Sehr geehrte Damen und Herren,

den von Ihnen eingereichten Vorgang habe ich in der Zuständigkeit als Verkehrsoberbehörde des Landes Brandenburg gemäß „Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planverfahren“ Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung vom 17.06.2015 (Amtsblatt für Brandenburg Nr. 27 vom 15.07.2015) geprüft.

Gegen die vorliegende Planung bestehen im Hinblick auf die zum Zuständigkeitsbereich des Landesamtes für Bauen und Verkehr gehörenden Verkehrsbereiche Binnenschifffahrt, übriger ÖPNV und Luftfahrt keine Bedenken. Schiffbare Landesgewässer werden nicht berührt.

Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr

Hinsichtlich der Abklärung einer möglichen Betroffenheit von Anlagen der unmittelbar östlich verlaufenden Eisenbahnstrecke sollten das Eisenbahn-Bundesamt sowie die DB InfraGO (ehem. DB Netz AG) im Verfahren beteiligt werden.

In jedem Fall ist zu gewährleisten, dass durch den Bau, Bestand und Betrieb des geplanten Solarparks keinerlei negative Auswirkungen auf die Sicherheit des Eisenbahnbetriebs entstehen dürfen (z.B. Sichteinschränkungen der Triebfahrzeugführer durch z. B. Blendungen, Reflexionen...).

Zum erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung werden von Seiten der Landesverkehrsplanung keine Anforderungen erhoben, auch liegen keine planungs- und umweltrelevanten Informationen vor, die zur Verfügung gestellt werden können.

Für die Verkehrsbereiche übriger ÖPNV, Schienenpersonennahverkehr, ziviler Luftverkehr (Flugplätze), Landeswasserstraßen und Häfen liegen mir Informationen zu Planungen, die das Vorhaben betreffen können, nicht vor.

Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Reisener

Das Dokument ist digital erstellt, elektronisch schlussgezeichnet und ohne Unterschrift gültig.



LAND BRANDENBURG

Landesbetrieb
Forst Brandenburg
- untere Forstbehörde -

Landesbetrieb Forst Brandenburg | Forstamt Märkisch-Oderland | Eberswalder Chaussee 3 | 15377 Waldsiedersdorf

Forstamt Märkisch-Oderland

MIKAVI Planung GmbH
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck
koehn@mikavi-planung.de

Bearb.: Michael Kunert
Gesch.Z.: 080-3-FoA-06-
7002/92+20#277974/2024
Hausruf: +49 33604 63596
Fax: +49 33604 63601
FoA.Maerkisch-Oderland@lfb.brandenburg.de
www.forst.brandenburg.de
www.forstwirtschaft-in-deutschland.de

EINGEGANGEN AM 02. AUG. 2024

1122

Waldsiedersdorf, 26.07.2024

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen"
der Stadt Lebus
Stellungnahme der unteren Forstbehörde**

nach Prüfung der Unterlagen wird dem oben genannten Bauvorhaben aus forst-
fachlicher Sicht grundsätzlich zugestimmt.

Bei den für das Bauvorhaben einbezogenen Flurstücken wird kein Wald bean-
sprucht. Nächstgelegene Waldflächen liegen in nördlicher Richtung in einem Ab-
stand von ca. 140 m von der geplanten Solaranlage entfernt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Michael Kunert

Dieses Dokument wurde am 26.07.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift
gültig.

Dienstgebäude

Eberswalder Chaussee 3

Telefon

15377 Waldsiedersdorf

Fax

(033433) 1515104

(0331) 275484204



LAND BRANDENBURG

BLB | Müllroser Chaussee 48 | 15236 Frankfurt (Oder)

per E-Mail

MIKAVI Planung
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck



Brandenburgischer Landesbetrieb
für Liegenschaften und Bauen

Facilitymanagement, Team 3

Postadresse: Müllroser Chaussee 48
15236 Frankfurt (Oder)

Dienstsitz: Müllroser Chaussee 50
15236 Frankfurt (Oder)

Bearb.: Frau Anke Pschowski

Gesch.-Z.: FM LM PS VV2012/M2624

Telefon: 0335 60676-9593

Fax: 0335 60676-9830

Anke.Pschowski@blb.brandenburg.de

Frankfurt (Oder), 6. August 2024

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen" der Stadt Lebus

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB

Ihre E-Mail vom 23.07.2024, Ihr Zeichen: wib/köh_30215

A. Allgemeine Angaben:

Stadt / Gemeinde / Amt:

Lebus

☐ Flächennutzungsplan:

☒ **Bebauungsplan:**

Vorhabenbezogener Bebauungsplan
"Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen"
der Stadt Lebus (Vorentwurf Mai
2024)

☐ Planfeststellung:

☐ Ergänzungssatzung:

☐ Sonstiges:

Fristablauf für die Stellungnahme am: 23.08.2024

BLB
Hauptsitz
Sophie-Alberti-Str. 4-6
14478 Potsdam

Tel.: 0331 58181-0
Fax: 0331 58181-199
info@blb.brandenburg.de
www.blb.brandenburg.de

Geschäftsführung:
Gerit Fischer
Sven Stolpe

Bankverbindung:
Deutsche Bundesbank
IBAN: DE67 1000 0000 0016 0015 91
BIC: MARKDEF1100

B. Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange:

**Brandenburgischer Landesbetrieb
für Liegenschaften und Bauen
Liegenschaftsmanagement
Müllroser Chaussee 48
15236 Frankfurt (Oder)**

Telefon: (03 35) 60676 – 9593
Telefax: (03 35) 60676 – 9830
Bearbeiter: Frau Anke Pschowski
AZ. FM LM PS VV2012/M2624

☒ **Keine Einwände**

☐ Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o.ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können

(bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

1. Einwendungen:

.....

2. Rechtsgrundlage:

.....

3. Möglichkeiten der Überwindung (z.B. Ausnahmen oder Befreiungen):

.....

☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angaben des Sachstandes und des Zeitrahmens:

.....

☐ Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu den o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit der Begründung und Rechtsgrundlage:

Frankfurt (Oder),

06.08.2024

Brandenburgischer Landesbetrieb
für Liegenschaften und Bauen (BLB)
Geschäftsbereich Facilitymanagement
Liegenschaftsmanagement
Müllroser Chaussee 48
15236 Frankfurt/Oder

Anke Pschowski



DB AG - DB Immobilien
Hammerbrookstraße 44 | 20097 Hamburg

MIKAVI Planung GmbH
Frau Köhn
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck

per E-Mail: koehn@mikavi-planung.de

DB AG - DB Immobilien
Baurecht II
CR.R O42
Hammerbrookstraße 44
20097 Hamburg
www.deutschebahn.com/de/geschaefte/immobilien

Frau Anna Maria Trenz
Telefon: +49 40 3918 1697
anna-maria.trenz@deutschebahn.com

Allgemeine Mail-Adresse:
DB.DBImm.Baurecht-Ost@deutschebahn.com

Zeichen: TÖB-BB-24-186821_186822

16.08.2024

Ihr Zeichen: wib/köh_3160
Ihr Schreiben vom: 23.07.2024

Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen“ der Stadt Lebus und 8. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Lebus
hier: Beteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Köhn,

die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von DB InfraGO AG (ehemals DB Netz AG / DB Station & Service AG) bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme der Träger öffentlicher Belange zum o. g. Verfahren.

Östlich des Plangebiets verläuft in die Bahnstrecke 6156 Werbig oben - Frankfurt (O), Bahn-km ca. 121,400 - 122,300. Wir bitten daher die folgenden Auflagen / Bedingungen und Hinweise zu beachten:

Mit Fokus auf die Investitionsprojekte im Netz Cottbus haben wir aktuell in dem angefragten Bereich keine Maßnahmen geplant. Zum heutigen Stand der Planung der hier angesprochenen Maßnahme können spezifischere Aussagen jedoch noch nicht getätigt werden. Um die zukünftigen Planung mit Infrastrukturprojekten bei der DB InfraGO in Verbindung zu bringen, sind Angaben zu Bauzeiten, -verfahren bzw. Jahresscheiben erforderlich.

Wir bitten im Zuge der Weiterführung der Maßnahmen um rechtzeitige Beteiligung.

Der B-Plan sowie der Vorhaben- und Erschließungsplan überplanen das DB Flurstück 71 mit einer privaten Grünfläche sowie einer privaten Verkehrsfläche. Die Verkehrsfläche wird sogar eingezäunt dargestellt. Die Zugänglichkeit der Grünflächen wäre demnach für die Vegetationspflege unzugänglich. Uns sind aktuell keine Bestrebungen einer Veräußerung des Flurstücks oder konkrete Anfragen dahin gehend bekannt. Wir bitten demnach um zwingende Anpassung des Flurstücks als planfestgestellte Bahnanlage.

Deutsche Bahn AG | Sitz: Berlin | Registergericht: Berlin-Charlottenburg
HRB 50 000 | USt-IdNr.: DE 811569869 | Vorsitz des Aufsichtsrats: Werner Gatzert
Vorstand: Dr. Richard Lutz (Vorsitz), Dr. Levin Holle, Berthold Huber, Dr. Daniela Gerd tom Markotten,
Dr. Sigrid Evelyn Nikutta, Evelyn Palla, Dr. Michael Peterson, Martin Seiler

Unser Anliegen:





Nachfolgende allgemeine Hinweise sind ebenso zu beachten:

Durch das Vorhaben dürfen die Sicherheit sowie die Leichtigkeit des Eisenbahnverkehrs auf der angrenzenden Bahnstrecke nicht gefährdet oder gestört werden.

Die Standsicherheit / Funktionstüchtigkeit der Bahnbetriebsanlagen (insb. Gleise, Bahndamm, Kabel- und Leitungsanlagen, Signale etc.) ist stets zu gewährleisten.

Bei Parallellage zwischen Schienenweg und anderen Verkehrswegen, wie z.B. Straße und Wasserweg, ist der einzuhaltende Abstand der DS 800.01 Anlage 11 zu entnehmen.

Es ist darauf zu achten, dass Blendungen der Triebfahrzeugführer ausgeschlossen werden und Verfälschungen, Überdeckungen und Vortäuschungen von Signalbildern nicht vorkommen.

Zu beachtende Ril betreffend Entwässerung von Bahngelände, z.B. Bahngräben, Böschungen: Ril 836.4601 ff.

Für eine Begrünung parallel zur Eisenbahnstrecke sind unter anderem die Bestimmungen der Ril 800.01 zu beachten.

Zulässige Bepflanzungsarten: Verweis auf DB Ril 882 und deren Bestelladresse.

Geeignete Maßnahmen für Vegetationskontrolle entlang der Gleise (gilt auch für stillgelegte Strecken):

1. Vorausschauende Fällung von Bäumen und sonstigen Gehölzen, von denen für den Bahnbetrieb oder Nachbarn Gefahren ausgehen können,
2. Dauerhafte Freihaltung der Sicherheitsräume entlang der Strecke und der Signalsichten Wege- / Zufahrts- / Betretungsrecht der DB MA und von der DB beauftragte Dritte: Jederzeitiges Betretungsrecht der Bahnbetriebsanlagen auch während Bauarbeiten.

Das Betreten der Bahnanlagen ist ohne Genehmigung nicht gestattet.

Bei Betretung für die Bauausführung muss der Bauherr bei der DB InfraGO AG rechtzeitig einen schriftlichen Antrag stellen. Kosten sind vom Bauherrn zu tragen.

Keine Verunreinigung / Beschädigung der Bahnanlagen erlaubt (§ 64 EBO).

Haftungsausschluss der DB: Kein Anspruch gegen die DB auf Schutzmaßnahmen oder Entschädigungsansprüche (s.a.o. bei „zu duldende Immissionen und Emissionen“).

Es gelten stets die europäischen Verordnungen, nationalen Eisenbahngesetze, das Regelwerk der DB sowie alle weiteren Verordnungen und Normen.

Wir verweisen auf die Sorgfaltspflicht des Bauherrn. Für alle zu Schadensersatz verpflichtenden Ereignisse, welche aus der Vorbereitung, der Bauausführung und dem Betrieb des Bauvorhabens abgeleitet werden können und sich auf Betriebsanlagen der Eisenbahn auswirken, kann sich eine Haftung des Bauherrn ergeben.

Wir empfehlen daher vor Baubeginn eine erneute Beteiligung der DB AG, DB Immobilien, bei allen Baumaßnahmen durch den Bauherrn. Bei Bauten, die nicht im Genehmigungsfreistellungsverfahren errichtet werden, ist die DB als Nachbar am Verfahren zu beteiligen.

Wir bitten Sie uns die Abwägungsergebnisse zu gegebener Zeit zuzusenden und uns an dem weiteren Verfahren zu beteiligen.



Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

DB AG - DB Immobilien

i.V. **Björn
Claaßen** Digital unterschrieben
von Björn Claaßen
Datum: 2024.08.19
08:15:01 +02'00'

i.A. **Anna Maria
Trenz** Digital unterschrieben
von Anna Maria Trenz
Datum: 2024.08.16
10:45:11 +02'00'

Datenschutzhinweis: Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass die in Stellungnahmen des DB Konzerns enthaltenen personenbezogenen Daten von DB Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Vor- und Nachname, Unterschriften, Telefon, E-Mail-Adresse, Postanschrift) vor der öffentlichen Auslegung (insbesondere im Internet) geschwärzt werden müssen.

Chatbot Petra steht Ihnen bei allgemeinen Fragen rund um immobilienrelevante Angelegenheiten gerne zur Verfügung.

Nutzen Sie dafür folgenden Link oder den QR-Code: <https://chatbot-petra.tech.deutschebahn.com/>





LBGR | Postfach 10 09 33 | 03009 Cottbus

Inselstraße 26
03046 Cottbus

MIKAVI Planung GmbH
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck

Bearb.: Herr Tzschichholz
Gesch.-Z.: 74.21.50-23-601
Telefon: 0355 / 48 640 - 337
Telefax: 0355 / 48 640 - 110
E-Mail: lbgr@lbgr.brandenburg.de
Internet: www.lbgr.brandenburg.de

EINGEGANGEN AM 23. AUG. 2024
1159

Cottbus, 20. August 2024

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

A Allgemeine Angaben

vorhabenbezogener Bebauungsplan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen" der Stadt Lebus

Ihr Schreiben (E-Mail) vom 23. Juli 2024 – Köhn

Anhörungsfrist: 23. August 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für bergbauliche und geologische Belange äußert sich das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zu o. g. Planung/Vorhaben wie folgt:

B Stellungnahme

1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können:

Keine

2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands:

Keine

Überweisungen an:

Landesbank Hessen–Thüringen
Kontoinhaber: Landeshauptkasse Potsdam
Konto-Nr.: 7 110 401 747
Bankleitzahl: 300 500 00

IBAN: DE43 3005 0000 7110 4017 47
BIC-Swift: WELADEDXXX

3. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan:

Altbergbau:

Südwestlich des Vorhabens befinden sich Altbergbauflächen („Wulkow bei Wulkow“) (Übersichtskarte, Anlage). Nach den vorliegenden Unterlagen liegt das Plangebiet jedoch außerhalb des bergschadenkundlichen Einwirkungsbereiches stillgelegter bergbaulicher Anlagen, die nicht mehr der Bergaufsicht unterliegen und dem Altbergbau ohne Rechtsnachfolger zugeordnet werden...

Geologie:

Weitere Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden.

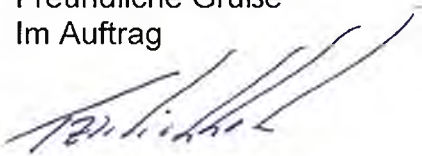
Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§ 8ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz-GeolDG)).

Hinweis:

Für zukünftige Beteiligungen des LBGR als Träger öffentlicher Belange, ist zwingend die E-Mail-Adresse lbgr@lbgr.brandenburg.de zu nutzen.

Nur unter dieser E-Mail-Adresse ist ein ständiger Datenabruf gewährleistet (Vertretung, Krankheit, Urlaub etc.).

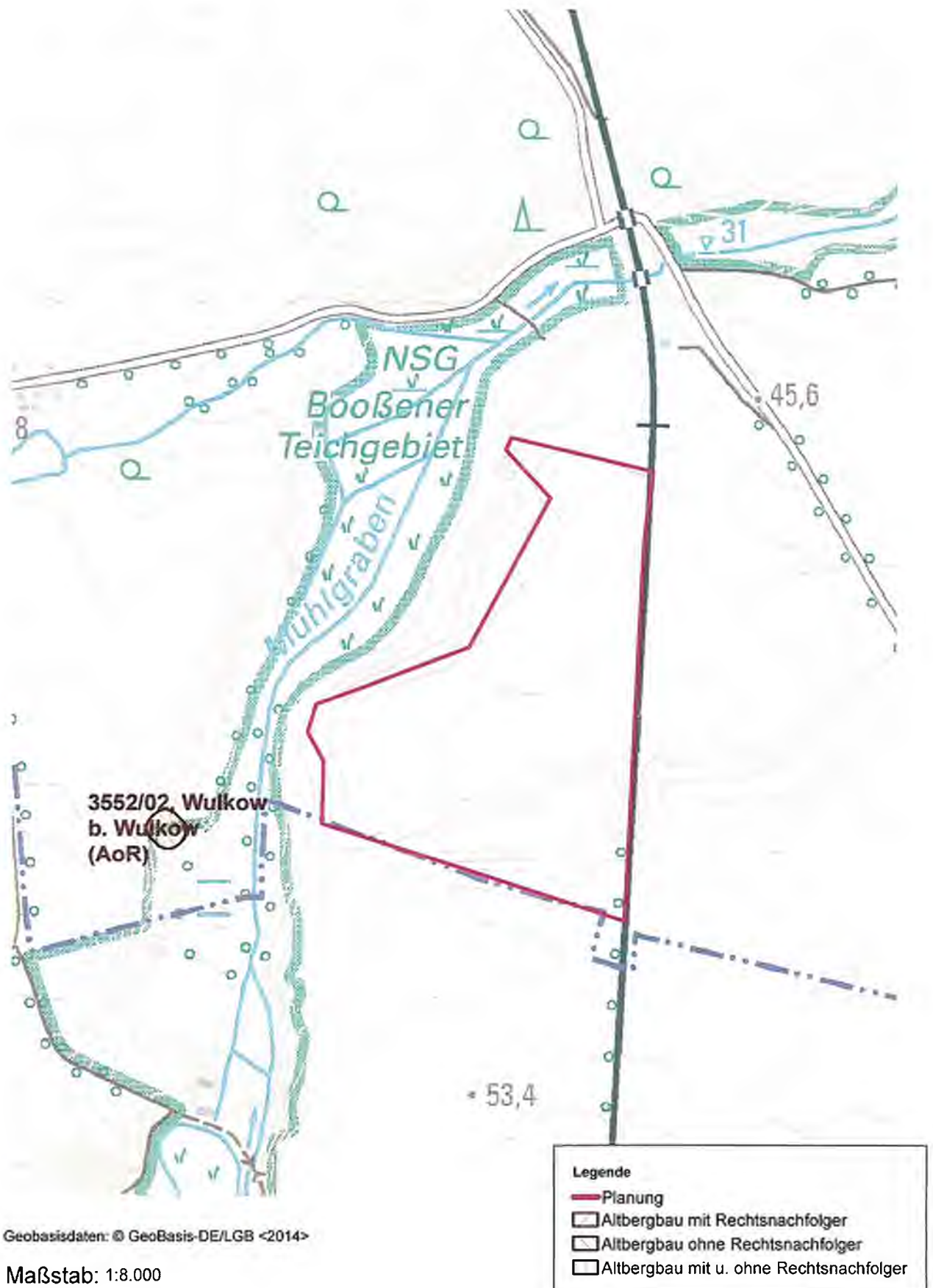
Freundliche Grüße
Im Auftrag



Tzschichholz

Anlagen: Übersichtskarte LBGR

vorhabenbezogener Bebauungsplan
 "Enerpac-Solarpark Wulkow-Booßen"
 Az.: 74.21.50-23-601



Von: Kathleen Wibranek
Gesendet: Montag, 29. Juli 2024 09:42
An: TöB
Betreff: WG: vorhabenbezogener Bebauungsplan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen" der Stadt Lebus
Anlagen: 23.07.2024_Anschreiben TÖB_Verteiler.pdf; Verfahrensvollmacht.pdf; 02 Vorhaben- und Erschließungsplan Stand Mai 2024.pdf; 03_Begründung Wulkow Booßen.pdf; 01 Bebauungsplan Stand Mai 2024.pdf

Von: richtfunk.bauleitplanung@BNetzA.DE <richtfunk.bauleitplanung@BNetzA.DE>
Gesendet: Mittwoch, 24. Juli 2024 14:37
An: Kathleen Wibranek <wibranek@mikavi-planung.de>
Cc: verfahren.dritter.nabeg@BNetzA.DE; PMD-BauLp@BNetzA.DE
Betreff: [sign] WG: vorhabenbezogener Bebauungsplan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen" der Stadt Lebus

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Anfrage.

Da eine Betroffenheit des Richtfunks durch die Planung unwahrscheinlich ist, erfolgt unsererseits keine weitere Bewertung. Ein möglicher Grund dafür ist:

1. Die Baumaßnahme weist eine geringe Bauhöhe auf. Es handelt sich dabei um einen Bebauungsplan mit einer Bauhöhe von unter 20 Meter oder um eine Solar- bzw. Photovoltaik-Freifläche oder um sonstige Planung mit geringer Bauhöhe, z. B. Flurbereinigung, Gastransportleitung. Eine Richtfunk-Untersuchung zu solchen Planungen ist nicht erforderlich.
2. Die Bauhöhe ist unbekannt oder bleibt unverändert.
3. Flächennutzungspläne, Regionalpläne, Raumordnungspläne oder Entwicklungsprogramme sind planungsrechtliche Maßnahmen, die sich in einem früheren Planungsstadium befinden. Im nachgelagerten Verfahren wird konkrete Baumaßnahme erneut angefragt.

Zudem möchten wir darauf hinweisen, dass die Bundesnetzagentur im Bereich Funkbetroffenheit keine Stellungnahme im Sinne des § 4 Abs. 2 BauGB abgibt. Der Aufgabenbereich der Bundesnetzagentur im Bereich der Frequenzverwaltung ergibt sich aus den Vorschriften des Teils 6 des Telekommunikationsgesetzes („Frequenzordnung“). Die danach gemäß § 88 TKG bestehende Aufgabe der Bundesnetzagentur zur Sicherstellung einer effizienten und störungsfreien Frequenznutzung bezieht sich auf die physikalischen Auswirkungen von verschiedenen Frequenznutzungen untereinander, jedoch nicht auf Beeinträchtigungen von Frequenznutzungen durch Bauwerke. Letztere sind keine Funkstörungen im Sinne des Telekommunikationsgesetzes. Sofern also die Bundesnetzagentur Informationen über Frequenzzuteilungsnehmer im zu beplanenden Bereich übermittelt, geschieht dies nicht in Ausfüllung ihres eigenen Aufgabenbereichs, sondern im Rahmen von Amtshilfe nach § 5 Abs. 1 Nr. 3 VwVfG. Nach § 5 Abs. 3 Nr. 2 VwVfG.

Wir leiten Ihre Anfrage aber in jedem Fall an die zuständigen Stellen bei uns im Hause weiter. Bitte richten Sie Anfragen zu oben genannten Planungen ab sofort an die Fachstellen:

- Ausbau der Elektrizitäts-Übertragungsnetze; Bundesnetzagentur, Referat 814, Postfach 80 01, 53105 Bonn; E-Mail-Adresse: verfahren.dritter.nabeg@bnetza.de;

- Prüf- und Messdienst; Bundesnetzagentur, Referat 511, Canisiusstraße 21, 55122 Mainz; E-Mail-Adresse: PMD-BauLp@BNetzA.de.

Bei Betroffenheit erhalten Sie von den Fachreferaten eine gesonderte Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag
Team Richtfunk-Bauleitplanung

Referat 226
Richtfunk; Ortungs-, Navigations-, Flugfunk; Campusnetze
Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas,
Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

Fehrbelliner Platz 3, 10707 Berlin
Telefon: 030 22480-439
E-Mail: richtfunk.bauleitplanung@BNetzA.de
www.bundesnetzagentur.de/bauleitplanung

Von: Lisa Köhn <koehn@mikavi-planung.de>
Gesendet: Dienstag, 23. Juli 2024 16:37
Cc: Kathleen Wibranek <wibranek@mikavi-planung.de>
Betreff: vorhabenbezogener Bebauungsplan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen" der Stadt Lebus

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Auftrag der Stadt Lebus beteiligen wir Sie gemäß § 4 Abs. 1 BauGB als Träger öffentlicher Belange am o.g. Vorhaben.

Mit freundlichen Grüßen

Lisa Köhn



MIKAVI Planung GmbH
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck
koehn@mikavi-planung.de
www.mikavi-planung.de
Tel. +49 3968 2111790

Geschäftsführerin: Christiane Leddermann
– Amtsgericht Neubrandenburg – HRB 21550 –

Von: Strobach, Jens <StrobachJ@eba.bund.de>
Gesendet: Dienstag, 30. Juli 2024 14:00
An: Lisa Köhn
Cc: Kathleen Wibranek
Betreff: AW: vorhabenbezogener Bebauungsplan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen" der Stadt Lebus

Sehr geehrte Frau Köhn,

mit Schreiben vom 23.07.2024 wurde das Eisenbahn-Bundesamt als Aufsichts- und Genehmigungsbehörde für Betriebsanlagen der Eisenbahnen des Bundes zum vorhabenbezogener Bebauungsplan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen" der Stadt Lebus beteiligt. Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die Bahnfernstromleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes (Bundes Eisenbahnverkehrsverwaltungsgesetz – BEVVG) berühren.

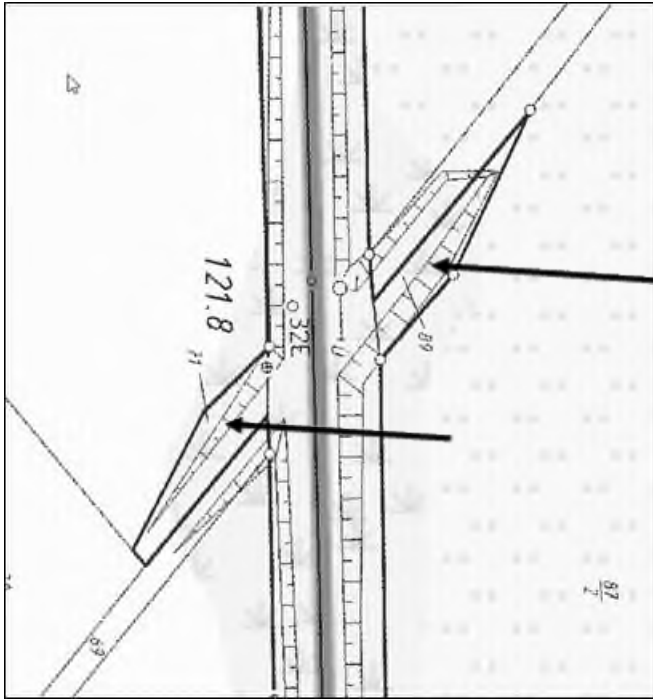
Die Betriebsanlagen der Bahn genießen Bestandsschutz. Es ist sicherzustellen, dass bei der Umsetzung der Planungen und für die Zukunft gewährleistet wird, dass keinerlei Beeinträchtigungen und/oder Gefährdungen für die Betriebsanlagen der Bahn und des Eisenbahnbetriebes eintreten. Erforderlichenfalls sind entsprechende Vorkehrungen zum Schutz der Betriebsanlagen zu treffen. Dies betrifft insbesondere die Phase der Bauarbeiten in der Nähe der Eisenbahnbetriebsanlagen. Blendwirkungen sind auszuschließen.

Der B-Plan stellt für die für folgende Flächen (Flurstücke 71 und 89):



eine private Grünfläche dar.

Entsprechend dem IvL Plan befindet sich diese Fläche nach wie vor im Bahnbesitz:



Eine Freistellung ist nach den hier vorliegenden Unterlagen bisher nicht erfolgt. Im weiteren Verfahren ist zu klären, ob diese Flächen durch die Bahn veräußert wurden und ob eine Freistellung (§ 23 AEG) erforderlich ist. Hierfür wäre in diesem Falle ein Antrag beim Eisenbahn-Bundesamt zu stellen. Anderenfalls dürfen diese Flächen nicht überplant werden (Fachplanungsvorbehalt). Dies ist auch bei der Änderung des Flächennutzungsplans zu berücksichtigen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass es der Eisenbahninfrastrukturbetreiberin obliegt die Prüfung, ob bzw. inwieweit die Belange des Eisenbahnbetriebs, einschließlich der Instandhaltung der Bahnanlagen, mit der in Rede stehende Planung kollidieren. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass ein entsprechender Instandhaltungstreifen entlang der Bahnanlagen frei zu halten ist. Forderungen des Eisenbahninfrastrukturunternehmens, die aus deren öffentlich-rechtlichen Betreiberverantwortung erwachsen, sind zu berücksichtigen. Das Eisenbahn-Bundesamt prüft auch nicht die Vereinbarkeit aus Sicht der Betreiber der Eisenbahnbetriebsanlagen und der Bahnfernstromleitungen. Diese sind aufgrund der offensichtlichen Betroffenheit zwingend zu beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Jens Strobach
GA 51102
Eisenbahn-Bundesamt
Sachbereich 1
Steglitzer Damm 117
12169 Berlin
Tel.: +49 30 77007-116
Fax: +49 30 77007-5116
E-Mail: strobachj@eba.bund.de
Organisationspostfach: Sb1-bln@eba.bund.de
Internetadresse: www.eisenbahn-bundesamt.de

Nähere Informationen zum Datenschutz finden Sie auf der Homepage des Eisenbahn-Bundesamtes.

Von: Lisa Köhn <koehn@mikavi-planung.de>

Gesendet: Dienstag, 23. Juli 2024 16:37

Cc: Kathleen Wibranek <wibranek@mikavi-planung.de>

Betreff: vorhabenbezogener Bebauungsplan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen" der Stadt Lebus

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Auftrag der Stadt Lebus beteiligen wir Sie gemäß § 4 Abs. 1 BauGB als Träger öffentlicher Belange am o.g. Vorhaben.

Mit freundlichen Grüßen

Lisa Köhn



MIKAVI Planung GmbH
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck
koehn@mikavi-planung.de
www.mikavi-planung.de
Tel. +49 3968 2111790

Geschäftsführerin: Christiane Leddermann
– Amtsgericht Neubrandenburg – HRB 21550 –

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

Vorbemerkung

Nach § 4 Absatz 1 BauGB haben sich die Träger öffentlicher Belange gegenüber der Gemeinde über den nach ihrer Auffassung erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung zu äußern. Ihre Äußerung wird die Gemeinde in die Entscheidung nach § 2 Absatz 4 Satz 2 BauGB einbeziehen.

Soweit nach Ihrer Auffassung die Verwirklichung der beabsichtigten Planung wegen nicht durch Abwägung oder durch die Erteilung von Ausnahmen/Befreiungen überwindbarer rechtlicher Vorgaben nicht möglich sein wird, bitten wir um entsprechende Hinweise unter Nennung der Rechtsgrundlagen.

Umwelt(verträglichkeits)prüfungen sind auf mehreren Ebenen erforderlich und sollen aufeinander aufbauen. Untersuchungen, die sachgerecht erst bei der Vorhabensgenehmigung durchgeführt werden können, sind im Rahmen der Bauleitplanung verfrüht. Wir bitten daher um Hinweise zur sachgerechten Aufteilung des nach Ihrer Auffassung insgesamt erforderlichen Untersuchungsumfangs.

Nach § 4 Absatz 2 BauGB haben die Träger öffentlicher Belange vorliegende Informationen, die für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials zweckdienlich sind, der Gemeinde zur Verfügung zu stellen. Wir bitten um Mitteilung, welche entsprechenden Informationen bei Ihnen vorliegen.

Die Gemeinde hat im Umweltbericht die Maßnahmen anzugeben, die sie zur Überwachung erheblicher Auswirkungen der Durchführung des Bauleitplans auf die Umwelt beabsichtigt. Sie nutzt dabei nach § 4c BauGB die Informationen der Behörden nach § 4 Absatz 3 BauGB. Wir bitten um Vorschläge für geeignete Überwachungsmaßnahmen und Mitteilung, welche Überwachungssysteme bei Ihnen bereits bestehen.

Leerzeichen bitte ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen (X)

Stadt/Gemeinde/Amt	Lebus / Amt Lebus
Flächennutzungsplan	
Bebauungsplan	
vorhabenbezogener Bebauungsplan (Vorhaben- und Erschließungsplan)	VBP "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen"
sonstige Satzung	

Anlagen:

- (☐) Informationen über allgemeine Ziele und Zwecke der Planung und sich wesentlich unterscheidende Lösungen
- (☒) Vorentwurf (soweit bereits vorhanden)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange

Industrie- und Handelskammer

Ostbrandenburg

Geschäftsbereich Wirtschaft

Raumordnung und Bauleitplanung

Puschkinstraße 12b

15236 Frankfurt (Oder)

Tel: (03 35) 56 21-13 26

Fax: (03 35) 56 21-13 90

Bearbeiter: Annekathrin Kuß

kuss@ihk-ostbrandenburg.de

(☒) Derzeit keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung erkennbar.

(☐) Einwendungen

1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

a. Einwendung:

b. Rechtsgrundlage:

c. Möglichkeiten der Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen):

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a. Insgesamt durchzuführende Untersuchungen

b. Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a. Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen

b. Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme

c. Weitergehende Hinweise

(☐) Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes und des Zeitrahmens:

(☐) Sonstige nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und Rechtsgrundlage:

22.08.2024

Datum



Unterschrift

GDMcom GmbH | Maximilianallee 4, 04129 Leipzig

MIKAVI Planung GmbH
Frau Lisa Köhn
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck

Ansprechpartner Ute Hiller
Telefon 0341/3504-461
E-Mail leitungsauskunft@gdmcom.de
Unser Zeichen PE-Nr.: 09033/24
Reg.-Nr.: 09033/24

**PE-Nr. bei weiterem
Schriftverkehr bitte unbedingt
angeben!**

Datum 26.07.2024

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen" der Stadt Lebus - Vorentwurf

Ihre Anfrage/n vom: an: Ihr Zeichen:
E-Mail 23.07.2024 GDMCOM wib/köh_30215

Sehr geehrte Damen und Herren,

bezugnehmend auf Ihre oben genannte/n Anfrage(n), erteilt GDMcom Auskunft zum angefragten Bereich für die folgenden Anlagenbetreiber:

Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang
Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein
Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) ¹	Schwaig b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein
ONTRAS Gastransport GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein
VNG Gasspeicher GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein

¹⁾ Die Ferngas Netzgesellschaft mbH („FG“) ist Eigentümer und Betreiber der Anlagen der früheren Ferngas Thüringen-Sachsen GmbH („FGT“), der Erdgasversorgungsgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (EVG) bzw. der Erdgastransportgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (ETG).

²⁾ Wir weisen darauf hin, dass die Ihnen ggf. als Eigentümerin von Energieanlagen bekannte VNG – Verbundnetz Gas AG, Leipzig, im Zuge gesetzlicher Vorschriften zur Entflechtung vertikal integrierter Energieversorgungsunternehmen zum 01.03.2012 ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Netz“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die ONTRAS – VNG Gastransport GmbH (nunmehr firmierend als ONTRAS Gastransport GmbH) und ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Speicher“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die VNG Gasspeicher GmbH übertragen hat. Die VNG – Verbundnetz Gas AG ist damit nicht mehr Eigentümerin von Energieanlagen.

Diese Auskunft gilt nur für den dargestellten Bereich und nur für die Anlagen der vorgenannten Unternehmen, so dass noch mit Anlagen weiterer Betreiber gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte einzuholen sind!

Bitte prüfen Sie, ob der dargestellte Bereich den Ihrer Anfrage enthält.



Karte: onmaps ©GeoBasis-DE/BKG/ZSHH

Darstellung angefragter Bereich: 1 WGS84 - Geographisch (EPSG:4326) 52.399630, 14.486189

Mit freundlichen Grüßen
GDMcom GmbH

-Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig.-

Kostenlos mit BIL - BUNDESWEITES INFORMATIONSSYSTEM ZUR LEITUNGSRECHERCHE
<https://portal.bil-leitungsauskunft.de/login>

Anlagen: Anhang

Anhang - Auskunft Allgemein

zum Betreff: **Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen" der Stadt Lebus - Vorentwurf**

PE-Nr.: 09033/24

Reg.-Nr.: 09033/24

ONTRAS Gastransport GmbH
Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen)
VNG Gasspeicher GmbH
Erdgasspeicher Peissen GmbH

Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der/s oben genannten Anlagenbetreiber/s.
Wir haben keine Einwände gegen das Vorhaben.

Auflage:

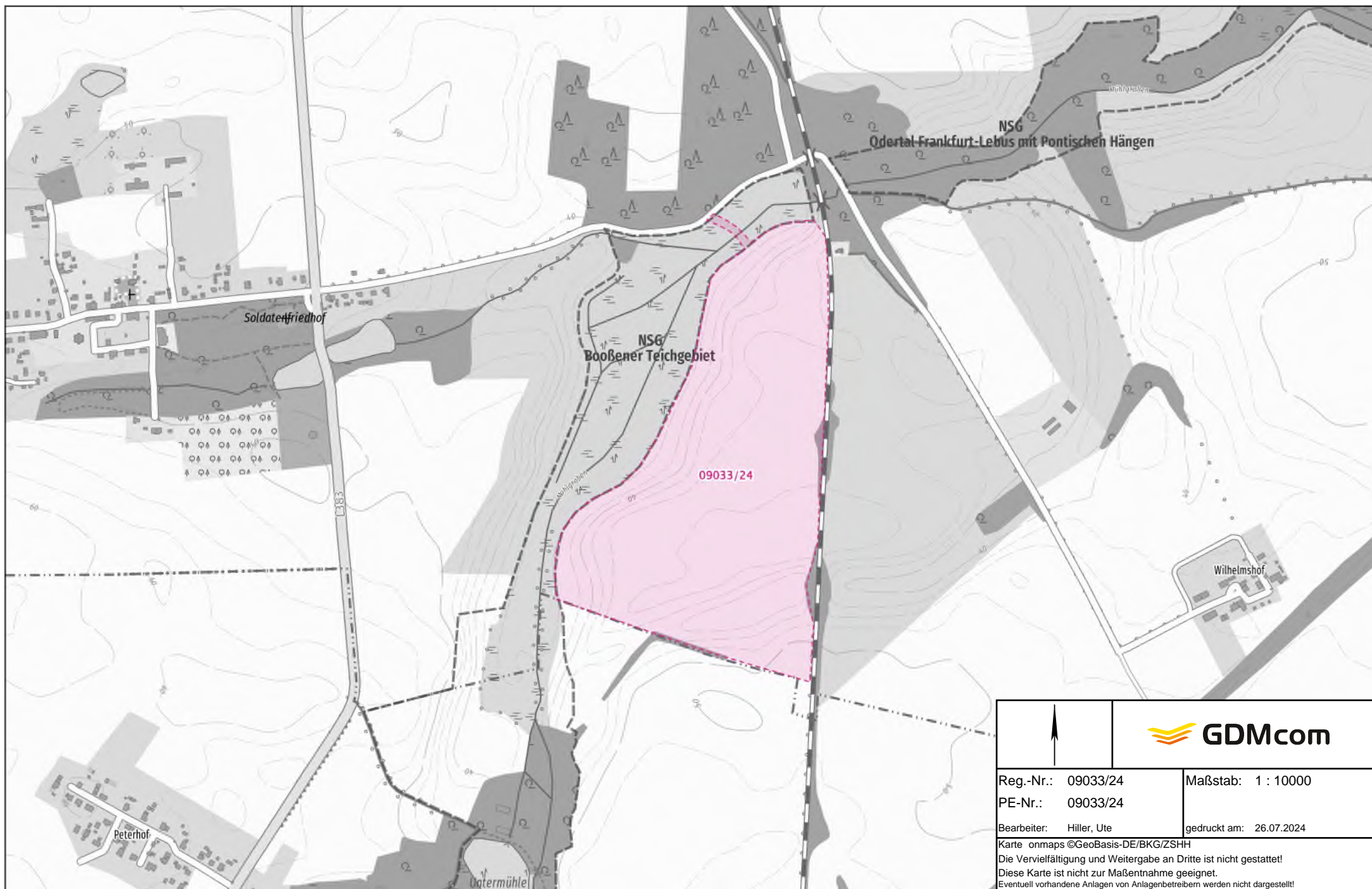
Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden oder der Arbeitsraum die dargestellten Planungsgrenzen überschreiten, so ist es notwendig, eine erneute Anfrage durchzuführen.

Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen vorgesehen sind, hat durch den Bauausführenden rechtzeitig - also mindestens 6 Wochen vor Baubeginn - eine erneute Anfrage zu erfolgen.

Weitere Anlagenbetreiber

Bitte beachten Sie, dass sich im angefragten Bereich Anlagen Dritter befinden können, für die GDMcom für die Auskunft nicht zuständig ist.

- Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig. -



			
Reg.-Nr.: 09033/24		Maßstab: 1 : 10000	
PE-Nr.: 09033/24		gedruckt am: 26.07.2024	
Bearbeiter: Hiller, Ute		Karte onmaps ©GeoBasis-DE/BKG/ZSHH Die Vervielfältigung und Weitergabe an Dritte ist nicht gestattet! Diese Karte ist nicht zur Maßentnahme geeignet. Eventuell vorhandene Anlagen von Anlagenbetreibern werden nicht dargestellt!	

50Hertz Transmission GmbH – Heidestraße 2 – 10557 Berlin

MIKAVI Planung GmbH
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck

50Hertz Transmission GmbH

OGZ
Netzbetrieb Zentrale

Heidestraße 2
10557 Berlin

Datum
26.07.2024

Unser Zeichen
2024-004067-01-OGZ

Ansprechpartner/in
Frau Froeb

Telefon-Durchwahl
030/5150-6710

Fax-Durchwahl

E-Mail
leitungsauskunft@50hertz.com

Ihre Zeichen
wib/köh_30215

Ihre Nachricht vom
23.07.2024

Vorsitzende des Aufsichtsrates
Catherine Vandenborre

Geschäftsführer
Stefan Kapferer, Vorsitz
Dr. Dirk Biermann
Sylvia Borchering
Marco Nix

Sitz der Gesellschaft
Berlin

Handelsregister
Amtsgericht Charlottenburg
HRB 84446

Bankverbindung
BNP Paribas, NL FFM
BLZ 512 106 00
Konto-Nr. 9223 7410 19
IBAN:
DE75 5121 0600 9223 7410 19
BIC: BNPADEFF

USt.-Id.-Nr. DE813473551



**Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Enerparc–Solarpark Wulkow-Booßen“
der Stadt Lebus - Anforderung einer Stellungnahme gemäß § 4 Absatz 1 BauGB**

Sehr geehrte Frau Köhn,

Ihr Schreiben haben wir dankend erhalten.

Nach Prüfung der Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z. B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen) befinden.

Zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung äußern wir uns als Leitungsbetreiber nicht.

Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH.

Hinweis zur Digitalisierung:

Für eine effiziente Identifizierung der (Nicht-)Betroffenheit bitten wir bei künftigen Beteiligungen nach Möglichkeit um Übersendung der Plangebietsfläche(n) sowie eventueller externer Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in einem standardisierten und georeferenzierten Geodaten austauschformat (vorzugsweise Shapefiles oder kml-Datei).

Freundliche Grüße

50Hertz Transmission GmbH

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.



MIKAVI Planung GmbH
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck

Ihnen schreibt: Herr Wilhelm
Technische Verwaltung

Telefon: 03361 59659-43

technik@fuewasser.de

05. August 2024

Bebauungsplan „Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen“ der Gemeinde Lebus Beteiligung der Träger öffentlicher Belange Ihre E-Mail vom 23.07.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Zweckverband betreibt im Bereich des Bebauungsplanes keine öffentlichen Trinkwasserver- und Schmutzwasserentsorgungsanlagen. Öffentliche Anlagen zur Niederschlagswasserbeseitigung betreibt der Zweckverband in diesem Bereich ebenfalls nicht.

Berührungspunkte/Bedenken/Einwendungen

Es liegen seitens des ZVWA keine Berührungspunkte/Bedenken bzw. Einwendungen vor.

Trinkwasserver- und Schmutzwasserentsorgung

Es ist keine Trink- oder Abwassererschließung vorgesehen.

Niederschlagswasserentsorgung

Der Zweckverband ist als abwasserbeseitigungspflichtige Körperschaft des öffentlichen Rechts auch für die Beseitigung des auf den Grundstücken anfallenden Niederschlagswassers zuständig.

Für das Bebauungsgebiet lassen die örtlichen Verhältnisse eine schadlose Unterbringung des auf den Grundstücken anfallenden Niederschlagswassers entsprechend der gesetzlichen Vorgaben (§ 55 Abs. 2 WHG in Verbindung mit § 54 Abs. 4 BbgWG) zu. Dementsprechend ist das Niederschlagswasser auf den Grundstücken zu versickern, diese Anforderung ist als Festsetzung im B-Plan mit aufzunehmen. Siehe auch Abwasserbeseitigungskonzept des Zweckverbandes (ABK 2020), das auf der Homepage des Zweckverbandes unter www.fuewasser.de eingesehen werden kann.

Löschwasserversorgung

Zur Möglichkeit der Bereitstellung von Löschwasser aus dem öffentlichen Trinkwassernetz nehmen wir, wenn dies gewünscht sein sollte, gern gesondert auf Anfrage Stellung. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die Bearbeitung der Anfrage kostenpflichtig ist.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'B. Wolff', is written over the printed name.

Bastian Wolff

Techn. Geschäftsführer

Lisa Köhn

Von: ToeB-Verfahren@ewe-netz.de
Gesendet: Mittwoch, 31. Juli 2024 16:52
An: Lisa Köhn
Betreff: AW: vorhabenbezogener Bebauungsplan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen" der Stadt Lebus, Stellungnahme EWE NETZ GmbH 2024-6079 ID[#1695324880#75567239#79001ad#]

Guten Tag,

vielen Dank für die Beteiligung unseres Hauses als Träger öffentlicher Belange.

In dem angefragten Bereich betreiben wir keine Versorgungsleitungen oder -anlagen. Die EWE NETZ GmbH ist daher nicht betroffen.

Unsere Kontaktdaten haben sich geändert!

Ab sofort erreichen Sie unsere Fachabteilung für "Träger öffentlicher Belange" ausschließlich unter folgender eigenständiger E-Mailadresse:
ToeB-Verfahren@ewe-netz.de

Ändern Sie zudem, falls noch nicht geschehen, unsere postalische Anschrift wie folgt:

EWE NETZ GmbH
GE-AS Leitungsrechte
Cloppenburger Straße 302
26133 Oldenburg

Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner Katja Mesch unter der folgenden Rufnummer: 0151-74493155.

Freundliche Grüße



Katja Mesch

EWE NETZ GmbH

Cloppenburger Straße 302
26133 Oldenburg

E-Mail: ToeB-Verfahren@ewe-netz.de
Internet: www.ewe-netz.de

Handelsregister Amtsgericht Oldenburg HRB 5236
Vorsitzender des Aufsichtsrates: Dr. Urban Keussen
Geschäftsführung: Torsten Maus (Vorsitzender) Jörn Machheit

---- Ursprüngliche Nachricht ----

Von: "Lisa Köhn" <koehn@mikavi-planung.de>

Empfangen: 23.07.2024, 16:48

An:

Betreff: vorhabenbezogener Bebauungsplan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen" der Stadt Lebus

> Sehr geehrte Damen und Herren,

>

>

>

> im Auftrag der Stadt Lebus beteiligen wir Sie gemäß § 4 Abs. 1 BauGB als Träger öffentlicher Belange am o.g. Vorhaben.

>

>

>

>

>

> Mit freundlichen Grüßen

>

>

>

> Lisa Köhn

>

>

>

> MIKAVI Planung GmbH

>

> Mühlenstraße 28

>

> 17349 Schönbeck

>

> koehn@mikavi-planung.de

>

> www.mikavi-planung.de

>

> Tel. +49 3968 2111790

>

>

>

>

>

>

>

> Geschäftsführerin: Christiane Leddermann

> – Amtsgericht Neubrandenburg – HRB 21550 –

Von: Bach, Dimitrius <Dimitrius.Bach@gascade.de> im Auftrag von Leitungsauskunft GASCADE <leitungsauskunft@gascade.de>
Gesendet: Freitag, 9. August 2024 13:20
An: Lisa Köhn
Betreff: WG: vorhabenbezogener Bebauungsplan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen" der Stadt Lebus
Anlagen: WG_vorhabenbezogener Bebauungsplan_Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen_ der Stadt Lebus.msg; BIL-Flyer-Kommune_Jan-2021.pdf; BIL-Boardingpass.pdf

Aktenzeichen: 20240809-131637

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken für die Übersendung der Unterlagen zu o. g. Vorhaben.

Wir, die GASCADE Gastransport GmbH, antworten Ihnen zugleich auch im Namen und Auftrag der Anlagenbetreiber SEFE Energy GmbH (Rechtsnachfolgerin der WINGAS GmbH) sowie NEL Gastransport GmbH.

Nach Prüfung des Vorhabens im Hinblick auf eine Beeinträchtigung unserer Anlagen teilen wir Ihnen mit, dass unsere Anlagen zum gegenwärtigen Zeitpunkt **nicht betroffen** sind. Dies schließt die Anlagen der v. g. Betreiber mit ein.

Nachträgliche Lageänderungen in der Projektplanung bedürfen eines erneuten Antrags auf Zustimmung.

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass Anfragen zu Leitungsauskünften, Schachtgenehmigungen, TÖB-Beteiligungen etc. an die oben genannten Anlagenbetreiber über das kostenfreie BIL-Onlineportal unter

<https://portal.bil-leitungsauskunft.de>

einzuholen sind.

Bitte richten Sie daher Ihre zukünftigen Anfragen an uns, direkt an das o.g. BIL-Portal.

.....
...

BIL – Der Auskunftsdienst einer starken Kooperationsgemeinschaft

Das BIL-Online-Portal ist eine Initiative und ein Zusammenschluss einer Vielzahl von Leitungsbetreibern. Gemeinsam mit seinen Kooperationspartnern stellt das BIL-Online-Portal eine umfassende, spartenübergreifende sowie bundesweite Online-Leitungsauskunft bereit. Die Nutzung des BIL-Online-Portals ermöglicht Ihnen, Ihre Bau-/Planungsanfrage direkt online einfach und schnell zu formulieren. Bei Zuständigkeit erfolgt die Stellungnahme durch die jeweiligen Leitungsbetreiber und die rechtssichere Archivierung des gesamten Anfragevorganges vollständig digital und übersichtlich innerhalb des BIL-Online-Portals.

Weitere Informationen über BIL können Sie der Seite <http://bil-leitungsauskunft.de> entnehmen.

Welche personenbezogenen Daten unsererseits nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen erhoben und verarbeitet werden, können Sie unserer Datenschutzerklärung nach Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) entnehmen. Diese finden Sie im Internet unter <https://www.gascade.de/datenschutz>.

Mit freundlichen Grüßen

GASCADE Gastransport GmbH

Team Leitungsauskunft

E-Mail: leitungsauskunft@gascade.de

GASCADE Gastransport GmbH / Kölnische Straße 108-112 / 34119 Kassel, Germany



20240809-
131637_AD Check

www.gascade.de / [GASCADE@LinkedIn](#)

Mit uns in die Wasserstoff-Zukunft:

[AquaDuctus](#)

[Flow - making hydrogen happen](#)



GASCADE Gastransport GmbH
Sitz der Gesellschaft: Kassel, Deutschland
Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 13752
Geschäftsführer: Dr. Christoph-Sweder von dem Bussche-Hünnefeld, Ulrich Benterbusch
Aufsichtsratsvorsitzender: Mario Mehren

Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR - Lindenstraße 34 - 14467 Potsdam

MIKAVI Planung GmbH
z.Hd. Frau Köhn

08/2024/Frau Pape-Zierke

Mühlenstraße 28

EINGEGANGEN AM 16. AUG. 2024

Potsdam, den 12.08.2024

17349 Schönbeck

Vorab per Mail: koehn@mikavi-planung.de

tel.: 0331/20155-53

**Vorläufige Stellungnahme der o.g. Naturschutzverbände zum
vBP Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen der Stadt Lebus, Wulkow b. Booßen,
Fl. 2, Flst. 66-72, 76, 77 und 176 (ca. 30ha)
Stand: Vorentwurf Mai 2024**

-gilt im übertragenen Sinn auch für die 8. Änderung des FNP der Stadt Lebus-

Ihr Zeichen: 30215 (BP) und 3160 (FNP)

wib/köh

Sehr geehrte Frau Köhn,

die Verbände bedanken sich für die Beteiligung und äußern sich wie folgt.

Geplant ist die Errichtung eines Solarparks in einer Größe von ca. 30ha im Außenbereich auf derzeit intensiv genutzten landwirtschaftlichen Flächen (Acker und Dauergrünland).

Im Osten grenzt die Bahnstrecke Frankfurt(Oder)-Eberswalde an und westlich des Plangebietes befindet sich der Mühlgraben als Gewässer II. Ordnung.

Die Planfläche verfügt von Nordwest zu Südost ansteigendes Gelände. Die Anlage ist auf dem Plateau geplant.

Schutzgebiete (FFH/NSG Booßener Teichgebiet und SPA Mittlere Oderniederung) befinden sich in ca. 2.000m Entfernung.

Im rechtskräftigen Flächennutzungsplan wird die Flächen folgerichtig als *Flächen für die Landwirtschaft* ausgewiesen.

Das Vorhaben ist gemäß BauGB nicht privilegiert.

Grundsätzliches:

Die Verbände begrüßen grundsätzlich den naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien, zu denen auch die Photovoltaik gehört.

Dennoch werden im vorliegenden Fall Bedenken angemeldet:

Die Verbände sehen die flächenmäßige Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen kritisch, da diese letztendlich der landwirtschaftlichen Produktion (30ha) entzogen werden.

Darüber hinaus ist der Planunterlage zu entnehmen aus, daß landwirtschaftliche Fläche mit höherer Bodenzahl (**nur 5% darunter!**) in Anspruch genommen wird.

Auch das halten wir für problematisch, wenn höherwertige Böden der landwirtschaftlichen Nutzung nicht mehr zur Verfügung stehen.

So sind Bodenkarte von im Durchschnitt über 23 für brandenburger Verhältnisse durchaus landwirtschaftlich nutzbare ertragreiche Böden (entgegen der Aussage der Planbegründung).

Nicht umsonst geht der **Regionalplan Oderland-Spree** bei Bodenkarten von bis zu 23 von einer besonderen Eignung für eine Solarnutzung aus. Bei darüber liegenden Bodenkarten ist nur eine bedingte Eignung und Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung gegeben.

Eine Umnutzung von ldw. Flächen ist nur bei begründeten Ausnahmefällen möglich, s. BauGB (**Umnutzungssperre-§1a Abs 2 S. 2 BauGB**).

Wir verweisen auf die gewerblichen Bauflächen, deren Dachflächen mit Solarpanelen ausgerüstet werden können, ohne zusätzlichen Boden zu beanspruchen.

Die landwirtschaftlich genutzte Ackerfläche als Offenlandbereich ist immer auch Nahrungsgebiet/Lebensraum für eine Vielzahl von Vögeln, Fledermäusen und Insekten.

Dabei weisen wir hier insbesondere auf den Mühlgraben mit seinen angrenzenden Uferbereichen hin. Diese strukturierte Landschaft bietet Lebensraum für eine Vielzahl von Tieren und Pflanzen.

Ein abschließender Umweltbericht liegt noch nicht vor.

Die Verbände fordern vorsorglich jedoch eine schutzgutbezogene **Eingriffs-/Ausgleichsbilanz** und ein qualifiziertes **Artenschutzfachgutachten** (Vögel/Fledermäuse/Reptilien/Amphibien).

Vorsorglich weisen wir darauf hin, daß unserer Auffassung nach die Mehrversiegelung adäquat nur durch Entsiegelungsmaßnahmen erfolgen kann.

Wir verweisen mit Nachdruck auf die HVE (MLUV 2009-Pkt 12.5), wo Versiegelungen vorrangig durch Entsiegelungsmaßnahmen im Verhältnis 1:1 auszugleichen sind.

Hinweise zum Vollzug der Eingriffsregelung HVE unter:
https://mlul.brandenburg.de/cms/media.php/lbm1.a.3310.de/hve_09.pdf (04.01.2019)

Die hier vorgeschlagene Kompensation innerhalb des Plangebietes (Maßnahmefläche C), die eine Umwandlung von Ackerfläche in „naturnahe“ Wiese beinhaltet, wird kritisch gesehen, obwohl die Schaffung einer nicht intensiv bewirtschafteten Fläche entlang des Mühlgrabens durchaus ökologisches Potential entwickeln kann. Die Maßnahme „naturnahe“ Wiese ist zu definieren (Was ist das/was soll das sein?).

Es sind bislang keine Festsetzungen getroffen, wie lange die ackerbauliche Nutzung ausgesetzt werden soll. Wir gehen derzeit davon aus, daß diese Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung dauerhaft entzogen wird.

FAZIT

Bedenken werden angemeldet, da die Planfläche als landwirtschaftliche Fläche fast ausschließlich über Bodenzahlen verfügt, die eine landwirtschaftliche Nutzung erfolg- und ertragreich ermöglicht.

Insbesondere im westlichen Bereich grenzen in ca. 150m-Entfernung naturschutzfachlich wertvolle Gebiete an, deren Beeinträchtigung derzeit aufgrund des noch ausstehenden Umweltberichtes mit Artenschutzfachbeitrag nicht abschließend abschätzbar ist.

Die Errichtung der Anlage auf dem Plateau ist mit weithin sichtbaren Eingriffen in das Landschaftsbild verbunden. Hier sollte eine visualisierte Darstellung ergänzt werden.

Die Naturschutzverbände orientieren auf die höhere Inanspruchnahme von Dachflächen, um die Inanspruchnahme von Grund und Boden (welche Art auch immer) zu minimieren.

Insbesondere verweisen wir auf die Beachtung der

Handlungsempfehlungen des MLUK vom März 2021

Wir gehen davon aus, daß diese in ihrer Gesamtaussage bei der weiteren Planung auch Berücksichtigung finden.

Sollte an der Fläche festgehalten werden bitten wir um weitere Beteiligung am laufenden Verfahren einschließlich der Kenntnissgabe der Abwägungsentscheidung.

Mit freundlichen Grüßen



**Beschlussauszug aus der Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung
Treplin vom 19.08.2024**

Öffentlicher Teil:

**7. Beratung und Beschlussfassung zur Stellungnahme der Nachbargemeinde im
Bauleitplanverfahren Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans
„Enerparc - Solarpark Wulkow-Booßen“ (GT/407/2024)**

Beschluss-Nr.: 21-08/2024

Die Gemeinde Treplin beschließt die gemeindliche Stellungnahme der Gemeinde Treplin als betroffene Nachbargemeinde innerhalb der Beteiligung der berührten Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB am Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Enerparc - Solarpark Wulkow-Booßen“, Stand Mai 2024.

- Das Bauleitplanverfahren verursacht keine unmittelbaren Auswirkungen auf die städtebauliche Ordnung und Entwicklung in der Gemeinde Treplin.
- Dementsprechend wird keine weitere Beteiligung im Bauleitplanverfahren gewünscht.

Abstimmungsergebnis: Ja: 6 Nein: 0 Enthaltung: 1

Die Richtigkeit des Auszuges und der Angaben über Beschlussfähigkeit und Abstimmung werden beglaubigt.

Gleichzeitig wird bescheinigt, dass zur Sitzung unter Mitteilung der Tagesordnung rechtzeitig und ordnungsgemäß eingeladen worden war.

Das Gremium war beschlussfähig.

Lebus, 1. Oktober 2024



Unterschrift der Behörde



GEWÄSSER – UND DEICHVERBAND ODERBRUCH

Körperschaft des öffentlichen Rechts
Träger der SERVICE – STATION "Östliches Brandenburg"
Der Verbandsvorsteher



1717

Gewässer- und Deichverband Oderbruch Feldstraße 3d 15306 Seelow

Telefon: (03346) 8988-0
Fax: (03346) 88931
E-mail: gedo@gedo-seelow.de

MIKAVI Planung GmbH
Mühlenstr. 28
17349 Schönbeck

nur per E-Mail: koehn@mikavi-planung.de

Ihre Zeichen
23.07.2024_wib/köh_30215

Unsere Zeichen
hu

Datum
25.07.2024

vorhabenbezogener Bebauungsplan (vBBP) „Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen“ der StadtLebus Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Durchsicht der eingereichten Unterlagen bestehen von Seiten des Gewässer- und Deichverbandes Oderbruch keine Einwände zum o.g. vBBP.

Im Plangebiet befinden sich keine Gewässer und wasserwirtschaftlichen Anlagen 2. Ordnung, die in der Unterhaltungspflicht unseres Verbandes liegen.

Mit freundlichen Grüßen


Julien Butschke
Geschäftsführer

**Beschlussauszug aus der Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung
Zeschdorf vom 05.09.2024**

Öffentlicher Teil:

**9. Beratung und Beschlussfassung zur Stellungnahme der Nachbargemeinde im
Bauleitplanverfahren Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans
„Enerparc - Solarpark Wulkow-Booßen“ (GZ/698/2024)**

Beschluss Nr.: 47-09/2024

Die Gemeinde Zeschdorf beschließt die gemeindliche Stellungnahme der Gemeinde Zeschdorf als betroffene Nachbargemeinde innerhalb der Beteiligung der berührten Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB am Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Enerparc - Solarpark Wulkow-Booßen“, Stand Mai 2024.

- Das Bauleitplanverfahren verursacht keine unmittelbaren Auswirkungen auf die städtebauliche Ordnung und Entwicklung in der Gemeinde Zeschdorf.
- Dementsprechend wird keine weitere Beteiligung im Bauleitplanverfahren gewünscht.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 0 Nein: 7 Enthaltung: 3
abgelehnt**

Die Richtigkeit des Auszuges und der Angaben über Beschlussfähigkeit und Abstimmung werden beglaubigt.

Gleichzeitig wird bescheinigt, dass zur Sitzung unter Mitteilung der Tagesordnung rechtzeitig und ordnungsgemäß eingeladen worden war.

Das Gremium war beschlussfähig.

Lebus, 26. September 2024



.....
Unterschrift der Behörde

Lisa Köhn

Von: Genz, Marko <m.genz@amt-lebus.de>
Gesendet: Mittwoch, 7. August 2024 13:37
An: Lisa Köhn
Cc: Heint, Christian; Petzold,Yvonne; Bittelmann, Katrin
Betreff: AW: vorhabenbezogener Bebauungsplan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen" der Stadt Lebus
Anlagen: Lageplan Anbindung Baustelle.pdf

Kennzeichnung: Zur Nachverfolgung
Kennzeichnungsstatus: Erledigt

Sehr geehrte Frau Köhn,

aus Ihrer Mail zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan ist ersichtlich, dass die Zuwegung zum Bau Feld „Enerpac-Solarpark Wulkow- Booßen, über einen nicht öffentlich gewidmeten Feldweg (Flur 2, Flst. 76) im Eigentum des Landes Brandenburg und ein im Besitz der Stadt Lebus befindliches Flurstück (Flur2, Flst. 66) mit Mühlenfließ verläuft. Für die Benutzung des Durchlasses kontaktieren Sie bitte den GEDO (Gewässer- und Deichverband Oderbruch) der für die Pflege und Unterhaltung der Gräben und Durchlässe im Amtsbereich Lebus zuständig ist. Nach Sichtung und Prüfung des Durchlasses durch den GEDO kann die Zustimmung zur Überführung des Durchlasses für Ihr Vorhaben vom Amt Lebus erteilt werden. Dazu und für die Anbindung der Baustraße an die Wilhelmshofer Straße bitte ich Sie beim Amt Lebus, Abt. Stadt- und Gemeindeentwicklung um Einreichung eines Antrags auf Herstellung einer Baustellenzufahrt.

Die Kontaktdaten des GEDO sind, <https://www.gedo-seelow.de/impressum-gedo.html>

Bei Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß
Im Auftrag

Marko Genz

Amt für Stadt- und
Gemeindeentwicklung

Amt Lebus, Breite Straße 1, 15326 Lebus

Tel.: 033604 44559

Fax: 033604 44513

Mail: m.genz@amt-lebus.de

Wichtiger Hinweis!

Bis auf Widerruf werden keine E-Mails mit Anhängen in Office-Formaten (z.B. doc, docx, xls, xlsx, odt, ods), angenommen. Senden Sie bitte E-Mail-Anhänge im PDF-Format

Der Inhalt dieser E-Mail ist vertraulich und ausschließlich für den bezeichneten Adressaten bestimmt. Wenn Sie nicht der vorgesehene Adressat dieser E-Mail oder dessen Vertreter sein sollten, so beachten Sie bitte, dass jede Form der Kenntnisnahme, Veröffentlichung, Vervielfältigung oder Weitergabe des Inhalts dieser Mail unzulässig sind. Wir bitten Sie, sich im Fall mit dem Absender der E-Mail in Verbindung zu setzen.

This e-mail message including any attachments is for the sole use of the intended recipient(s) and may contain privileged or confidential information. Any unauthorized review, use, disclosure or distribution is prohibited. If you are not the intended recipient, please immediately contact the sender by reply e-mail and delete the original message and destroy all copies thereof.

Von: Petzold,Yvonne <y.petzold@amt-lebus.de>
Gesendet: Dienstag, 6. August 2024 07:49
An: Genz, Marko <m.genz@amt-lebus.de>
Betreff: WG: vorhabenbezogener Bebauungsplan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen" der Stadt Lebus

... wie besprochen.

Mit freundlichem Gruß
Im Auftrag

Y. Petzold

Amt für Stadt- und Gemeinde-
entwicklung / Tiefbau

Amt Lebus, Breite Straße 1, 15326 Lebus

Tel.: 033604 44566

Fax: 033604 44513

Mail: y.petzold@amt-lebus.de

Wichtiger Hinweis!

**Bis auf Widerruf werden keine E-Mails mit Anhängen in Office-Formaten
(z.B. doc, docx, xls,xlsx, odt, ods), angenommen. Senden Sie bitte E-Mail-Anhänge im PDF-Format.**

*Der Inhalt dieser E-Mail ist vertraulich und ausschließlich für den bezeichneten Adressaten bestimmt. Wenn Sie nicht der vorgesehene Adressat dieser E-Mail oder dessen Vertreter sein sollten, so beachten Sie bitte, dass jede Form der Kenntnisnahme, Veröffentlichung, Vervielfältigung oder Weitergabe des Inhalts dieser Mail unzulässig ist. Wir bitten Sie, sich in diesem Fall mit dem Absender der E-Mail in Verbindung zu setzen.
This e-mail message including any attachments is for the sole use of the intended recipient(s) and may contain privileged or confidential information. Any unauthorized review, use, disclosure or distribution is prohibited. If you are not the intended recipient, please immediately contact the sender by reply e-mail and delete the original message and destroy all copies thereof.*

Von: LEB-Büro des Amtsdirektors Lebus <BueroDesAmtsdirektors@amt-lebus.de>

Gesendet: Dienstag, 23. Juli 2024 16:56

An: Heinel, Christian <c.heinel@amt-lebus.de>; Petzold,Yvonne <y.petzold@amt-lebus.de>; Bittelmann, Katrin <k.bittelmann@amt-lebus.de>

Betreff: WG: vorhabenbezogener Bebauungsplan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen" der Stadt Lebus

Mit freundlichem Gruß
Im Auftrag

Annett Malke

Amt für Zentrale Dienste

Jugend,Senioren,Sport,Kultur,Tourismus

Amt Lebus, Breite Straße 1, 15326 Lebus

Tel.: 033604 44515

Fax: 033604 445715

Mail: a.malke@amt-lebus.de

Wichtiger Hinweis!

**Bis auf Widerruf werden keine E-Mails mit Anhängen in Office-Formaten
(z.B. doc, docx, xls,lsx, odt, ods), angenommen. Senden Sie bitte E-Mail-Anhänge im PDF-Format.**

Der Inhalt dieser E-Mail ist vertraulich und ausschließlich für den bezeichneten Adressaten bestimmt. Wenn Sie nicht der vorgesehene Adressat dieser E-Mail oder dessen Vertreter sein sollten, so beachten Sie bitte, dass jede Form der Kenntnisnahme, Veröffentlichung, Vervielfältigung oder Weitergabe des Inhalts dieser Mail unzulässig ist. Wir bitten Sie, sich in diesem Fall mit dem Absender der E-Mail in Verbindung zu setzen.

This e-mail message including any attachments is for the sole use of the intended recipient(s) and may contain privileged or confidential information. Any unauthorized review, use, disclosure or distribution is prohibited. If you

are not the intended recipient, please immediately contact the sender by reply e-mail and delete the original message and destroy all copies thereof.

Von: Lisa Köhn <koehn@mikavi-planung.de>

Gesendet: Dienstag, 23. Juli 2024 16:41

An: LEB-Büro des Amtsdirektors Lebus <BueroDesAmtsdirektors@amt-lebus.de>

Cc: Kathleen Wibranek <wibranek@mikavi-planung.de>

Betreff: vorhabenbezogener Bebauungsplan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen" der Stadt Lebus

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Auftrag der Stadt Lebus beteiligen wir Sie gemäß § 4 Abs. 1 BauGB als Nachbargemeinde (Treplin, Zeschdorf, Podelzig) am o.g. Vorhaben.

Mit freundlichen Grüßen

Lisa Köhn



MIKAVI Planung GmbH
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck
koehn@mikavi-planung.de
www.mikavi-planung.de
Tel. +49 3968 2111790

Geschäftsführerin: Christiane Leddermann
– Amtsgericht Neubrandenburg – HRB 21550 –



E:465267.01, N:5806233.47



E:464984.96, N:5805941.90



Maßstab 1 : 1 500

Folgende WMS-Dienste sind im Ausdruck enthalten:
Topographie, Verwaltungsgrenzen, Flurstücke (ab 1:5.000), Fluren, Gemarkungen

Dieser Kartenauszug stellt keine rechtsverbindliche Auskunft dar und darf nicht als amtlicher Auszug verwendet werden.
Geobasisdaten der LGB: © GeoBasis-DE/LGB, dl-de/by-2-0; für Geofachdaten sind die jeweiligen Nutzungsbedingungen der Anbieter zu beachten.

Ihre Ansprechpartner für Fragen zur Nutzung:
Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg kundenservice@geobasis-bb.de, Tel: +49 331 8844 123

Dieser Ausdruck wurde am 7. Aug. 2024 aus dem **BRANDENBURGVIEWER** erstellt.

**Beschlussauszug aus der vorläufigen Niederschrift über die Sitzung der
Gemeindevertretung der Gemeinde Podelzig vom 26.09.2024**

Öffentlicher Teil:

**6. Beratung und Beschlussfassung zur Stellungnahme der Nachbargemeinde im
Bauleitplanverfahren Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans
„Enerparc - Solarpark Wulkow-Booßen“ (GP/531/2024)**

Beschluss Nr.: 35-09/2024

Die Gemeinde Podelzig beschließt die gemeindliche Stellungnahme der Gemeinde Podelzig als betroffene Nachbargemeinde innerhalb der Beteiligung der berührten Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB am Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Enerparc - Solarpark Wulkow-Booßen“, Stand Mai 2024.

- Das Bauleitplanverfahren verursacht keine unmittelbaren Auswirkungen auf die städtebauliche Ordnung und Entwicklung in der Gemeinde Podelzig.
- Dementsprechend wird keine weitere Beteiligung im Bauleitplanverfahren gewünscht.

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 1

Die Richtigkeit des Auszuges und der Angaben über Beschlussfähigkeit und Abstimmung werden beglaubigt.

Gleichzeitig wird bescheinigt, dass zur Sitzung unter Mitteilung der Tagesordnung rechtzeitig und ordnungsgemäß eingeladen worden war.

Das Gremium war beschlussfähig.

Lebus, 14. Oktober 2024



Unterschrift der Behörde